

Wahlprogramm 2018

E PLANG FIR LËTZEBUERG

Gerecht – Innovativ – Effikass



KLOER, NO & GERECHT.

MIR HUNN E PLANG FIR LËTZEBUERG

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Politik bedeutet, die Zukunft vorbereiten.

Wir haben einen Plan mit klaren Perspektiven und Zielsetzungen ausgearbeitet.

Ein Plan für alle Generationen: Gemeinsam wollen wir unser Land modernisieren, Traditionen bewahren und den sozialen Zusammenhalt stärken.

Wir wollen ein intelligentes Wachstum leiten und begleiten. Wir wollen Lebensqualität sichern und für soziale Gerechtigkeit sorgen.

Wir laden Sie ein, gemeinsam mit uns das moderne und nachhaltige Luxemburg vorzubereiten.



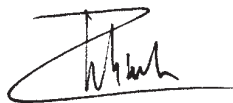
MARC SPAUTZ

Parteipräsident



LAURENT ZEIMET

Generalsekretär



CLAUDE WISELER

Spitzenkandidat

INHALTSVERZEICHNIS

MIR HUNN E PLANG FIR LËTZEBUERG	3
 KAPITEL 1 — FINANZEN, HAUSHALT UND STEUERN	 6
POLITIK MUSS FINANZIERBAR BLEIBEN	6
1.1. Finanzen und Budget	6
1.2. Steuerpolitik	6
1.3. Finanzplatz	8
 KAPITEL 2 — WIRTSCHAFT, ARBEIT UND BESCHÄFTIGUNG	 9
INNOVATION ALS STANDORTVORTEIL	9
2.1. Standortpolitik und Unternehmensförderung	9
2.2. Start-ups und neue Cluster	10
2.3. Landwirtschaft	11
2.4. Weinbau	14
2.5. Tourismus	15
2.6. Arbeitsmarkt	15
2.7. Digitalisierung braucht eine soziale Dimension	19
 KAPITEL 3 — INTEGRATION, SOZIALES UND GESUNDHEIT	 21
GUT MITEINANDER LEBEN	21
3.1. Integration	21
3.2. Flüchtlingspolitik	22
3.3. Soziale Sicherheit	22
3.4. Familienpolitik	24
3.5. Garantiertes Mindesteinkommen	26
3.6. Gesundheitsversorgung und Spitalsektor	27
3.7. Sport in unserer Gesellschaft	30
3.8. Jugendpolitik	31
3.9. Seniorenpolitik	32
3.10. Menschen mit Behinderung	33
3.11. Ehrenamt und Mediation	33
3.12. Chancengleichheit	34
 KAPITEL 4 — LANDESPLANUNG UND INFRASTRUKTUR	 35
DAS LAND FIT FÜR DIE ZUKUNFT MACHEN	35
4.1. Landesplanung	35
4.2. Mobilität	36
4.3. Wohnungsbau	38

KAPITEL 5 — VERFASSUNG UND INSTITUTIONEN	40
MODERNE STRUKTUREN FÜR MEHR EFFIZIENZ	40
5.1. Verfassungsreform	40
5.2. Gemeinden und Territorialreform	40
5.3. Religionsgemeinschaften	41
5.4. Presse	42
5.5. Öffentlicher Dienst	42
KAPITEL 6 — SICHERHEIT UND PERSÖNLICHE FREIHEITEN	44
SICHER ZUSAMMEN LEBEN	44
6.1. Justiz	44
6.2. Polizei	45
6.3. Sécurité routière	46
KAPITEL 7 — UMWELT UND LEBENSQUALITÄT	47
VERANTWORTLICH WACHSEN	47
7.1. Nachhaltigkeit	47
7.2. Kreislaufwirtschaft und Abfallvermeidung	47
7.3. Ressource Wasser	48
7.4. Bodenschutz, Lichtverschmutzung und Lärmschutz	50
7.5. Klima- und Energiepolitik	50
7.6. Naturschutz	51
KAPITEL 8 — BILDUNG, KULTUR, TECHNOLOGIE	52
AUF WISSEN ALS RESSOURCE SETZEN	52
8.1. Praxisorientierte Bildungspolitik	52
8.2. Grundschule	52
8.3. Sekundarunterricht	53
8.4. Berufsausbildung	54
8.5. Lifelong learning	54
8.6. Sprachenunterricht und Lehrpläne	55
8.7. Bildung, Forschung, Innovation	55
8.8. Digital Luxembourg	56
8.9. Kultur ist Vielfalt	57
KAPITEL 9 — AUSSENPOLITIK, KOOPERATION, VERTEIDIGUNG	61
STARKES EUROPA IST UNSERE BESTE PERSPEKTIVE	61
9.1. Außenpolitik	61
9.2. Europapolitik	61
9.3. Kooperationspolitik	62
9.4. Verteidigung	63

POLITIK MUSS FINANZIERBAR BLEIBEN

1.1. Finanzen und Budget

Vor zehn Jahren begann die größte Finanz- und Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Ende 2008 wurde eine systemische Bank des Luxemburger Finanzplatzes vom Luxemburger Staat gerettet. 2009 schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 4,4 Prozent. Noch 2012 erlebte die Luxemburger Wirtschaft einen BIP-Rückgang von 0,4 Prozent.

Die Bankenrettungen zusammen mit der Rezession und dem daraus resultierenden Einbruch wichtiger Staatseinnahmen hatten hohes Risikopotenzial. Um das Land durch die Krise zu führen, beschloss die CSV-geführte Regierung eine antizyklische Politik mit hohen Investitionen.

Nur eine couragierte und antizyklische Politik half dem Land und vor allem den Menschen, die Krise weitestgehend unversehrt zu überstehen. Dass in diesem Kontext die Staatsschuld überdurchschnittlich schnell stieg, war ein notwendiges Übel. Während aber andere Länder ihre Bonität einbüßten, konnte unser Land über all die Zeit die Triple-A-Einstufung sichern.

Die Konjunktur zog ab 2013 wieder an. Das BIP wuchs jedes Jahr durchschnittlich um vier Prozent. Doch auch die Staatsschuld wuchs in der gleichen Zeit weiter an. Die Schuldenlast des Staates ist seit 2013 von elf auf 12,7 Milliarden Euro angewachsen und wird 2020 rund 13,9 Milliarden Euro, das bedeutet 21,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, also des nationalen Reichtums, ausmachen. Diese Entwicklung muss gebremst werden.

Die CSV steht für stabile Staatsfinanzen.

- Unsere Ziele sind:

- ein ausgeglichener Haushalt;
- kein Defizit;
- der progressive Abbau der Staatsschuld.

- Die CSV strebt Investitionsraten von konstant vier Prozent des PIB an. Investitionen müssen in zukunftsweisende Infrastrukturen fließen. Dazu zählen prioritäre Projekte im Schienen- und Straßenbau. Das Angebot an Wohnungen muss erheblich gesteigert werden. Der Neubau von Schulen, Kinderbetreuungsstätten und sozialen Infrastrukturen wird weiter vorangetrieben.

- Für uns ist wichtig, dass der Staat in strategisch wichtigen Unternehmen vertreten ist. Die Verwaltung der staatlichen Beteiligungen soll von einem Fonds bzw. einer Gesellschaft übernommen werden. Diese Gesellschaft (oder Fonds) wird die Beteiligungen des Staates professionell verwalten und die Strategie des Staates und seinen Investitionen, zum Beispiel bei Cargolux, Arcelor oder bei systemischen luxemburgischen Banken, bestimmen. Dividendenausschüttungen sollten mittel- bis langfristig nicht mehr in den Staatshaushalt, sondern in die neue Struktur fließen. Der bestehende Zukunftsfonds wird in den neu zu schaffenden Fonds bzw. die neue Gesellschaft integriert. Staatliche Beteiligungen an Gesellschaften werden dann über diese neue Struktur finanziert.

1.2. Steuerpolitik

Unsere Steuerpolitik orientiert sich an folgenden Richtlinien:

- sie muss den finanzpolitischen Rahmen respektieren;
- sie muss gerecht sein;
- sie muss die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft stärken;
- sie muss als Steuerungsinstrument dienen.

Wir werden die Möglichkeiten einer nachhaltigen Gestaltung der Steuergesetzgebung ausloten und umsetzen.

Besteuerung von Privatpersonen: Unser Ziel ist mehr Gerechtigkeit

Wir streben in der kommenden Legislaturperiode steuerliche Anpassungen an.

Im Bereich der Personenbesteuerung streben wir eine zusätzliche Entlastung der niedrigen Löhne an.

Dies wird über den Weg eines degressiven Steuerkredits für Mindestlohnbezieher geschehen. Des Weiteren sprechen wir uns für die Erhöhung des Grundfreibetrages in der Steuertabelle von 11.265 auf 12.000 Euro aus. Dies bedeutet eine beachtliche Verbesserung für Menschen mit geringem Einkommen.

- Wir werden eine Analyse der zukünftigen Kosten der letzten Steuerreform in Auftrag geben. Besteht finanzieller Spielraum, werden wir den Mittelstandsbuckel durch die Anpassung des Steuerkredits weiter abflachen.
- Wir treten für die regelmäßige Anpassung der Steuertabelle an die Inflation ein.
- Wir werden das Regime der Steuerkategorie 1A einer Prüfung unterziehen. Wir streben dabei eine Ausweitung des Übergangsregimes von bisher drei auf fünf Jahre an. Auch würde es eine Tarifangleichung der Klasse 1A in Richtung Steuerklasse 2 geben.
- Das aktuelle Regime der „Stock Options“, basierend auf Rundschreiben, wird abgeschafft. Wir wollen eine gesetzliche Regelung. Wir streben eine steuerliche Begünstigung für längerfristige Beteiligungen am eigenen Unternehmen, vor allem im Bereich der Start-ups an.
- Wir treten für die Schaffung eines speziellen zeitbegrenzten Regimes für „Expatriates“ ein, so wie es in Frankreich, Italien und Spanien besteht. Diese Maßnahme soll es Luxemburg erlauben, weiterhin Talente anzuziehen, die unsere Wirtschaft dringend braucht.
- Wir sagen Nein zur Einführung der Vermögenssteuer für Privatpersonen.
- Eine Erbschaftssteuer in direkter Linie ist für die CSV kein Thema.
- Wir werden die Grundsteuer reformieren und den heutigen Immobilienwerten anpassen. Die Grundsteuer soll weiterhin eine kommunale Steuer bleiben. Sie soll dazu dienen, dass die Gemeinden ihren neuen Missionen und Aufgaben gerecht werden können.

Besteuerung der Unternehmen: Unser Ziel ist mehr Wettbewerbsfähigkeit

Das Land braucht ein günstiges steuerliches Umfeld für Unternehmen. Unternehmen brauchen Entwicklungsperspektiven und vereinfachte bürokratische Wege, um erfolgreich wachsen und Arbeitsplätze schaffen zu können.

- Die CSV wird das Regelwerk der Besteuerung modernisieren, um durch eine langfristige Steuerstrategie eine Senkung des sogenannten „Taux d'affichage“ zu erreichen.
- Die CSV strebt in mehreren Etappen eine Verringerung der gesamten Steuerbelastung der Betriebe in Richtung 20 Prozent bei gleichzeitiger Verbreiterung der Berechnungsgrundlage an. Dies, um im internationalen und europäischen Umfeld wettbewerbsfähig zu bleiben. Der aktuelle europäische Durchschnitt der betrieblichen Steuerlast liegt bei 21 Prozent.
- Die CSV wird einen Aktionsplan zur Modernisierung und Vereinfachung der Steuergesetzgebung ausarbeiten.
- Die CSV wird sich weiter darum bemühen, ein performantes Daten-Management-System einzurichten, um einen verbesserten Kampf gegen Steuerhinterziehung zu erlauben. Die Betrugskontrollen werden optimiert.
- Die CSV legt einen strategischen Aktionsplan mit IT-Lösungen vor, der die Steuerverwaltung ins 21. Jahrhundert führen und eine Automatisierung der Steuererklärungen und der Erhebung der Steuern erlauben soll.
- Ein transparenter Dialog zwischen Verwaltungen bzw. Finanzministerium und Unternehmen wird wiederhergestellt.
- Sogenannte „Steuerrulings“ sollen auf ein Minimum beschränkt und keinesfalls zur Regel werden.
- Die Steuerverwaltung soll fair, effizient und offen im Umgang mit Unternehmen sein. In diesem Kontext soll ein „Code de bonne conduite“ ausgearbeitet werden.
- Die CSV wird weitere Steuererleichterungen für Risikokapital befürworten. Dies soll die Schaffung von Start-ups fördern.

1.3. Finanzplatz

Wir stehen zu dem Finanzplatz und sind stolz auf diesen Sektor, den wir mit zu einem erfolgreichen und stabilen Standbein der nationalen Ökonomie aufbauen konnten. Wir werden diesen noch immer wichtigen Sektor weiterhin unterstützen, fördern und ausbauen.

Der Erhalt des AAA-Rankings sowie eine innovative Steuerpolitik sind auch für den Finanzplatz von absoluter Notwendigkeit.

Diversifizierung und nachhaltige Entwicklung unseres Finanzplatzes

Der Finanzplatz Luxemburg ist einer der führenden Finanzplätze. Damit Luxemburg auch in Zukunft zur europäischen und internationalen Spitze gehört, wollen wir die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Akteuren weiter ausbauen und deren Vernetzung verbessern, um eine kohärente Entwicklung zu gewährleisten.

Der Finanzplatz hat im Bereich der Finanzierung einer nachhaltigen Entwicklung und des Klimaschutzes („Green Bonds“) eine Spitzenposition inne. Das gleiche gilt für den Bereich der FinTech, wo die diversen neuen Technologien (Blockchain usw.) schnellstmöglich gesetzlich geregelt werden sollen. Auf diesen stark umkämpften Gebieten werden wir die Akteure unterstützen und attraktive Rahmenbedingungen schaffen, um den Finanzplatz gegenüber der Konkurrenz zu stärken.

- Wir wollen den Aufbau neuer Sektoren im Finanzbereich unterstützen.
- Wir wollen, dass Luxemburg die Finanzindustrie der Zukunft mitbestimmt. Deswegen müssen wir schon heute die Finanzinstrumente von morgen analysieren, begleiten und verbessern.
- Wir werden ein wettbewerbsfähiges Umfeld für Fintech schaffen.
- Die Diversifizierung der Fonds-Industrie wird weiter unterstützt. Vor allem setzen wir auf die Förderung von Initiativen im Bereich der Greenfonds.
- Wir werden optimale gesetzliche Bedingungen schaffen, damit Zukunftsprojekte wie zum Beispiel sogenannte „DLT-based Funds“ („Blockchain-Related“) sich bestens in Luxemburg entfalten können.
- Das technische Modell der Blockchain sowie der Bereich der Kryptowährungen (Bitcoin) sind dabei, die Finanzwelt zu revolutionieren. Hier muss Luxemburg seine Karte spielen, seine Standortvorteile hervorheben und den Anforderungen an einen modernen und kompetitiven Finanzplatz gerecht werden. Angepasste Reglementierungen und Sicherheitsstandards sind ein Muss. Die CSV unterstützt in diesem Kontext gemeinsame europäische Regeln.

Nur wenn der Staat und der Privatsektor gemeinsam die Forschung im Allgemeinen und in der Finanztechnologie im Besonderen in den Vordergrund stellen, können im Finanzbereich langfristig hoch qualitative Produkte und Techniken angeboten werden.

- Im Rahmen des europäischen und internationalen Regelwerks wollen wir den Finanzplatz weiter ausbauen und seine Sichtbarkeit steigern.
- Wir wollen wieder „First Mover“ werden und uns auch die Mittel dazu geben. Wichtige Dossiers wurden in der Vergangenheit leider nicht mit der nötigen Konsequenz angegangen (MiFID II, Geldwäscherichtlinien, Richtlinie im Bereich des Hypothekendarlehens usw.).
- Bei der Umsetzung europäischer Richtlinien werden wir das so genannte „Goldplating“ weitestgehend verhindern.
- Wir werden die Agentur zur Förderung des Finanzplatzes „Luxembourg for Finance“ weiter unterstützen.
- Die CSV wird eine spezielle Taskforce einsetzen, um diese neuen Technologien zu begleiten und zu fördern bzw. reglementarische Aspekte zu erörtern. Diesem Gremium sollen Vertreter der Verwaltung und des Sektors angehören. Die CSSF soll ihr Engagement in diesem Bereich ausweiten und eine Art Infodesk schaffen. Hier sollen die Professionellen des Sektors mit Rat und Tat unter anderem in Sachen Blockchain und Kryptowährung begleitet werden.
- Der Ausbau des Finanzplatzes bedeutet zugleich auch, den Kampf gegen Finanzkriminalität zu verstärken. Hier muss der Staatsapparat sich so aufstellen, dass er den Herausforderungen auf nationaler und europäischer Ebene gerecht werden kann. Wir werden vor diesem Hintergrund den Reflexionsprozess bezüglich der Rekrutierung für den Staatsdienst fortsetzen.

INNOVATION ALS STANDORTVORTEIL

2.1. Standortpolitik und Unternehmensförderung

Das Land braucht eine Wirtschaftspolitik, die neue Aktivitäten fördert.

- Universität, Forschung und Betriebe müssen näher aneinander geführt werden.
- Luxemburg muss eine Referenzplattform im Bereich von Digitalisierung und „Robotics“, „Big Data“ und „Digital Storage“, „Coded Money“ und „Cyber Security“ werden.
- Zukunftsträchtige Sparten, wie die Kreislaufwirtschaft und der Aufbau eines anerkannten „HealthHub“ müssen finanziell und fiskalisch gefördert werden. Die klassischen Cluster Luxemburgs, das Finanz- und Versicherungswesen, die Informationstechnologien (ICT), Biotechnologien sowie der Logistiksektor müssen weiterhin konsequent weiterentwickelt und gefördert werden. Auch die Weltraumtechnologien gehören zu den Clustern, auf die weiter gesetzt werden muss.

Das Land braucht ein günstiges steuerliches Umfeld für Unternehmen:

- Wir wollen attraktive Standortfaktoren bieten, damit unsere Unternehmen Spitzenreiter im internationalen Wettbewerb bleiben.
- Das steuerliche Umfeld und die Lohnnebenkosten müssen wettbewerbsfähig bleiben. Der Bürokratieabbau muss effektiver werden. Dies ist ein andauernder Prozess.
- Die Verbesserung der zentralen Anlaufstellen soll helfen, administrative Prozeduren zu vereinfachen und diese Prozeduren zu beschleunigen.
- Wir werden die Prozedur zur Unternehmensgründung erneut überprüfen, um Luxemburg gegenüber anderen Ländern wettbewerbsfähiger zu machen.
- Bei Genehmigungsprozeduren soll in Zukunft dort, wo dies möglich ist, nach einer festgesetzten Frist das Prinzip „keine Antwort der Verwaltung ist gleich Genehmigung“ („Silence vaut autorisation“) gelten.
- Die Vorgabe „Toute la directive et rien que la directive“ wird uns bei der Umsetzung von europäischen Richtlinien leiten.
- Wir werden ein Überprüfungsverfahren ausländischer Direktinvestitionen, vor allem aus Drittstaaten, einführen. Der Geltungsbereich und die Ausgestaltung dieser Verfahren werden nach Prüfung bereits im europäischen Ausland bestehender Mechanismen genauer umrissen.

Klein- und Mittelbetriebe als Motor der Wirtschaft anerkennen

Die Klein- und Mittelbetriebe und das Handwerk verdienen mehr Anerkennung. Diese Pfeiler der Wirtschaft müssen revitalisiert werden.

- Den Unternehmen sollen Kompetenzzentren zur Seite gestellt werden, die unter anderem dazu beitragen, die digitale Erneuerung umzusetzen.
- Es soll eine Bestandsaufnahme der Förderungsmaßnahmen der verschiedenen Berufskammern im Bereich der Digitalisierung erstellt werden. Die bestehenden Maßnahmen werden koordiniert und wenn nötig zusätzlich finanziell unterstützt.
- Die CSV schlägt die Schaffung dezentraler integrierter Anlaufstellen nach dem Modell des „Guichet unique“ zur Vereinfachung des Ablaufs aller Arten von administrativen Prozeduren vor, die den Mittelstand betreffen.

Die administrative Vereinfachung muss ein fortwährender Prozess sein, die Prozeduren müssen regelmäßig auf ihre Angemessenheit hin überprüft und gegebenenfalls an die veränderten Bedürfnisse der Unternehmen angepasst werden.

Hier gilt es vor allem folgende Punkte zu berücksichtigen:

- Vereinfachung der administrativen Prozeduren in Umweltfragen;
- keine Ausweisung zusätzlicher Biotop auf Bauland in bestehenden Allgemeinen Bebauungsplänen;
- Ausarbeitung eines nationalen Leitplans „Bauschuttdeponien“;
- Ausweisung zusätzlicher Gewerbegebiete sowie Umklassieren von Grundstücken in nationalen Aktivitätszonen.

Das Steuersystem soll im Sinne der Klein- und Mittelbetriebe umgebaut werden, neue Wege zur Förderung der Investitionen sollen beschritten werden. Dies gilt zum Beispiel für Reinvestitionen in Innovation.

- Wir wollen steuerliche Vorteile für Betriebe, die Maßnahmen im Bereich der Digitalisierung treffen. Hier werden wir Steuerkredite einführen.
- Wir werden auch die Steuerbefreiung auf Geschäftsgrundlagen bei Firmenübernahmen innerhalb der Eigentümerfamilie einführen.
- Wir werden die von der SNCI angebotenen Dienstleistungen unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der kleineren und mittleren Unternehmen überprüfen, dies mit einem besonderen Fokus auf geplante Investitionen im Bereich der erneuerbaren Energien und der nachhaltigen Materialwahl bei Neuanschaffungen.
- Um die Investitionskraft mittelständischer Unternehmen zu steigern, werden wir bei Investitionen eine Vorabsteuerimmunität („Immunité fiscale préalable“) einführen.
- Die Meisterprüfung wird neugestaltet. Die Reform des Meisterbriefs bzw. der Meisterprüfung pro Berufssparte erfolgt und das entsprechende Gesetz wird angepasst.
- Die Definierung des „Bachelor professionnel“ kommt, die Gleichstellung mit dem Meisterbrief wird geprüft.

Die Gewerbeaufsicht muss ihren Aufgaben als Partner der Unternehmen verstärkt gerecht werden können.

- Die CSV will eine Reform der Gewerbeaufsicht ITM („Inspection du travail et des mines“) herbeiführen. Vor allem die Rekrutierungsmethode muss überarbeitet werden. Die ITM braucht mehr Mittel auf Kompetenz- und Personalebene.
- Wir wollen eine Vereinfachung der Nutzungsbedingungen des „Badge social“ und der entsprechenden Kontrollmöglichkeiten. Sozialem Dumping und unlauterem Wettbewerb muss entgegengewirkt werden.

2.2. Start-ups und neue Cluster

Wir wollen ein passendes und kompetitives Umfeld für Start-ups schaffen.

Gründer und junge Unternehmen sind zentrale Impulsgeber in neuen Bereichen der Wirtschaft. In Start-ups investieren heißt, in Schlüsseltechnologien wie künstliche Intelligenz, Robotik, Blockchain usw. investieren. Start-ups sollen überall beste Chancen haben und innovative Geschäftsideen entwickeln können.

- Wir wollen den Zugang zu Wagniskapital für Start-ups über steuerliche Förderung zusätzlich erleichtern.
- Um als „Start-up“-Nation konkurrenzfähig zu anderen europäischen Ländern zu sein, muss Luxemburg verstärkt an einer weiteren prozeduralen Vereinfachung arbeiten.
- Wir sind für die Einberufung einer Kommission, die ethische Fragen und mögliche Regeln in Bezug auf künstliche Intelligenz analysiert.

Luxemburg soll auch in Zukunft auf die ausgewiesenen Cluster setzen:

- Neben Finanz- und Versicherungswesen, Informationstechnologien (ICT), Biotechnologien und Logistik sollen zusätzliche bzw. neue Cluster auf- und ausgebaut werden. Die CSV sieht in dem Bereich Weltraumtechnologie eine Sparte mit Zukunftspotenzial für den Wirtschaftsstandort.
- Wir wollen Luxemburg dort zum internationalen „HealthHub“ entwickeln, wo Forschung, klinische Medizin und Industrie auf kleinem, aber ideal vernetztem Raum zu einem grenzüberschreitenden Knotenpunkt der Gesundheit zusammengeführt werden und sich so zu einem neuen Pfeiler unserer nationalen Wirtschaft etablieren. Bestehende Organisationen, Institutionen und Strukturen (Universität, LIH, FNR etc.) werden im „HealthHub“ sinnvoll und zielführend

vernetzt und koordiniert; neue Strukturen müssen geschaffen werden (beispielsweise eine „Medical and Research School“).

- Luxemburg soll zu einem Vorreiter im Bereich der so genannten „Circular Economy“ werden. Die Kreislaufwirtschaft muss konsequent gefördert und Forschung und Produktion auf diesem Gebiet intelligent zusammengeführt werden. Wiltz soll auch weiterhin eine Pionierrolle als „Hotspot“ für Kreislaufwirtschaft spielen. Die Nordstad könnte für diese neue zukunftssträchtige Sparte ein Magnet im Norden des Landes und für die ganze Großregion werden. Alle städtischen Zentren im Landesnorden sollen von dieser neuen Dynamik profitieren.
- In ausgewiesenen Gewerbebezonen soll bei der Ansiedlung jenen Unternehmen Priorität eingeräumt werden, die ins Clusterkonzept und die Diversifizierungsstrategie passen.
- Eine gezielte Politik für die Anziehung ausländischer Investoren ist unerlässlich. Wir müssen ein Gleichgewicht zwischen Ökonomie und Ökologie finden und klar definierte Sektorstrategien ausarbeiten. Das ist ein wesentlicher Ansatz, Wirtschaftswachstum und wirtschaftliche Aktivität im Allgemeinen zu steuern. Dazu gehören logischerweise auch, bestehende Betriebe, die investieren und/oder sich vergrößern wollen, in den Zonen Priorität einzuräumen.

Adäquate Energieversorgung wesentlich für Wettbewerbsfähigkeit

Die CSV wird auch in Zukunft alles daransetzen, die Energieabhängigkeit zu verringern und die Wirtschaft mit sauberer, erneuerbarer, nachhaltiger und bezahlbarer Energie zu versorgen.

Adäquate Energieversorgung ist wesentlich für unsere Wettbewerbsfähigkeit. Energieeinsparung und Energieeffizienz sind deshalb für uns nationale Priorität.

- Wir werden weiterhin in intelligente und leistungsfähige Netze sowie in neue Speichermöglichkeiten investieren.
- Die Energieberatung vor allem kleiner und mittlerer Unternehmen wird ausgeweitet.
- Die Elektromobilität werden wir durch staatliche Subventionen bei Investitionen, aber auch direkt steuerlich fördern.

Das Image ist wichtig

Luxemburg muss seine Standortvorteile auch nach außen hin deutlich hervorheben. Promotion muss fester Bestandteil einer globalen Strategie sein, die die Marke Luxemburg weltweit für mögliche Partner attraktiv macht. „Nation Branding“ ist mehr als ein Marketingtool. Es ist ein wichtiger Prozess, der permanent angepasst werden muss.

2.3. Landwirtschaft

Luxemburg und Landwirtschaft sind nicht nur historisch eng miteinander verflochten. Die Landwirtschaft stellt auch aus ökonomischer Sicht einen wichtigen Wirtschaftssektor dar. Für die CSV ist klar, dass wir nicht nur ein eigenständiges, sondern auch ein eigenständig agierendes Landwirtschaftsministerium brauchen.

Partizipation soll auch in der Landwirtschaft großgeschrieben werden. Regelmäßige Treffen mit den Akteuren aus der Landwirtschaft werden institutionalisiert.

Zum qualitativen Wachstum Luxemburgs gehört eine verstärkte Lebensmittelsicherheit. Somit kann unsere Landwirtschaft erheblich zur Lebensqualität in Luxemburg beitragen.

Wir dürfen in puncto Lebensmittelproduktion nicht weiter vom Ausland abhängig werden.

Wir müssen die im Einklang mit der Natur agierende Landwirtschaft, die Lebensmittelproduktion, die Verarbeitung und Vermarktung unserer Produkte konsequent unterstützen. Eine verstärkte Verbindung/Kooperation zwischen Konsument und Produzent wird es erlauben, gemeinsam das landwirtschaftliche Produktionssystem nachhaltig und im Sinne der Luxemburger Bevölkerung aufzubauen.

Die nationalen Interessen des Agrarsektors sind eng mit den Entscheidungen auf europäischer Ebene verknüpft. Die CSV setzt sich für eine starke gemeinsame Agrarpolitik ein.

- Wir werden unseren nationalen Spielraum zur Unterstützung unserer Landwirte voll ausnutzen und uns weitmöglichst gegen weitere finanzielle Kürzungen im Agrarbudget aussprechen.
- Wir setzen uns für eine zügige Umsetzung der nächsten Agrarreform ein.

Für eine leistungsfähige und breit gefächerte landwirtschaftliche Produktion

Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe sind wichtig. Luxemburg benötigt sowohl die konventionell-integrierte Landwirtschaft als auch die Bio-Landwirtschaft. Beide Zweige müssen unterstützt werden.

Dennoch braucht Luxemburg noch mehr Betriebe, die nach den biologischen Richtlinien bewirtschaftet werden.

- Um den konkreten Bedarf an luxemburgischen Bio-Produkten richtig einschätzen zu können, soll eine Marktanalyse durchgeführt werden. Eine weitere Studie soll klären, warum letztlich nicht mehr Landwirte auf Bio-Landwirtschaft umsteigen.
- Die CSV will den Bio-Aktionsplan so gestalten, dass der Anteil von Bio-Lebensmitteln aus luxemburgischer Produktion gesteigert wird.

Regionale Produkte bringen Konsument und Landwirtschaft näher zusammen

Regionalität ist für die heimische Landwirtschaft wesentlich. Wir werden diese gezielt fördern.

Wir schlagen folgende Maßnahmen vor:

- Erstellung eines Marketing-Konzeptes für unsere regionalen Produkte;
- „Match maker“ für die Landwirtschaft;
- LEADER-Programme werden unterstützt;
- Steigerung des Anteils regionaler Lebensmittel im Großküchenbereich (bessere CO2-Bilanz durch kurze Wege: „vom Feld auf den Teller“);
- Förderung der Direktvermarktung;
- Informations- und Sensibilisierungskampagnen; Kommunikation über die Landwirtschaft ;
- Förderung von Initiativen, die der Imagepflege und der Information über die Landwirtschaft dienen;
- Enge Zusammenarbeit von landwirtschaftlichen Betrieben mit den Schulen auf kommunaler Ebene (Ausarbeitung von didaktischem Material);
- Wir werden den Gesetzesentwurf zur Labelisierung und Zertifizierung der landwirtschaftlichen Produkte in Zusammenarbeit mit dem Sektor anpassen und dies im Hinblick auf eine bessere Vermarktung regionaler Qualitätsprodukte;
- Förderung der regionalen Lebensmittel verarbeitenden und vermarktenden Unternehmen. Innovative Methoden wie Robotisierung und ressourcenschonende Maschinen werden dabei besonders unterstützt;
- Erstellung eines Aktionsplans für die regionale Land- und Ernährungswirtschaft;
- Integration regionaler Produkte in die E-commerce-Plattform Letzshop.lu.

Mit gebündelten Kräften will die CSV die landwirtschaftlichen Betriebe fit für die Zukunft machen.

- Mit dem „House of Agriculture“ soll auf dem Areal der Ackerbauschule in Gilsdorf sowohl ein Kompetenzzentrum als auch eine fachliche Referenzstelle geschaffen werden. Hier sollen künftig auch die Landwirtschaftskammer sowie bestimmte landwirtschaftliche Verwaltungen ihren Platz haben, im Sinne einer größtmöglichen Nähe und Zusammenarbeit der einzelnen Akteure.
- Aufgrund der Wichtigkeit der Beratung soll das aktuelle Beratungssystem analysiert, angepasst und ausgebaut werden.
- Eine Beratungsstelle für Innovationsfragen soll geschaffen werden, damit die Landwirte einen konkreten Ansprechpartner zu ihrer Verfügung haben.
- Im Fokus der CSV liegt auch die Aus- und Weiterbildung der Luxemburger Landwirte, auch dieser Bereich soll mit der nötigen Konsequenz vorangetrieben werden.

- Das Beihilfensystem für Investitionen muss überarbeitet werden. Qualitatives Wachstum ist heute wichtiger, als rein quantitatives Wachstum, gerade im landwirtschaftlichen Bereich.
- Die Digitalisierung der Landwirtschaft wird gefördert und dies im Sinn einer effizienteren Betriebsleitung und einer umweltschonenderen Produktion. Neben den dafür notwendigen Investitionen müssen allgemeine für den Landwirt zugängliche, landwirtschaftliche Datenbanken geschaffen werden.
- Die CSV schlägt vor, den Vaterschaftsurlaub („Pappe-Congé“) in die Regelung der bezuschussten Betriebshilfe zu übernehmen.
- Die Junglandwirte werden speziell unterstützt. Eigens für sie soll eine Anlaufstelle geschaffen werden.

Landwirtschaft braucht Innovation

Im Sinne neuer und einzigartiger Geschäftsideen soll die Innovation im landwirtschaftlichen Bereich einen gesteigerten Stellenwert erhalten. Auch Umweltleistungen sollen so mit vermarktet werden.

- Produktionen mit niedrigem Selbstversorgungsgrad (Gemüseanbau, Geflügelzucht ...) wird die CSV gezielt unterstützen.
- Im Bereich des Gemüseanbaus muss sich mit den aktuellen Problemen auseinandergesetzt werden, Lösungen müssen gemeinschaftlich erarbeitet werden.
- Die Entwicklung neuer Produkte sowie deren Vermarktung werden wir gezielt fördern, hier ist eine Zusammenarbeit mit „Luxinnovation“ erstrebenswert.
- Das PEI („Partenariat européen d'innovation et de recherche pour la productivité et le développement durable de l'agriculture“) soll als Instrument ausgebaut werden und stärker zum Einsatz kommen.

Administrative Vereinfachungen

Der administrative Aufwand, den die Landwirte zu leisten haben, steigt fast täglich. Zusammen mit allen Akteuren aus der Landwirtschaft soll analysiert werden, in welchen Bereichen, im Einklang mit den EU-Vorgaben, Vereinfachungen möglich sind.

- Im Bereich der Baugenehmigungen soll ein „Guichet unique“ geschaffen werden, als Anlaufstelle für die Landwirte (aktuelle Bestimmungen und administrative Prozeduren müssen vereinfacht werden);
- Im Bereich der Flächenanträge soll ein gemeinsamer Antrag für alle Zuschüsse und Prämien ausgearbeitet werden. Zur weiteren Vereinfachung ist die Schaffung regionaler Anlaufstellen unabdingbar.
- Ein „Guichet unique“ soll auch als Anlaufstelle für Betriebsübernahmen dienen.
- Im Interesse einer schnellen Verfügbarkeit der Ergebnisse der Buchführung sollen die Verwaltungen optimiert werden.

Landwirtschaftspolitik ist Umweltpolitik

Landwirtschaft und Umwelt sind untrennbar miteinander verbunden. Trinkwasserschutz und Naturschutz gehören auch zum Aufgabenbereich der Landwirtschaft.

Um die vorgegebenen Ziele beim Klima-, Umwelt- und Wasserschutz zu erreichen, muss mit der Landwirtschaft zusammengearbeitet werden, es darf nicht länger über die Köpfe der Landwirte hinweg entschieden werden.

Um dies möglich zu machen, bedarf es eines leistungsfähigen, objektiven Monitorings, das als Grundlage zur Festlegung gemeinsamer Maßnahmen zum Erreichen der gesetzten Ziele dient. Aktiver Naturschutz erfordert positive Anreize, gezielte Beratung und die Verfügbarkeit von Alternativen. Zusätzliche Unterstützung soll auch aus dem Klima- und dem Wasserfonds möglich sein.

Mit finanziellen Anreizen allein ist es nicht getan. Die Forschung im Umweltbereich muss effizient gefördert werden und dies auch im Hinblick auf eine weitere Reduzierung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes. Die Ergebnisse aus der angewandten Forschung müssen schneller ihren Weg in die allgemeine Praxis finden. Als nachhaltig einzustufende Techniken sollen zudem via das Agrargesetz speziell gefördert werden.

- Ein Randthema, das nicht zu unterschätzen ist, ist das Verbrennen von Heckenschnitt. Die aktuellen Bestimmungen wollen wir auf ihre „Energiebilanz“ hin analysieren. Im Bedarfsfall werden sie angepasst. So sind beispielsweise Ausnahmeregelungen für Flächen, die mit landwirtschaftlichen Maschinen nicht erreichbar sind, denkbar.
- Bei den neuen Abgrenzungen der „Zones défavorisées“ soll ein Flickenteppich tunlichst vermieden werden, um die Ausgleichszulagen weiterhin möglichst flächendeckend ausbezahlen zu können.
- Agrarumweltprogramme und Naturschutzprogramme sollen gleichermaßen gezielt gefördert werden. Das Landwirtschaftsministerium soll für die Landwirte der Ansprechpartner für alle Programme sein.
- Der Landverbrauch ist in Luxemburg hoch. Landwirtschaftlich wertvolle Flächen außerhalb der Schutzgebiete dürfen nicht länger zu Kompensierungszwecken genutzt werden.
- Das aktuelle „Öko-Punkte-System“ wird die CSV analysieren und gegebenenfalls in Richtung einer flächenextensiveren (mit einem geringeren Flächenverbrauch) Kompensierung anpassen. Insbesondere in diesem Bereich müssen innovative Ideen entwickelt werden.
- Weil Bauern und landwirtschaftliche Betriebe nur mehr bedingt in die Dörfer passen, dürfen Aussiedlungsbestrebungen nicht mit unnötigen Vorschriften gekoppelt sein. Der Begriff der „landwirtschaftlichen Aktivität“ darf nicht zu eng gefasst sein. Alternativen müssen auch in der Grünzone möglich sein.
- Der Wolf-Management-Plan muss auf dem Gebiet der Präventions- und Entschädigungsmaßnahmen überarbeitet werden.

2.4. Weinbau

Die CSV will einen dynamischen und attraktiven Weinbausektor. Wie bei der Landwirtschaft müssen auch beim Weinbau administrative Hürden und Auflagen minimiert werden.

Die Liste der beihilfefähigen Maschinen muss überarbeitet werden, insofern, nach Prüfung, eine solche Liste überhaupt notwendig ist. Konventioneller und ökologischer Anbau dürfen auch hier nicht gegeneinander ausgespielt werden; beide sind förderungswürdig.

Der Strukturwandel hat die Weinbaubetriebe längst erfasst. In einer Generation wird es nur noch wenige Betriebe in den Winzerortschaften der Mosel geben, stellenweise vielleicht nur noch einen einzigen. Im Moment gibt es weniger als einen Neueinsteiger pro Jahr.

Die Nachfolge und die Betriebsübernahme müssen deshalb noch stärker begleitet werden.

- Die CSV wird sich dafür einsetzen, dass Jungwinzer, die den Berufseinstieg und die Betriebsübernahme wagen, eine integrale Hilfe seitens des Weinbauinstitutes und eventuell der Verwaltung erfahren. Ein „Tutor“ sollte sie aktiv bei allen Fragen der Ansiedlung und der Betriebsübernahme, auch gegenüber dritten Verwaltungen, begleiten und administrative Schritte übernehmen. Beratung ist und bleibt von zentraler Wichtigkeit und soll individuell und personalisiert durchgeführt werden.
- Die Rolle des Weinbauinstitutes in Remich als Kompetenzzentrum und als „Guichet unique“ für Winzer wird die CSV weiter ausbauen und auf den Dialog mit dritten Verwaltungen ausweiten. Am Verwaltungssitz in Remich wird festgehalten. Hilfestellung bei Anträgen sowie Beratung werden weiter personalisiert.

Weinberge müssen ein zusammenhängendes Gebiet bilden können. Dies gilt auch in Hinsicht auf Mindestdistanz und Pufferzonen. Nur so ist der Weinbau weniger schädlingsanfällig und trägt zum Erhalt der spezifischen Kulturlandschaft und des typischen Landschaftsbildes an der Mosel bei. Dies ist auch im Interesse von Tourismus, Oenotourismus und Kulturtourismus, für die das Moseltal ein großes Potenzial darstellt und ausgebaut werden muss. Hauptberuflichen und nebenberuflichen Betrieben kommt hier eine gleich wichtige Rolle zu.

- Das Augenmerk muss weiterhin auf Qualitätsproduktion liegen. Eine spezifische Reglementierung für Weinstuben mit Verzehr von lokalen und regionalen Produkten wird ausgearbeitet. Das Hinweisbeschilderungsformat muss überdacht werden.

Im Marketingbereich müssen neue Anstrengungen unternommen werden, um dem Konsumverfall des luxemburgischen Weines entgegenzuwirken.

Große Märkte im nahen Ausland müssen besser erschlossen werden. Die Marketingstudie muss so umgesetzt werden, dass die Ergebnisse auch beim Winzer ankommen.

Weinprodukte mit hohem Mehrwert müssen promoviert werden. Aktionen sollen gemeinsam mit dem HORECA-Bereich entworfen werden. Neue Zielgruppen müssen erschlossen werden.

- Die Einrichtung einer „Weinstube« in der Hauptstadt, ein Haus des Weines und der regionalen Produkte muss zusammen mit dem Sektor verwirklicht werden.
- Die CSV fordert auch ein „Haus des Weines und der regionalen Produkte« in Brüssel.
- Die CSV unterstützt den Bau des „Centre mosellan“ in Ehnen. Hier wird unter anderem eine Vinothek mit allen Weinen der Luxemburger Winzerschaft eingerichtet.
- Der Genussfaktor Wein und Crémant soll in eine übergreifende (nationale) Tourismusstrategie für Luxemburg als Genießerland, in dem sich gut verweilen, leben und genießen lässt, einfließen.
- Der Weinbau birgt Potenzial für die Außenvermarktung und kann auch in dieser Richtung gefördert werden.
- Die CSV ist der Meinung, dass nach den „Assises agricoles“ auch „Assises viticoles« organisiert werden sollten.

2.5. Tourismus

Wir werden ein strategisches Konzept für Tourismusqualität erstellen. Dieses Konzept umfasst Kongress- und Geschäfts-, Kultur-, Industrie- und Sporttourismus sowie Tourismus im ländlichen Raum und Binnentourismus.

Der Fremdenverkehr hat sich zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor entwickelt, der mittlerweile über sechs Prozent des BIP ausmacht. Wir sehen hier noch Wachstumsspielraum.

- Wir werden eine stärkere Professionalisierung der touristischen Anbieter anregen. Diese müssen ihre jeweiligen Rollen und Aufgabenfelder überdenken, neu definieren und gegebenenfalls neu ausrichten.
- Wir werden die qualitative Verbesserung des Tourismus beständig vorantreiben.
- Wir werden im Rahmen unserer allgemeinen Promotionsstrategie im Ausland den Tourismusstandort Luxemburg fördern.
- Die administrative Vereinfachung im Interesse der touristischen Leistungsträger wird fortgesetzt.
- Der Kulturtourismus wird verstärkt bei der touristischen Vermarktung berücksichtigt.
- Wir werden den Freizeittourismus gezielt fördern. Das Radwege- sowie das Mountain-Bike-Netz werden ausgebaut. Die Beschilderung der Wanderwege verbessert. Flächendeckende digitale Karten mit einer entsprechenden App werden erstellt.
- Wichtige Infrastrukturen und Anlagen in der Stauseeregion werden wir nachhaltig modernisieren.
- Luxemburg soll als Ort von Wandertourismus gestärkt werden. Die Wanderwege sollen besser ausgeschildert und mit anderen touristischen Aktivitäten verbunden werden. Die Industriebrachen, Weinberge und gastronomischen Angebote sollen mit Wanderprodukten verbunden werden.
- Die Stausee-Region soll für den Tourismus aufgewertet werden. Hier soll ein Gesamtkonzept für einen naturnahen Tourismus erstellt und mit Übernachtungsmöglichkeiten sowie Freizeitangeboten verbunden werden.

2.6. Arbeitsmarkt

Die Zahl der Beschäftigten auf unserem Arbeitsmarkt ist so hoch wie nie zuvor. Es arbeiten im Großherzogtum mehr Menschen als es Luxemburger gibt. Sie alle tragen wesentlich zum gesamten Wohlstand unseres Landes bei. Ohne Immigration und Grenzgänger würde unser Arbeitsmarkt zusammenbrechen.

Gleichzeitig gelingt es uns jedoch nicht, alle Einwohner - Luxemburger und Nicht-Luxemburger - auf unserem Arbeitsmarkt zu integrieren. Nicht die Grenzgänger sind daran schuld, sondern die ungenügende oder die nicht von unserem Arbeitsmarkt erforderte berufliche Qualifikation der einheimischen Arbeitssuchenden. Hier gilt es, verstärkt auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes hin zu qualifizieren, aber auch über die Herausforderungen unseres Arbeitsmarktes zu informieren.

- Deshalb ist eine nationale Strategie der Beratung und Information dringend von Nöten.
- Die neu geschaffene „Maison de l'orientation“ muss alle staatlichen Beratungsstrukturen beherbergen – schulische, berufliche und universitäre. Auch muss garantiert werden, dass Arbeits- und Wirtschaftsministerium hier in den Prozess der Gestaltung und Ausrichtung der „Maison de l'orientation“ eingebunden werden. Dies kann und darf nicht die alleinige Kompetenz des Bildungsministeriums sein.
- Der unbefristete Arbeitsvertrag garantiert soziale Rechte und gibt Sicherheit für die individuelle Lebensplanung. Die CSV gewährleistet, dass der „Contrat à durée indéterminée“ (CDI) weiter die Regel bleibt.

Für die regelmäßige Anpassung des Mindestlohns

Der Mindestlohn muss vor Armut schützen und ein würdiges Leben ermöglichen. Es geht um den Wert und die Würde von Arbeit.

- Die CSV will eine Erhöhung des Mindestlohns, vor allem im Nettobereich. Wir setzen uns für die regelmäßige Anpassung des Mindestlohns an die allgemeine Lohnentwicklung ein. Mindestlohnpolitik muss ökonomischen Realitäten sowie den Lebenshaltungskosten angepasst sein.

Kein Arbeitsplatz soll unbesetzt bleiben, weil es an qualifiziertem Personal mangelt.

- Wer Vollbeschäftigung anstrebt, muss in die qualitative Aus- und Weiterbildung investieren. Wir werden gezielt neue Aus- und Weiterbildungsprogramme entwickeln und umsetzen.
- Die CSV will ein nationales Konzept für lebenslanges Lernen umsetzen und dies in Zusammenarbeit mit den Berufskammern, den Berufsverbänden, den Betrieben und den Weiterbildungsanbietern.
- Die Angebote beim lebenslangen Lernen müssen mit einem staatlichen Qualitätslabel belegt und finanziell gefördert werden. Die staatliche Förderung der betrieblichen Weiterbildung muss gezielter eingesetzt werden. Dafür muss diese Gesetzgebung verbessert werden. Die Finanzierung muss wieder sichergestellt werden.
- Das duale Ausbildungssystem soll gestärkt und ausgebaut werden. Ausgehend davon, dass eine enge Verzahnung zwischen Schule und Arbeitswelt eine gute Integration auf den Arbeitsmarkt ermöglicht, sollen Techniker- und BTS-Ausbildungen verstärkt dual angeboten werden.

In diesem Bereich muss der Staat aber auch seiner Rolle als Ausbildungsbetrieb endlich gerecht werden und Ausbildungsstellen in Ministerien, Verwaltungen und den „Établissements publics“ zur Verfügung stellen.

Die bilateralen Bestrebungen Luxemburgs in der Großregion, um über die Grenzen hinweg auszubilden, sollen verstärkt und ausgebaut werden.

Lebensarbeitszeit neu organisieren

Familien sollen mehr gemeinsame Zeit haben. Deshalb ist es wichtig, eine neue Lebensarbeitszeitorganisation zu schaffen.

- Die Familien sollen ihr Leben frei gestalten können. Wir setzen uns dafür ein, dass Familienleben und Beruf besser in Einklang gebracht werden können. Durch einen Anspruch auf eine neue Arbeitszeitgestaltung muss es möglich werden, flexible Arbeitszeitmodelle zu entwickeln, mit denen die Familien mehr Zeit miteinander verbringen können. Die CSV schafft einen geregelten Rahmen für den „Télétravail“ und die Möglichkeiten, einen Teil seiner Arbeitszeit zuhause zu leisten (Stichwort „Home Office“).
- Arbeitszeitkonten gehören zu einer modernen Arbeitszeitorganisation, die sich über das gesamte Erwerbsleben erstreckt. Die CSV wird sich für die Einführung von Arbeitszeitkonten im Privatsektor einsetzen und einen angepassten Rahmen schaffen, innerhalb dessen die Sozialpartner zu tragfähigen Vereinbarungen gelangen können.

Für Arbeitnehmer, die sich für Teilzeit entschieden haben, soll auf der Basis von klaren Regeln ein Rückkehrvorrecht auf die vorherige Arbeitszeit geschaffen werden.

Es gilt auch, die sinnvolle Beschäftigung der Menschen mit Behinderung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt auszubauen.

- Die CSV wird verstärkt darauf drängen, dass die staatliche Quote der Beschäftigung von Menschen mit Behinderung eingehalten wird.

Auch müssen Möglichkeiten geschaffen werden, dass Jugendliche mit Behinderungen sich qualifizieren können. Hier müssen entsprechende Möglichkeiten und Strukturen geschaffen werden.

Die Digitalisierung der Arbeitswelt stellt uns vor große Herausforderungen. Sie bietet aber auch Chancen für die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen.

- Neue Technologien sollen angewandt werden, um das Leben der Menschen zu verbessern. Es gilt, die Digitalisierung in den Dienst des Menschen zu stellen (siehe Kapitel Digitalisierung).

Die Digitalisierung der Arbeitswelt bringt große Umbrüche bei den Berufsbildern sowie bei den Anforderungen an die Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Arbeiten wird in Zukunft mobiler und flexibler werden. Viele Menschen machen sich Sorgen um Jobverlust und Veränderungen am Arbeitsplatz. Weder wollen wir dem technischen Wandel blind folgen, noch wollen wir ihn verhindern; stattdessen wollen wir ihn aktiv gestalten mit Maß und Mitte.

- Im Einklang mit unserem Wunsch nach einer angemessenen Work-Life-Balance, die Karriere und Familie vereint, soll auch das Recht auf „Unerreichbarkeit“, die Möglichkeit, von der Arbeit abschalten zu können, unterstützt werden. Eine Anpassung des geltenden Regelwerkes soll dem Arbeits- und Sozialschutz des Arbeitnehmers und den Imperativen der digitalen Arbeitswelt Rechnung tragen.
- Die CSV setzt sich für ein neues Gesetz zur flexiblen Regelung der Ladenöffnungszeiten ein. Das Gesetz soll die Grundprinzipien festhalten und einen Rahmen für Kollektivverträge bieten, um flexibel und passgenau die unterschiedlichen Erwartungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf einen Nenner zu bringen.
- Es werden dezentral zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Co-Working-Spaces werden für verschiedene Verwaltungen dezentral organisiert.

Bekenntnis zum Luxemburger Modell des Dialogs

Es gilt, das luxemburgische Sozialmodell auszubauen.

- Der Sozialdialog muss dynamisiert werden. Das heutige Modell ist seit Jahrzehnten der Garant des sozialen Friedens im Großherzogtum und somit der Garant des wirtschaftlichen Fortschritts.

Die nationalen Gremien wie die Tripartite und der Wirtschafts- und Sozialrat sollen nicht nur erhalten werden; ihre Aufgaben müssen vor allem der Realität angepasst werden.

- Im Wirtschafts- und Sozialrat soll ein permanenter Dialog zwischen den Sozialpartnern stattfinden.
- Die Tripartite soll als Kriseninstrument dienen und die Regierung muss einen regelmäßigen und offenen bilateralen Dialog mit den Sozialpartnern führen.

Die Kollektivvertragsgesetzgebung ist und bleibt ein Grundpfeiler des luxemburgischen Sozialmodells. Die Bindung an Kollektivverträge sichert Teilhabe und faire Entlohnung.

- Die CSV wird das Kollektivvertragsgesetz von 2004 überarbeiten und an die veränderte Arbeitswelt anpassen.
- In den Betrieben gilt es, das reformierte Gesetz über die Personaldelegationen zu überarbeiten - u.a so, dass die Wahlskizzen bei der Freistellung berücksichtigt werden, wie das beim politischen Urlaub in den Gemeinden der Fall ist.
- In der Beschäftigungspolitik gilt es, die Lohnnebenkosten so zu gestalten, dass zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden.
- Die Gesetze über den „Maintien dans l'emploi“ wird analysiert und gegebenenfalls angepasst.

- Der Schutz von Arbeitnehmern im Fall eines Konkurses muss verbessert werden. Die CSV will die betreffenden Bestimmungen in den Sozialplänen ausbauen.
- Es darf nicht sein, dass Langzeitkranke im Privatsektor befürchten müssen, ihren Arbeitsplatz zu verlieren und sozial abzustürzen. Es gilt, die aktuellen Bestimmungen, insbesondere die willkürliche 78-Wochenregelung im Krankheitsfall, zu überarbeiten. Der Langzeitkranke soll sich keine Sorgen über eine automatische Kündigung oder einen Einkommensverlust machen müssen, falls er diese Grenze erreicht, sondern auf spezifisch angelegte Ausnahmeregelungen zurückgreifen können. Hier ist aber auch eine Reform der einzelnen medizinischen Kontrollen bei Krankenkassen, Pensionskassen und Arbeitsmedizin dringend notwendig. Die Einführung einer Schlichtungsstelle bei kontradiktorischen Entscheidungen der einzelnen Träger ist unbedingt vorzusehen. Die Berufe des Arbeitsmediziners und des Betriebskrankenschweflers sollen attraktiver und effizienter gestaltet werden.
- Wir werden das Gesetz über das so genannte „Reclassement“ neu gestalten. Wer aus gesundheitlichen Gründen seine gewohnte berufliche Tätigkeit nicht mehr ausüben kann, darf kein zweites Mal bestraft werden. Die bestehenden gesetzlichen Regelungen müssen gezielt nachgebessert werden, um Benachteiligungen von Arbeitnehmern im „Reclassement“ zu beseitigen. Auch hier kommt der Reform der medizinischen Kontrollen im Sinne eines präventiven Ansatzes, der flexible Arbeitsbedingungen während der Genesungsphase ermöglicht, eine große Bedeutung zu. Die Arbeitsmarktverwaltung (ADEM) muss mit den notwendigen Mitteln ausgestattet werden, um eine bessere Betreuung der Betroffenen zu gewährleisten.

Die CSV wird sicherstellen, dass die Löhne und Altersbezüge weiterhin mit den Lebenshaltungskosten Schritt halten.

- Die Indexierung der Löhne und Altersbezüge bleibt ein fester Bestandteil unserer Politik.

Für eine Humanisierung der Arbeitswelt

Benötigt wird eine Arbeitsmarktanalyse betreffend die Qualität der Arbeitsplätze in Luxemburg. Gemeinsam mit dem Wohlbefinden am Arbeitsplatz („Bien-être au travail“) gilt es, die Arbeitsbedingungen in Luxemburg durch eine entsprechende Betriebskultur und gegebenenfalls einen rechtlichen Rahmen zur Prävention und psychosozialen Risikobewertung am Arbeitsplatz besser zu gestalten.

Auch die Vereinbarung über Belästigung und Gewalt am Arbeitsplatz, Mobbing eingeschlossen, soll hier miteinfließen.

Stress und Druck auf dem Arbeitsplatz führen zu langen Abwesenheitsperioden, Mobbing, Bore- und Burn-Out. Hier gilt es, massiv in das „Bien-être au travail“ und die Früherkennung zu investieren, als vorbeugende Maßnahme.

- Die CSV will die Humanisierung der Arbeitswelt fördern.
- Wir wollen die Arbeitsbedingungen so verbessern, dass gesunde und motivierte Arbeitnehmer ein erfülltes Berufsleben haben.

Betreffend die Arbeitslosigkeit, gilt es, alle Maßnahmen auf den Prüfstand zu nehmen und sie so anzupassen, dass mehr Arbeitssuchende in eine Beschäftigung gelangen. Qualifizierung, Weiterbildung und Umschulung sind hier die Schlagwörter und dafür müssen die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Der Arbeitsmarkt ist in einem steten Wandel. Kaum eine andere Verwaltung ist, so wie die ADEM, mit ständigen Veränderungen konfrontiert.

- Die ADEM muss über die notwendigen personellen, finanziellen und technischen Ressourcen verfügen, um auf Veränderungen am Arbeitsmarkt nicht nur zu reagieren, sondern ihnen vorzugreifen.

Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist Priorität

Beim Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit muss deren Vermeidung im Mittelpunkt stehen. Dies werden wir durch eine Stärkung respektive Ausweitung der dualen Berufsausbildung erreichen.

Die Zahl der Schulabbrecher, d.h. der Jugendlichen, die ohne Abschluss die Schule verlassen, soll gesenkt werden. Die Bemühungen, um ihnen eine qualifizierte Ausbildung anzubieten, werden verstärkt.

- Die CSV will Betriebspraktika fördern, wobei darauf zu achten ist, dass junge Menschen nicht als billige Arbeitskraft missbraucht werden.

Mit zielorientierten Maßnahmen soll die Langzeitarbeitslosigkeit gesenkt werden:

- Das Gesetz gegen die Langzeitarbeitslosigkeit von Juli 2017 wird evaluiert. Der Anwendungsbereich wird gegebenenfalls über staatliche, kommunale und gemeinnützige Vereinigungen hinaus erweitert.

Die CSV wird darauf hinwirken, dass ungerechtfertigte Vorbehalte gegenüber Langzeitarbeitslosen und älteren Beschäftigungssuchenden abgebaut werden.

Anerkannte Flüchtlinge müssen dabei unterstützt werden, eine Arbeit zu finden.

Information und Beratung über die Arbeitswelt und die Berufe ist auch ein Mittel zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit. Hier spielt die „Maison de l'orientation“ eine zentrale Rolle. Über das Berufsbild eines Berufsberaters muss nachgedacht werden.

- Die CSV will alle die Beschäftigungsmaßnahmen betreffenden Gesetze überprüfen, ihre Effektivität evaluieren und dann überarbeiten.
- Eine Reform der Gewerbeinspektion drängt sich auf. Das Thema der Arbeitssicherheit, die Kontrollen bezüglich der Einhaltung der Respektierung der Kollektivverträge sowie der Arbeits- und Sozialgesetze und die Bekämpfung der Diskriminierung und der illegalen Beschäftigung muss dabei höchste Priorität genießen.
- Der „Code du Travail“ wird überarbeitet.

2.7. Digitalisierung braucht eine soziale Dimension

Die Digitalisierung bietet zahlreiche Chancen für die Bürger, deren Alltag, Freizeit und Lebensorganisation durch die Digitalisierung bereichert und erleichtert wird. Eine Digitalisierung, die überlegt und verantwortungsvoll genutzt wird, bedeutet mehr Lebensqualität für den Menschen.

Der digitale Wandel wird die Arbeitswelt verändern. Deshalb brauchen wir digitales Fachwissen in der Ausbildung.

Für Arbeitnehmer kann die Digitalisierung Möglichkeiten für mehr Selbstbestimmung und Flexibilität bedeuten. Die berufliche Aktivität muss zum Teil nicht mehr zeit- und ortsgebunden sein. Die Digitalisierung kann eine Chance für die Humanisierung der Arbeit sein.

Aufgabe der Politik ist es, die Veränderungen zu begleiten und auf faire Spielregeln zu achten, damit alle in der Gesellschaft am technologischen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt teilhaben.

Wir brauchen eine soziale Dimension für das digitale Zeitalter.

Klare Regeln für Arbeitszeiten

Eng verknüpft mit der Digitalisierung der Berufswelt ist die Frage der Arbeitszeit. Der Einsatz digitaler Technologien eröffnet Arbeitnehmern die Möglichkeit zu flexibleren Arbeits- bzw. Anwesenheitszeiten.

Die CSV will ein klares Regelwerk:

- Die Nutzung von flexibleren Arbeits- bzw. Anwesenheitszeiten durch den Arbeitnehmer ist freiwillig. Kein Arbeitnehmer kann dazu gezwungen werden.

- Keine Auslagerung: Arbeitnehmer mit flexiblen Arbeits- und Anwesenheitszeiten gehören weiterhin zum festen Mitarbeiterstamm des Unternehmens und können daher nicht, ohne ihr Einverständnis, an einen anderen Arbeitsplatz oder -ort versetzt werden. Dies gilt auch für öffentlich-rechtliche Arbeitgeber. Das Arbeitszeitvolumen bleibt in seiner Gesamtheit unverändert.
- Mobilarbeitszeiten werden gemeinsam von Arbeitgeber und Arbeitnehmer festgelegt.
- Die Arbeitszeiten müssen ordentlich erfassbar sein. Klare Definitionen der Überstunden müssen gewährleistet bleiben.
- Die Arbeitsziele, die mit mobiler Arbeit verfolgt werden, müssen realistisch und erreichbar sein.

Arbeitsschutz 4.0

Die gemeinsame Aufgabe der Politik, der Gewerkschaften und der Unternehmensverbände ist es, intensiv daran zu arbeiten, dass Arbeit 4.0 weiterhin die mühsam erkämpften sozialen Standards in der Arbeitswelt erhält. So darf es auf keinen Fall in eine Richtung gehen, in der maßgebliche Bestimmungen des Arbeitsvertrags ausgehöhlt werden.

- Die CSV tritt dafür ein, den Arbeitsschutz anzupassen. Hier müssen Grenzen gezogen, Rechtsansprüche definiert und Kontrollen installiert werden, um den damit einhergehenden gesundheitlichen sowie psychischen Gefährdungen konsequent vorzubeugen. Gefahren wie Selbstausbeutung müssen konsequent vermieden werden.

Verantwortungsvoll mit personenbezogenen Daten umgehen

Integraler Bestandteil der Rechte der Arbeitnehmer ist der Schutz der personenbezogenen Daten. Beschäftigte müssen vor einer exzessiven digitalen Kontrolle durch ihre Arbeitgeber geschützt werden.

- Deshalb sind wir bei der Speicherung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Arbeitskontext für ein übersichtliches und klares Regelwerk. Hier soll die Schaffung eines eigenständigen, der digitalen Arbeitswelt angepassten Arbeitnehmerdatenschutzgesetzes geprüft werden.

Digitales Arbeiten auf sicherer sozialer Grundlage

Wir wollen, dass alle Beschäftigten im digitalen Zeitalter auf einer sicheren sozialen Grundlage arbeiten. Jeder, der seinen Arbeitseinsatz im Netz erbringt, und somit eine Produktivitätssteigerung des betreffenden Unternehmens sowie wirtschaftlichen Mehrwert erzeugt, hat neben seiner angemessenen Entlohnung auch Anspruch auf einen gerechten Anteil an dem dadurch erzeugtem Mehrwert sowie auf seine soziale Absicherung.

Durch Selbstständigkeit im Netz muss daher auch ein Beitrag für die soziale Sicherheit erzielt werden. Wir müssen die entsprechenden Sozialversicherungsstrukturen ergänzen bzw. neu aufbauen.

Für eine offensive Fort- und Weiterbildungskultur

Ein besonders wichtiger Aspekt für eine erfolgreiche Digitalisierung der Arbeitswelt bzw. der vierten industriellen Revolution ist die Qualifizierung und Weiterbildung der Arbeitnehmer. Ausbildung und Qualifizierung sind der Schlüssel für den zukünftigen Erfolg des Arbeits- und Wirtschaftsstandorts Luxemburg.

- Wir wollen Anreize schaffen, um die Beschäftigten für die Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen zu motivieren. Auch die Bereitschaft der Betriebe, ihren Beschäftigten eine berufsbezogene und in das Arbeitsleben integrierte Fort- und Weiterbildung anzubieten, muss durch attraktive Förderung gestärkt werden.

Geringqualifizierte Tätigkeiten fallen bei fortschreitender Robotisierung und Automatisierung weg und daher muss präventiv eine umfassende berufliche Weiterqualifizierung angeboten werden. Dabei bietet das Lernen mit digitalen Medien auch neue Möglichkeiten, um Arbeitnehmer für Weiterbildung zu motivieren, die mit herkömmlichen Kursen nicht gut klarkommen.

GUT MITEINANDER LEBEN

3.1. Integration

Luxemburg ist ein Beispiel für eine gelungene Integrationspolitik. Wenige Staaten gehen so weit in ihrer Aufgeschlossenheit und ihrem Bestreben, die ausländischen Bürgerinnen und Bürger am wirtschaftlichen, sozialen und politischen Leben teilnehmen zu lassen.

Die CSV bekennt sich zu einer offensiven und voluntaristischen Integrationspolitik und unterstreicht Multikulturalität als einen der wesentlichen Aspekte unserer offenen Gesellschaft.

Die CSV will Beteiligung und Integration fördern. Nur so kann die Kohäsion gestärkt werden. Die Gesellschaft braucht diese Kohäsion. Aufgabe der Politik ist es, die entsprechenden Weichen zu stellen.

Sprache als Integrationsfaktor nutzen

Luxemburgisch ist für uns Integrations- und Kommunikationssprache und Teil unserer Identität. Zu dieser gehören natürlich auch unsere Mehrsprachigkeit sowie ein pragmatischer Umgang mit dieser Vielfalt im Alltag.

Luxemburgisch fördern heißt also für uns nicht andere Sprachen abwerten.

Integration heißt vor allem Austausch. Sprache ist vor diesem Hintergrund eines der wichtigsten aller verbindenden Elemente. Wir wollen Mitbürgern deshalb durch bessere Luxemburgisch-Kenntnisse die Integration erleichtern und das Zusammenleben fördern.

- Betriebe, die Sprachkurse anbieten, sollen direkt vom Staat unterstützt werden. Die Kürzungen von Fördergeldern werden rückgängig gemacht.
- Wir werden bei Änderungen der Grundverträge der Europäischen Union auf die Einführung eines neuen Sprachenstatus der Union einwirken, so dass Luxemburgisch offizielle Sprache der Union sein kann, ohne dass es EU-Amtssprache sein muss (mit obligatorischer Simultanübersetzung und Übersetzung sämtlicher EU-Reglementierungstexte).
- Die Luxemburger Sprache soll auch bei den Luxemburgern selbst gefördert werden. Wir werden Instrumente stärken, die Spracherlernen und Schreibkompetenz erleichtern.

Mitreden und Mitbestimmen

In den Augen der CSV stellt die Erlangung der luxemburgischen Nationalität den geeigneten Weg dar, um die Integration der ausländischen Bürger und ihre politische Teilnahme, ohne Wenn und Aber, zu stärken.

Die CSV tritt für eine Gesellschaft ein, in der die Bürger gemeinsam die Zukunft Luxemburgs gestalten. Um dieses Ziel zu erreichen, hatte die CSV eine Gesetzesvorlage im Parlament eingebracht, die den Zugang zur luxemburgischen Nationalität vereinfachte. Diese Vorschläge der CSV wurden in einem Regierungstext übernommen, den die CSV daher unterstützte.

- Die CSV wird Gemeindekommissionen, nationale und lokale Initiativen unterstützen, die im Sinne von mehr Integration und interkulturellem Miteinander wirken, so zum Beispiel der „Parrainage linguistique“. Auch Schulen sollen bei solchen Aktionen stärker unterstützt werden.
- Als Zeichen echter und gelebter Integrationspolitik und im Sinne einer verstärkten politischen Mitsprache schlägt die CSV vor, den „Conseil national pour étrangers“ zu revalorisieren und so umzugestalten, dass ausländische Mitbürger sich besser durch den CNE vertreten fühlen.

3.2. Flüchtlingspolitik

Die Flüchtlingskrise ist eine Herausforderung für Europa und unser Land. Sie erfordert eine gemeinsame europäische Antwort.

Die Bewältigung der Flüchtlingskrise ist aber nicht nur eine gesamteuropäische Aufgabe. Jedes Land, auch Luxemburg, ist gefordert. Das setzt eine klare, langfristige und kohärente Strategie voraus.

Ein Lastenheft soll die Zuständigkeitsbereiche und Pflichten der einzelnen Akteure (Staat, Gemeinden, Hilfsorganisationen) definieren.

Viele Gemeinden sind bereit, Flüchtlinge aufzunehmen. Sie benötigen jedoch einen Ansprechpartner und klare Regeln. Dasselbe gilt für die Hilfsorganisationen. Sie müssen wissen, was von ihnen konkret erwartet wird und wie sie sich mit den anderen Akteuren einbringen können, um die Flüchtlinge adäquat unterbringen und betreuen zu können.

Sind die Pflichten der einzelnen Akteure klar definiert, wird ein nationaler Integrationsplan benötigt („Plan national d'intégration“).

Die Aufnahme und Betreuung von Flüchtlingen soll sich in drei Phasen gliedern:

1. Phase: Erstaufnahme oder „First Response“

Die Flüchtlinge werden in dieser ersten Phase in Empfang genommen und in staatlichen Auffangstrukturen (Weilerbach, Containerdorf usw.) untergebracht. Diese erste Betreuung ist Aufgabe des Staates.

Personen, die internationalen Schutz beantragt haben, leiden besonders unter posttraumatischem Stress. Extreme Gewalterfahrungen bei Frauen sind oft die Regel. Vor allem verletzte Personen sollten bereits bei der Aufnahme-prozedur durch qualifiziertes Personal begleitet und ohne lange Wartezeiten entsprechend betreut und geschützt werden.

2. Phase: Während des Asylverfahrens

In dieser Phase werden die Gemeinden eingebunden, unter der Bedingung, dass im Vorfeld der Aufgabenbereich und die Verpflichtungen zwischen Staat und Gemeinden klar aufgeteilt und die Regeln genau definiert sind (dabei muss jede Gemeinde gleichbehandelt werden). Es ist notwendig, dass der Staat im Rahmen des Pflichtenkatalogs klare Vorschläge unterbreitet in den Bereichen: Unterhalt und Verwaltung der Auffangstrukturen, Betreuung der Flüchtlinge, schulische Betreuung der Kinder.

Für die Standorte der Auffangstrukturen brauchen wir einen „Plan sectoriel pour structures d'accueil“.

3. Phase: Nach abgeschlossener Prozedur

Wurde der Asylantrag nicht genehmigt, müssen die Flüchtlinge so schnell wie möglich zurück in ihr Heimatland. Deshalb sind das regelmäßige Anpassen einer gemeinsamen Liste sicherer Herkunftsländer sowie schnellere Verfahren und Prozeduren ein Muss.

Wurde der Asylantrag genehmigt, müssen die anerkannten Flüchtlinge so schnell wie möglich die Auffangstrukturen verlassen, um eventuelle Neuaufnahmen von Antragsstellern zu ermöglichen. Hier muss die Solidarität zwischen den Gemeinden spielen. Gegebenenfalls soll ein Quotensystem eingeführt werden.

3.3. Soziale Sicherheit

Ein umfangreiches Sozialnetz garantiert bei unvorhersehbaren Risiken wie Krankheit, Unfall, Arbeitsunfähigkeit, Arbeitslosigkeit sowie im Alter, dass der Erwerbstätige seinen Einkommensausfall kompensieren kann, es sorgt für

überlebende Familienangehörige, übernimmt Gesundheits- und Pflegekosten, kompensiert Familienlasten und verhindert Armut und Ausgrenzung. Dieses Netz an Leistungen ist aufgebaut auf der Solidargemeinschaft von Reichen mit Armen, Jungen mit Alten, Gesunden mit Kranken, Berufstätigen mit Arbeitssuchenden. Seine Finanzierung wird garantiert durch Beiträge von Versicherten und Wirtschaft sowie steuerfinanzierte Zuschüsse und ist somit abhängig von der jeweiligen konjunkturellen Lage.

Doch die finanziellen Möglichkeiten unseres Sozialstaats sind nicht unbegrenzt. Sie sind abhängig von der jeweiligen wirtschaftlichen Entwicklung.

Nur qualitatives Wachstum durch Produktivitätssteigerung und mehr Beschäftigung schaffen es, zusätzliche Belastungen zu schultern, und diese Belastungen sind auf Grund des demografischen Wandels unausweichlich: Bei steigen- der Lebenserwartung wird sich das Verhältnis von Leistungsempfängern zu Beitragszahlern verändern. Der Generationenvertrag zwischen Beschäftigten und Renten- und Pensionsempfänger könnte so auf die Probe gestellt werden. Die Gesundheits- und Pflegekosten werden bei einem höheren Anteil von älteren Menschen weiter ansteigen.

Die Renten langfristig absichern

Die Rentenversprechen der aktuellen Arbeitnehmer bleiben garantiert. Es werden keine Pensionen gekürzt.

Darüber hinaus gewährleistet die CSV, dass die sozialen Sicherungssysteme langfristig finanzierbar bleiben und es demnach nicht zu tiefen sozialen Einschnitten kommen muss.

Dass Handlungsbedarf im Bereich des Pensionssystems besteht, belegen die Zahlen der „Inspection générale de la sécurité sociale“ von Dezember 2016: Bei einem permanenten durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von 2,9 Prozent bis 2030 bzw. von 2,5 Prozent bis 2045 sind die Reserven 2043 aufgebraucht. Ab 2023 schon wird mit einem negativen Jahressaldo gerechnet (weniger Einnahmen als Ausgaben). 2035 werden die Reserven unter die legale Mindestnorm von 1,5-mal der Jahresausgaben abrutschen.

Wer sich heute bereits einer Diskussion über Reformen für morgen verschließt, das vor allem in wirtschaftlich günstigen Zeiten, gefährdet den sozialen Besitzstand und das auf Kosten der zukünftigen Generationen.

Das ist nicht der Weg, den die CSV gehen möchte. Deshalb die Forderung nach einer Reform des Pensionssystems.

Für uns gelten folgende klaren Vorgaben für eine Reform der Pensionssysteme:

- Objektive Detailanalyse des Systems sowie der mittel- und langfristigen Finanzierbarkeit;
- Festhalten am Generationenvertrag und Festigung der Generationenverantwortung;
- Lösungsfindung und Reform im Dialog mit den Sozialpartnern;
- Zielsetzung ist es, die Rentenversprechen von heute einzuhalten;
- Neue Versprechen sollen nur dann gemacht werden, wenn sie mittel- und langfristig eingehalten werden können.

Nicht handeln, bedeutet mittelfristig eine Gefährdung des aktuellen Systems und der entsprechenden Leistungen.

Verbesserungen bei Kranken- und Pflegeversicherung

Die gesetzliche Krankenversicherung sowie die Pflegeversicherung zeichnen aktuell regelmäßig überschüssige Einnahmen auf. Dank dieser Überschüsse, die größtenteils auf das aktuelle wirtschaftliche Wachstum zurückzuführen sind, können weitere Herausforderungen gemeistert werden. Im Sinne des „utile et nécessaire“ und aufgrund von neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen, werden wir uns einsetzen für:

- den Ausbau der Präventivmedizin;
- eine Erweiterung des Leistungskataloges;

- die Ausdehnung des „Tiers-payant“: der „Tiers-payant social“ wird erweitert. Bei hohen Rechnungen über einen zu definierenden Betrag soll er automatisch greifen. Bei Langzeiterkrankungen, chronischen Krankheiten und bei chirurgischen Eingriffen soll eine generelle „Tiers-payant“-Regelung spielen können;
- die Anpassung der sogenannten 78-Wochen-Regelung: Der Langzeitkranke soll sich keine Sorgen über eine automatische Kündigung oder Einkommensverlust machen müssen, falls er diese Grenze erreicht, sondern auf spezifisch angelegte Ausnahmeregelungen zurückgreifen können.
- Die Änderungen in der Pflegeversicherung sorgten ab dem 1. Januar 2018 für viel Unmut und Unsicherheit. Die Reform ging vor allem auf Kosten von Behinderten und dementen Menschen. Dies war für die CSV inakzeptabel. Der zuständige Minister hat nach langem Hin und Her und unter anderem auf Druck der CSV Nachbesserungen eingeleitet. Wir werden sicherstellen, dass alle nötigen und sinnvollen Leistungen wieder eingeführt und gesetzlich abgesichert werden.

3.4. Familienpolitik

Die demographische Entwicklung und der Wandel der Lebensformen haben in den letzten Jahrzehnten eine Pluralisierung von Familienformen und Familienentwicklungsverläufen hervorgebracht. Die Familie ist heute bunter und variantenreicher geworden.

Die freie Wahl respektieren und unterstützen

- Es ist die Aufgabe der Politik, auf die unterschiedlichen Lebensvorstellungen und Familienplanungen einzugehen und diese zu unterstützen.
- Für die CSV steht das Wohl der Familien und der Kinder im Mittelpunkt. Die Sicherstellung dieses Ziels setzt die Wahlfreiheit der Lebensführung und der Familiengestaltung voraus.
- Für die CSV soll die Politik Familien fördern und nicht ein bestimmtes Familienmodell. Eltern sollen selbst entscheiden, wie sie leben und wie sie ihre Kinder erziehen bzw. betreuen möchten. Sie sind in erster Linie für die Erziehung und Entwicklung ihrer Kinder verantwortlich.

Die Aufgabe der Politik besteht darin, die Eltern in ihrer Wahl zu unterstützen und die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Wahlfreiheit der Eltern und das Wohl des Kindes zu garantieren.

- Die Politik der aktuellen Regierung hat durch die gleichzeitige Abschaffung der Erziehungszulage, der Mutterschaftszulage, durch das abgeänderte Modell des Elternurlaubs und die teilweise Gratis-Kinderbetreuung für Kinder von eins bis vier Jahren, ein Familienmodell klar bevorzugt.

Die CSV will die Wahlfreiheit wieder garantieren. Wir werden:

- den Gesetzestext über den Elternurlaub überarbeiten. Wir wollen den Elternurlaub weiter flexibilisieren. Eltern sollen die Möglichkeit erhalten, auch acht Monate lang den Vollzeit-Elternurlaub in Anspruch zu nehmen. Darüber hinaus soll es für Eltern möglich sein, mit Zustimmung ihres Arbeitgebers, innerhalb eines Modells die Dauer des Elternurlaubs aufzuteilen.
- Mütter, die ein Anrecht auf das Einkommen zugunsten der sozialen Inklusion („Revenu d’inclusion sociale“ – REVIS) haben, sollen während zwölf Monaten ab der Geburt ihres Kindes keine Arbeitsstelle annehmen müssen.
- Die CSV will die Bestimmungen der Babyjahre überarbeiten. Für Elternteile, die ihre berufliche Laufbahn unterbrechen, um sich ihren Kindern zu widmen, soll die Zahl der Baby-Jahre (Beitragsjahre) von zwei auf drei Jahre pro Kind erhöht werden. Die vier Jahre für das 3. Kind oder im Krankheitsfall eines Kindes, sollen auf fünf Jahre erhöht werden.
- Die CSV hatte sich gegen die Abschaffung der Erziehungszulage ausgesprochen, weil diese Maßnahme den Eltern ihre Gestaltungsfreiheit nimmt, aber vor allem weil sozial schwache, besonders kinderreiche Familien, die schon durch die Vereinheitlichung des Kindergeldes finanziell stark getroffen wurden, durch die Abschaffung der Erziehungszulage noch ein zweites Mal bestraft wurden. Die Erziehungszulage hatte eine soziale Komponente und wurde auch berufstätigen Eltern ausbezahlt, die nicht über ein gewisses Einkommen verfügten. Wir wollen daher ein Alternativmodell zur abgeschafften Erziehungszulage für sozial schwache Familien einführen.
- Die CSV will auch die bestehenden Wiedereingliederungsmaßnahmen auf ihre Wirkung hin überprüfen und gegebenenfalls verbessern oder anpassen.

- Die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Organisationen, die sich um die berufliche Wiedereingliederung der Frauen kümmern, und dem Arbeitsamt sollen intensiviert werden.

Die Arbeitszeit sowie die Arbeitsorganisation sollen besser mit dem Rhythmus der Familien und den Bedürfnissen der Kinder harmonisieren. Wir brauchen eine familiengerechte und familienfreundliche Arbeitswelt, die den berufstätigen Eltern Zeit und Freiraum lässt, die sie brauchen, um sich ihrer Familie zu widmen.

Die CSV will die Teilzeitarbeit fördern. Teilzeitarbeit muss neu konzipiert und attraktiver gestaltet werden.

Eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung

Familien brauchen Zeit und innovative Betreuungsmöglichkeiten für Kinder.

- Die CSV will konsequent und flächendeckend das Angebot der Kinderbetreuung weiter ausbauen. Die Betreuung muss nach den unterschiedlichen Ansprüchen der Familien und der Kinder konzipiert werden.
- Die CSV unterstützt innovative Betreuungsmodelle wie etwa die „Crèches parentales“, bei denen Eltern direkt eingebunden werden.
- Die CSV unterstützt Kinderbetreuungsstrukturen mit spezifischen pädagogischen Konzepten und Familienbegleitung. Spezifische Leistungen sollen honoriert werden. Wir werden die gesetzlichen Bestimmungen in diesem Sinne anpassen.
- Wir werden Betreuungsstrukturen als gemeinschaftliches Projekt von Unternehmen fördern. Als Anerkennung wird ein Label „familienfreundliches Unternehmen“ vergeben, welches als Kriterium bei öffentlichen Ausschreibungen zum Tragen kommen kann.
- Wir werden die Bestimmungen der kostenlosen multilingualen Kinderbetreuung sowie die Nutzung des „Chèque-service accueil“ (CSA) evaluieren und gegebenenfalls anpassen.
- Die Qualität der Kinderbetreuung ist von zentraler Bedeutung. Die Qualitätskriterien müssen stetig den Ansprüchen einer hochwertigen Betreuung angepasst werden. Die Vor-Ort-Kontrollen werden effizienter gestaltet.

Wir wollen die Familien stärken und die Verantwortung der Eltern wieder in den Vordergrund rücken.

- Die Elternschule soll weiter gefördert werden.
- Der Staat wird Kurse für werdende bzw. junge Eltern anbieten, um sie in ihrer Elternrolle zu stärken.
- Kinderkrippen und „Maison relais“ sollen sich mittel- bis langfristig zu Familienzentren entwickeln können, wo Eltern die Möglichkeit haben, sich mit Fachleuten auszutauschen. Es gilt, den Austausch und das Informationsangebot in den Betreuungsstrukturen auszubauen.
- Zur Unterstützung der Elternschaft werden wir kostenlose regelmäßige Elternbriefe einführen. Es handelt sich dabei um dem jeweiligen Alter des Kindes angepasste Informationen und Ratschläge über Fragen der Gesundheit, Entwicklung und zu den sozialen Kompetenzen der Kinder sowie Informationen zu allen beratenden Dienststellen, gesetzlichen, schulischen und außerschulischen Begebenheiten.

Effizientere Betreuung der Kinder ab der Grundschule

Bis zum Kindesalter von drei Jahren soll der Staat die Wahlfreiheit der Eltern garantieren. Ab drei Jahren ist es Aufgabe des Staates, eine optimale Früherziehung der Kinder zu gewährleisten.

- Die CSV will schrittweise eine kostenlose Kinderbetreuung in der Grundschule einführen.
- Für die CSV soll vorrangig jedes Kind, in enger Zusammenarbeit von Schule und Betreuungsstrukturen, Anrecht auf eine Hausaufgaben- und Lernhilfe haben.
- Der „Plan d'encadrement périscolaire“ – PEP, der seit dem Schuljahr 2013-2014 von den Schulen und den Verantwortlichen der non-formalen Bildungseinrichtungen erstellt wird, wurde geschaffen, um die Zusammenarbeit beider Akteure zu fördern, Initiativen zu entwickeln sowie die Qualität der pädagogischen Angebote fördern und strukturieren zu helfen. Der „PEP“ ist und bleibt für die CSV wegweisend. Dieser Plan soll evaluiert und gegebenenfalls angepasst werden.

Kinderreiche Familien finanziell unterstützen

Sozialleistungen verringern das Armutsrisiko. Sie sind und bleiben unerlässlich. Die Einführung des „Montant unique“ beim Kindergeld hat besonders kinderreiche Familien schlechter gestellt.

Deshalb will die CSV eine „Allocation complémentaire pour familles nombreuses“ für Familien ab drei Kindern einführen. Dieser zusätzliche Betrag soll sozial gestaffelt sein.

Koordinierte Unterstützung für Kinder in Schwierigkeiten

Die Früherkennung von Kindern und Eltern in Schwierigkeiten und das Netz früher Hilfen werden optimiert. Die ambulante erzieherische Hilfestellung in der Familie soll begünstigt und qualitativ verbessert werden.

Die CSV will eine Bestandsaufnahme der bestehenden Dienststellen tätigen, um die Hilfsangebote besser untereinander zu vernetzen und zu koordinieren.

Das Nationale Kinderbüro („Office national de l'enfance“ - ONE) soll reformiert werden. Es braucht u.a. die nötigen Mittel, um ab der Erstbetreuung eine regelmäßige und koordinierte individuelle Fallbetreuung zu gewährleisten.

3.5. Garantiertes Mindesteinkommen

Eine Reform des Garantierten Mindesteinkommen (RMG) war notwendig. Neben einigen punktuellen Verbesserungen verfehlt das neue Einkommen für soziale Inklusion (REVIS) das ursprüngliche Ziel, dass jeder auch in der schlimmsten Lage seines Lebens nicht durch die Maschen des Sozialsystems fällt. Die Bekämpfung der Armut und die Existenzabsicherung jedes Einzelnen werden durch diese Reform zweitrangig und die Aktivierung der Empfänger, welche ohne REVIS kein Einkommen hätten (und nur 7,2 Prozent aller Empfänger darstellen), wird zur Priorität.

- Das Anliegen der CSV ist es, die Armut zu bekämpfen und nicht die Armen. Für die CSV gilt es daher jedem Mitglied unserer Gesellschaft die nötige Grundversorgung zu gewährleisten falls, durch welche Umstände auch immer, diese persönlich nicht mehr erbracht werden kann.
- Damit Arbeit sich weiter lohnt, will die CSV eine regelmäßige Anpassung des Mindestlohns vor allem im Nettobereich.
- Den REVIS-Empfängern, welche durch die Einführung des neuen Immunisierungssystems an Leistungen verlieren, wollen wir durch Anpassungen entgegenkommen. Gerade die Empfänger, welche aus persönlichen, familiären oder gesundheitlichen Gründen ihre Arbeitszeit nicht erhöhen können, dürfen nicht finanziell bestraft werden.
- Auch junge Menschen unter 25, die autonom leben und bereits arbeitstätig sind, sollen das Recht auf REVIS-Unterstützung bekommen.
- Die CSV will alternative Wohnformen von REVIS-Empfängern berücksichtigen. Die Ausnahmeregelung, welche es „beherbergten“ Personen erlaubt, für eine bestimmte Zeit als einzelner Haushalt betrachtet zu werden, soll auf weitere Situationen und teilweise auch zeitlich ausgeweitet werden.
- Wir bestehen darauf, dass zeitnah nach der Einführung der REVIS-Reform eine Bestandsaufnahme der Prozeduren vorgenommen wird, damit diese frühzeitig verbessert und vereinfacht werden können.

Gerade für finanziell, sozial und moralisch destabilisierte Menschen müssen die zu durchlaufenden Prozeduren klar, verständlich und nachvollziehbar sein. Deshalb fordern wir die Schaffung eines „Guichet unique“, bei dem auch eine gemeinsame „Cellule d'évaluation“ der Adem und des ONIS eingerichtet werden soll. Diese soll Antragsteller und Empfänger begleiten und orientieren.

- Die CSV fordert, dass die Sozialpartner, Vertreter der Zivilgesellschaft sowie auch Professionelle aus dem Bereich der Sozialarbeit und soziale Organisationen ihren Platz im „Observatoire des politiques sociales“ erhalten, damit sie ihre Expertise in die Umsetzung der REVIS-Reform einbringen können.

3.6. Gesundheitsversorgung und Spitalsektor

Luxemburg hat eines der im internationalen Vergleich besten Gesundheitssysteme, das heißt aber nicht, dass dieses nicht verbesserungs- und reformfähig wäre.

Für die CSV ist eine in allen Hinsichten perfekte und barrierefrei zugängliche, auf die Bedürfnisse des Patienten zugeschnittene Gesundheitsversorgung die grundlegende Voraussetzung einer solidarischen, allen Bürgern, ohne Unterschiede und Ausnahmen, zur Verfügung stehenden Gesellschaft. Das bedeutet, dass auch und gerade im wohlhabenden Luxemburg, wo, bei gleichzeitig zunehmenden Finanzdrucks, keine materiellen Einwände gegen eine Optimierung bestehender Leistungen und Strukturen hinnehmbar sein können, weitere Verbesserungen am System vorgenommen werden müssen.

- In den vergangenen 30 Jahren wurde, trotz großem Reformeifer im Spitalsektor, vor allem versäumt, ein klares, umfassendes und kohärentes Konzept in puncto Gesundheitsversorgung zu erarbeiten. Ein solches Konzept ist überfällig und stellt die gesundheitspolitische Priorität der CSV dar. Wir werden einen Gesundheitsplan erstellen, der auf fünf Pfeilern fußt: 1) Prävention 2) medizinische Basisversorgung, 3) Spitalplanung, 4) ambulante Versorgung, und 5) geriatrische Versorgung.
- In Anbetracht der jüngsten Diskussionen um den Spitalplan, der evidenten Dysfunktionen insbesondere im Bereich der Notaufnahme bzw. -versorgung von Patienten, weiteren Handlungsbedarfs bei der Kostenübernahme medizinischer Behandlungen, und vor allem angesichts der Herausforderungen einer wachsenden Bevölkerung in einem integrierten europäischen Umfeld im digitalen Zeitalter, ist die CSV gewillt, auf der Basis einer grundlegenden Reform des Steuerungssystems und im Rahmen eines patientenorientierten Gesamtplans, neue, zukunftsweisende Akzente zu setzen.
- Eine effiziente Behandlung ohne unzumutbare Wartezeiten und eine Betreuung in einem kohärenten, in verstärktem Maße auf ambulante Strukturen ausgerichteten System ist unsere Zielsetzung.
- Wir werden eine nationale Koordinations- und Steuerungsinstanz, eine sogenannte „Gouvernance nationale de la santé“, schaffen. In diesem Gremium sollen die vereinten Interessenvertreter, Sozialpartner, Krankenkassen und Patientenvertreter, auf der Grundlage solider Gesundheitsdaten und zuverlässiger Expertenmeinungen über fällige Investitionen und effiziente Ausgabenverteilung im Gesundheitssystem entscheiden. Dem werden wir ein Expertengremium, das „Centre national d'expertise des soins de santé“, zur Seite stellen, das unterschiedliche Funktionen vereint und regelmäßig bzw. auf Anfrage unabhängige wissenschaftlich auf dem neuesten Stand fundierte Empfehlungen auf dem Gebiet der Gesundheitstechnologien gibt.
- Wir werden ein „Observatoire de la santé“ schaffen, das unter strengsten Datenschutzmaßnahmen die Gesundheitsdaten, auch solche, die über die Krankenhäuser hinausgehen, systematisch, anonymisiert und in einer nationalen „Carte sanitaire“ zentral erfasst und auswertet.
- Wir wollen neue Akzente im Bereich von Prävention und Früherkennung setzen und diese in ein flächendeckendes, altersspezifisches und zielorientiertes Konzept (u.a. durch gezielte Integration in die Schulprogramme sowie eine regelmäßige Erwachsenenbildung am Arbeitsplatz) einbetten. Allgemein sollen die Lebenskompetenzen sowie die Gesundheitskompetenzen gefördert werden, um die Selbstfürsorge zu stärken und so die Lebenshygiene insgesamt zu verbessern. Dem Referenzarzt soll in diesem Zusammenhang eine zentrale Rolle zukommen.
- Wir werden die Gesundheitsversorgung und den Notdienst im ländlichen Raum verbessern. Die Verteilung der Apotheken und deren Öffnungszeiten in unserem Land müssen überdacht werden.
- Wir wollen das Staatslaboratorium besser aufstellen.
- Wir sorgen dafür, dass die veraltete ärztliche Nomenklatur überarbeitet und den aktuellen Standards angepasst wird.

Notaufnahmen: Wartezeiten müssen kürzer werden

Wir wollen resolut die Problematik der langen Wartezeiten in den Notaufnahmen der Krankenhäuser angehen und eine Lösung herbeiführen. Jeder Patient, der sich notfallmäßig vorstellt, muss dem Ausprägungsgrad seiner Erkrankung entsprechend schnell und effizient der bestmöglichen Behandlung zugeführt werden.

- Alle Notaufnahmen des Landes müssen deshalb rund um die Uhr geöffnet haben. Die interne Organisation der Notaufnahmen sowie der anhängenden klinischen Abteilungen müssen eine zügige Diagnostik und den schnellen Behandlungsbeginn gewährleisten.

- Die Schnittstelle zwischen dem ambulanten Bereich der Notaufnahme und dem stationären Bereich der spezialisierten Versorgung ist in diesem Zusammenhang elementar. Dafür müssen im System die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt und die nötigen Anpassungen vorgenommen werden.
- Wir werden die Mittel zur Anschaffung zusätzlicher Kernspintomographen (IRM) zur Verfügung stellen, und gegebenenfalls die Öffnungszeiten verlängern, um die inakzeptabel langen Wartezeiten für entsprechende Untersuchungen zu reduzieren.
- Diagnostikzentren wie Scanner, Röntgen, MRT usw. sollen auch außerhalb einer Spitalstruktur ambulant angeboten werden können.
- Wir werden größere multidisziplinäre Gemeinschaftspraxen mit regionaler Vernetzung fördern. Wir werden das Systems der „Maisons médicales“ ausbauen. Dies soll in allen Regionen zu einem flächendeckend suffizienten Angebot führen. Längere Öffnungszeiten der „Maisons médicales“ soll zur Entlastung der Notaufnahme führen. Das Referenzarztsystem, das derzeit nur Langzeitkranken zur Verfügung steht, soll im Sinne einer Basisversorgung überall und für alle ausgebaut werden, besonders in der Präventivmedizin. Für jeden Patienten soll mit Hilfe eines klinischen Präventionsblatts (Beispiel Kanada) ein individueller Vorsorgeplan ausgearbeitet werden können.
- Wir wollen die von vielen Seiten häufig geforderte ambulante Wende im Gesundheitssystem herbeiführen. Diese ist nichts anderes als eine Auslagerung eben jener Untersuchungen und Behandlungen in dezentrale Diagnostik- und Behandlungszentren. Diese Wende hätte mehrere Vorteile für den Patienten: für einfache diagnostische Maßnahmen wie Röntgen, CT oder MRT, aber auch einfache Endoskopien könnte er wohnortnah ein entsprechendes Angebot wahrnehmen; sogar Behandlungen wie kleinere chirurgische Eingriffe wären möglich. Der ambulante Rahmen ist persönlicher und überschaubarer und in Folge des dezentralen, flächendeckenden Angebots ist der Zugang schneller und bequemer.

Zwischenstrukturen schaffen, Krankenhäuser stärken

- Wir werden die Rolle der Krankenhäuser unter diesen Aspekten neu definieren. Sie sollen das Rückgrat der Maximalversorgung in einem koordinierten Zusammenspiel zwischen ambulant und stationär bilden: Schwerstverletztenversorgung, Intensivmedizin und die Behandlung komplexer Erkrankungen werden hier auf höchstem Niveau durchgeführt.
- Daneben sollen in den Krankenhäusern Exzellenzzentren geschaffen werden, in denen die Versorgung spezifischer Krankheitsbilder gemäß den höchsten Qualitätsansprüchen erfolgt.

Unser Ziel ist, das flächendeckend bestmögliche Gesundheitsangebot für den Patienten zu schaffen, und nicht verschiedene Spitäler in eine ungesunde Konkurrenzsituation zu bringen. Während durch diese Entwicklung im Spitalssektor der Bedarf an Akutbetten zurückgeht, wird der Bedarf an Zwischenstrukturen (für Patienten, die nicht in einem Akutbett bleiben müssen, aber zu krank sind, zuhause versorgt zu werden), Nachbehandlungsstrukturen (Rehabilitation) und Aufnahmestrukturen (zur Versorgung jener Patienten, deren Zustand nicht mehr verbesserungsfähig ist) steigen. Der Ausbau eben dieser Strukturen muss in einer engen Kooperation mit den Krankenhäusern erfolgen.

Der Collège Médical und der „Conseil supérieur pour certaines professions de santé“ müssen reformiert werden und mehr Autonomie erhalten.

Die Fortbildung für Ärzte und Gesundheitsberufe wird ausgebaut.

Psychische Gesundheit ist Voraussetzung fürs Wohlergehen

Die psychische Gesundheit ist, zusammen mit der körperlichen Gesundheit, Voraussetzung für das Wohlergehen und die Lebensqualität des Menschen in ständiger Interaktion mit seinem Umfeld. Sie stellt ein Schlüsselement der menschlichen Gesundheit dar. Sie umfasst Aspekte wie Wohlbefinden, Zufriedenheit, Selbstbewusstsein, Beziehungsfähigkeit, Alltagsbewältigung und Arbeitsfähigkeit.

Psychische Störungen und psychosozialer Stress gehören zu den größten Herausforderungen für die öffentliche Gesundheit. Mindestens jede vierte Person wird einmal im Leben von psychischen Gesundheitsproblemen betroffen, sozial stark benachteiligte Schichten deutlich häufiger. Psychische Krankheiten stellen fast 20 Prozent der Krankheitslast dar, Tendenz zunehmend.

Die psychosozialen Krankheiten in der Arbeitswelt nehmen an Bedeutung zu. Depressionen und Stresskrankheiten sind laut IGSS für über 23 Prozent der Langzeitausfälle, fünf Prozent der Krankenstände und 17 Prozent der Krankheits-tage verantwortlich.

- Wir schlagen vor, einen nationalen Aktionsplan für die Erhaltung und Förderung psychischer Gesundheit zu entwickeln. Dieser sollte Teil eines nationalen Gesundheitsplans sein.
- Er bedarf einer sektorübergreifenden Steuerung durch einen Lenkungsausschuss (Politikbereiche: Gesundheit, soziale Sicherheit, Familie, Bildung, Justiz, Arbeit, Wohnungswesen, nachhaltige Entwicklung und Umwelt) mit zusammenhängender integrativer und partizipativer Herangehensweise.

Bereits bestehende oder zukünftige Aktionspläne sollten dabei berücksichtigt werden (Förderung der affektiven und sexuellen Gesundheit, „Gesond iessen, méi bewegen“, Suizidprävention, Gewaltprävention in der Familie und in der Schule, nationaler Plan gegen Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus, gegen schulische Belästigung und Cyber-Bullying, Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, Alkohol, Tabak, Drogenbekämpfung und Sucht, Hepatitis, Aids, Cyberkrankheiten, Nationale Strategie gegen Obdachlosigkeit und wohnungsbedingte Exklusion, Demenz).

Allgemein sollten die Lebenskompetenzen sowie die Gesundheitskompetenzen gefördert werden, bei bestmöglicher Schulbildung, um die Selbstfürsorge (Salutotherapie) zu stärken und so die Lebenshygiene insgesamt zu verbessern.

- Absolute Priorität muss dem Handlungsfeld (frühe) Kindheit und Jugend zustehen.
- Wir werden die Präventionsmedizin altersspezifisch und zielorientiert ausrichten. Stressprävention muss verstärkt stattfinden. Psychiatrie muss auch eine größere präventive Rolle spielen. Besonders in der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Diese kann und darf nicht in die Rolle des „Feuerlöschers“ gedrängt werden und hauptsächlich klinikorientiert sein. Sie soll als Familienpsychiatrie verstanden werden und mit, im Familienbereich und in weiteren Bereichen, angesiedelten Maßnahmen vernetzt werden.
- Ein intaktes soziales Netzwerk als Basis des Wohlbefindens soll gefördert werden. Die CSV will die psychiatrische Versorgung verbessern und eine lückenlose Behandlungskette der Patienten gewährleisten. In der Suchtbekämpfung stehen wir für eine koordinierte Politik, die auch neuen Suchtformen Rechnung trägt.
- Die CSV hat das Gesetz zur medizinischen Anwendung von Cannabis als adjuvante Therapie bei verschiedenen Krankheiten aufgrund neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse unterstützt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die gesetzlichen Krankenkassen die Kosten für diese Art der Therapie übernehmen.

Das Gesetz muss durch eine anonymisierte Begleitstudie auf Zweckmäßigkeit und Wirksamkeit überwacht werden, gegebenenfalls werden Anpassungen im Indikationskatalog durchgeführt werden.

- Die CSV lehnt unter den heutigen Umständen die Legalisierung der rekreationellen Anwendung von Cannabis ab, da diese aufgrund der Gesetzeslage in unseren Nachbarländern auf unüberwindbare praktische Hindernisse stoßen würde. Wir wären dem Drogentourismus ausgesetzt. Wir befürworten jedoch eine Bestandsaufnahme der heutigen Situation in Luxemburg und werden einer weiteren Diskussion offen gegenüber stehen.

Fachkundiges Personal als Garant für hohe Qualität und vernetzte Betreuung

Grundvoraussetzung für eine qualitativ hohe Betreuung ist eine an die neuen Anforderungen angepasste Aus- und obligatorische Weiterbildung der pflegenden Fachkräfte.

Die Attraktivität bestehender Berufe soll durch besondere Anreize gesteigert werden (z.B. psychiatrischer Krankenpfleger, Geriater, Fachärzte für Psychosomatik, Palliativmediziner, Arbeitsmediziner) und neue benötigte Berufe (z.B. geriatrischer Krankenpfleger) sollten ermöglicht werden. Wir werden zusätzliche Ausbildungsplätze für die Basispflegeberufe, wie Krankenpflegehelfer („Aide-soignant“) usw., schaffen, um den Mangel an qualifizierten Pflegekräften zu beheben. Wir werden junge Leute frühzeitig auf diese Berufe sensibilisieren.

Bestimmte komplementärtherapeutische Berufe sollten innerhalb der Gesundheitsberufe reglementiert werden. Dies im Einklang mit den Angeboten und beruflichen Anforderungen unserer Nachbarländer.

„HealthHub“ bringt neue Dynamik

Wir wollen Luxemburg als internationalen „HealthHub“ ausbauen. Die Schnittstellen zwischen Forschungs- und Ausbildungsstrukturen und klinischer Medizin werden auf diese Weise optimiert, so dass die Ergebnisse der Forschung schneller und besser den Patienten zu Gute kommen und Fragestellungen des klinischen Alltags schneller und besser erforscht werden können.

Der Bereich der ambulanten und stationären Gesundheitsversorgung wird durch die enge Anbindung an Forschung, Lehre und Ausbildung einen deutlichen Zugewinn an Innovation und Qualität, nicht zuletzt durch den permanenten Austausch und Vergleich auf internationaler Ebene, erfahren, der unmittelbar wiederum den Patienten zu Gute kommt. In diesem Umfeld wird sich eine Dynamik entwickeln, die Luxemburg auf Jahrzehnte hin zu einer international bekannten und anerkannten Plattform für alle Fragen von Medizin und Gesundheitsversorgung positionieren wird.

Forschung muss in einen juristisch und ethisch verbindlichen Rahmen gesetzt werden.

3.7. Sport in unserer Gesellschaft

Die positiven Aspekte von Sport und Bewegung sind unbestritten. Neben dem Aspekt der Prävention vor Krankheit sowie der Auswirkung auf die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen, sind auch die sozialen und erzieherischen Komponenten von immer größerer Bedeutung: Sport führt Menschen aller Kulturen und Herkunft zusammen, daher ist er ein wichtiges Instrument im Dienst der sozialen Kohäsion. Um diesen Aspekt noch stärker zu fördern, müssen Breiten- und Elitesport effizient gefördert werden.

Grundvoraussetzung für sämtliche sportliche Aktivitäten sind qualitativ hochwertige Sportinfrastrukturen. Hierbei soll beachtet werden, dass diese Infrastrukturen für möglichst viele Sportarten genutzt werden können, deswegen muss großer Wert auf eine gute Funktionalität gelegt werden. Zweckmäßige Multifunktionshallen in denen unterschiedliche Events organisiert werden können, fehlen in Luxemburg. Zudem muss garantiert sein, dass die Bürger in allen Regionen des Landes einen guten Zugang zu diesen Infrastrukturen haben.

- Für die CSV gehört zu den Infrastrukturen auch ein Sportlyzeum, das den modernsten Anforderungen gerecht wird und jungen Talenten ein Umfeld bietet, in dem sie Schule und Sport optimal miteinander verbinden können. Dazu gehört ein Internat.
- Der Bau des nationalen Fußballstadions und des Velodroms müssen konsequent und zügig weitergeführt werden.
- Sport in Luxemburg ist in vielerlei Hinsicht gleichzusetzen mit einem enormen Aufwand an Ehrenämtern (Benevolat). Damit die Vereine und Verbände auch in Zukunft abgesichert sind, muss eine Anerkennung der Freiwilligenarbeit im Sport erfolgen.

Kinder und Jugendliche sollen mit Sport aufwachsen

Kinder und Jugendliche, die mit Sport aufwachsen, sehen eine körperliche Betätigung späterhin als Normalität an, sie können sich gesund und bewusst entwickeln. Aus diesem Grund soll die Sportausbildung in der Grundschule überprüft und verbessert werden. Sport und Ernährung müssen thematisiert werden, gerade auch im Kampf gegen das Übergewicht.

- Um den Breiten- und Freizeitsport gezielter zu fördern und allen Einwohnern leichter zugänglich zu machen, sind öffentlich und frei zugängliche Infrastrukturen wie z.B. „Mini-stades“ notwendig.
- Die CSV unterstützt den Hochleistungssport und steht zu den Forderungen ihres Gesetzesvorschlags von 2016: die Schaffung eines Statuts für Elitesportler von Weltformat, eine verstärkte Beratung und Assistenz bei der Auswahl ihrer Studien und beruflichen Ausbildung sowie eine Unterstützung bei der beruflichen Wiedereingliederung nach Beendigung ihrer Sportkarriere.
- Um Luxemburg fest auf der internationalen Karte des Sports zu verankern, werden wir uns darum bemühen, dass internationale Verbände sich im Großherzogtum niederlassen. Zusätzlich wird die Ausrichtung internationaler Sportveranstaltungen in Luxemburg gefördert.
- Doping wird durch ein umfängliches Anti-Doping-Gesetz sowie ausführliche Aufklärung ab dem Kindesalter bekämpft.

3.8. Jugendpolitik

Eine starke Stimme für die Jugend

Jugendliche sind nicht nur junge Erwachsene. Jugendliche haben ihr eigenes Leben, ihre eigene Gefühlswelt, ihre eigenen Sorgen und ihre eigenen Anliegen.

Die CSV fordert eine eigenständige Jugendpolitik, welche passende Angebote für die jeweilige Lebenssituation der Jugendlichen macht. Wir wollen den nötigen Rahmen schaffen, damit die Eigeninitiative des Jugendlichen sich entfalten kann.

Die CSV will den Jugendlichen ein Sprachorgan zusichern, mit dem sie auf nationaler Ebene gehört werden.

- In diesem Sinn soll die Rolle von Jugendverbänden wie zum Beispiel die Jugendkonferenz (CGJL) als Organisations- und Lobbyverband der Jugendorganisationen gestärkt und gefördert werden.
- Das nationale Jugendparlament soll in seiner pädagogischen Rolle weiter ausgebaut und in seiner politischen Rolle unterstützt werden.
- Die CSV strebt einen gesetzlichen Rahmen für eine nationale Studentenvertretung an, wie es sie bereits für die nationale Schülervvertretung (CNEL) gibt.
- Den nationalen Jugendverbänden und -vertretungen sollen genügend finanzielle und personelle Mittel zu Verfügung gestellt werden, um ein effektives und legitimes Sprachrohr für die Luxemburger Jugend zu sein.
- Für die CSV ist die Förderung und die Beteiligung der Jugend am Gesellschaftsleben eine wichtige Grundvoraussetzung für die Bildung von mündigen, verantwortungsbewussten und selbstständigen Bürgern.
- Auch die Freiwilligenarbeit soll bei Jugendlichen gezielt unterstützt werden und eine größere formale Anerkennung bekommen, unter anderem auch in der Schule.
- Das Einführen eines Solidaritätspraktikums an den Schulen soll die Solidarität der Jugendlichen stärken und ihnen neue Lebenswelten aufzeigen.
- Wir werden die Jugendorganisationen bei der Einbindung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund oder mit einer Behinderung unterstützen.
- Wir werden gezielt die Sport- und Kulturangebote für Jugendliche weiter ausbauen.
- Jugendorganisationen und Jugendhäuser werden bei ihren Freizeitaktivitäten und Angeboten weiterhin unterstützt.
- Wir werden politische Bildung an den Schulen flächendeckend fördern. Auch die Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen soll in den Schulen intensiver gefördert werden. Medienerziehung und „Safe Internet“ werden ausgebaut.

Die CSV setzt sich weiterhin für eine koordinierte und gezielte Unterstützung für junge Menschen in Schwierigkeiten ein. Wir wollen ein gesundes nicht-diskriminierendes Umfeld für Jugendliche fördern, das auf Prävention und Aufklärung setzt.

- Interventionsprogramme gegen Gewalt, (Cyber)Mobbing, psychische Erkrankungen und Suchtprobleme sollen ausgebaut werden. Universelle Werte (Respekt, Solidarität, Hilfsbereitschaft usw.) sollen gefördert werden.
- Das Gesetz zur Schulmedizin wird bilanziert und dort nachgebessert, wo es nötig ist. Die CSV will die zahlreichen inner- und außerschulischen Beratungs- und Hilfsangebote für Jugendliche mit spezifischen Gesundheitsbedürfnissen besser untereinander vernetzen und koordinieren. Früherkennung muss verstärkt ganzheitlich ausgerichtet sein und ebenfalls psychischen Problemen Rechnung tragen.
- Die CSV will die Anzahl von offenen Einrichtungen und Therapieplätzen für jugendliche Alkohol- und Drogensüchtige sowie für suizidgefährdete Kinder und Jugendliche ausbauen.
- Im Kader der angestrebten ONE-Reform soll gerade auch den Problemsituationen von jugendlichen Erwachsenen Rechnung getragen werden und das Angebot an Hilfsstrukturen ausgebaut werden.
- Langzeitnachbetreuung für psychisch kranke Jugendliche, betreutes autonomes Wohnen, therapeutische Werkstätten und verstärkte Eingliederung auf dem Ersten Arbeitsmarkt sind erforderlich.
- Maßnahmen zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen mit spezifischen Bedürfnissen werden gefördert. Kinder und Jugendliche aus sozio-ökonomisch schwachen Familien haben nachweislich schlechtere Chancen auf schulischen Erfolg. Die CSV setzt sich für eine Ursachenanalyse ein und wird Maßnahmen gegen diese Chancenungerechtigkeit ergreifen.

3.9. Seniorenpolitik

Seniorenpolitik braucht höheren Stellenwert

Im Bereich der Seniorenpolitik ist es wichtig, dass die Politik den sich rasch wandelnden Ansprüchen und Bedürfnissen älterer Menschen Rechnung trägt. Der Alterungsprozess verlängert sich und die Menschen bleiben länger physisch, mental, psychisch und sozial fit.

Die CSV will sowohl gesundheitlich fitten wie auch pflegebedürftigen Senioren die Unterstützung zukommen lassen, die sie benötigen. Ältere Menschen haben viel für unser Land geleistet. Dafür verdienen sie eine Alterspolitik, die ihre Lebensleistung anerkennt und ihnen die benötigten Hilfestellungen gewährleistet.

Die Reform der Pflegeversicherung vom 1. Januar 2018 sorgte für Verärgerung bei Einrichtungen wie Betroffenen. Zu Recht, denn den älteren Menschen wurden spezifische Aktivitäten zur Erhaltung und Unterstützung der Unabhängigkeit gekürzt und Betreuungsstunden für Einkäufe und in Tagesstrukturen gestrichen. Diese Reform ging vor allem auf Kosten von Menschen mit einer Behinderung und dementen Menschen. Dies war für die CSV inakzeptabel. Der zuständige Minister hat nach langem Hin und Her und unter anderem auf Druck der CSV Nachbesserungen eingeleitet. Wir werden sicherstellen, dass alle nötigen und sinnvollen Leistungen wieder eingeführt und gesetzlich abgesichert werden.

- Die CSV wird der Seniorenpolitik wieder einen höheren Stellenwert zuweisen. Wir werden die Politik im Interesse älterer Menschen in einen umfassenden nationalen Aktionsplan für Senioren einbetten, der Prävention und aktives Altern fördert, mit besonderem Akzent auf Demenz, Handicap und Pflege- und Altersstrukturen.

Wir wollen in diesem Sinne:

- dass auch bei wachsender Bevölkerung genügend Plätze in Strukturen (Langzeit- ebenso wie Urlaubsbetten) für ältere Menschen zur Verfügung stehen;
- dass die ambulante Alten- und Krankenpflege (Brückenpflege) weiterhin ausgebaut wird, insbesondere, um lange Krankenhausaufenthalte für ältere Menschen zu vermeiden;
- dass Telemedizin sowie Nachtbetreuung in der ambulanten Altenpflege verstärkt ausgebaut werden;
- dass neben gezielten Weiterbildungen für das ambulante Pflegepersonal auch die Alters- und Pflegeheime gezielter auf den Umgang mit demenzkranken sowie such- und psychisch pflegebedürftigen Senioren vorbereitet werden.

Durch Informations- und Sensibilisierungskampagnen sollen ältere Generationen frühzeitig mit dem Thema „Wohnen und Leben im Alter“ sensibilisiert werden.

- Wir wollen das Angebot von alternativen Wohnformen für ältere Menschen ausbauen (Hausgemeinschaften, betreutes Wohnen, Quartierskonzepte, Eingliederwohnungen usw.).
- Wir werden die mögliche Einführung eines „Congé social“ für die Unterstützung bedürftiger älterer Personen prüfen und das Konzept von kommunalen Seniorenbeiräten fördern und unterstützen, um auch älteren Menschen eine starke Stimme in unserer Gesellschaft zu geben.
- Die CSV ist für die Bildung einer Seniorenvertretung auf nationaler Ebene.
- Älteren Mitmenschen, die nicht oder nicht mehr mit der fortschreitenden Digitalisierung der Dienstleistungen, insbesondere im finanziellen Bereich, Schritt halten können, soll ein ausreichendes Grundangebot zur Verfügung stehen.
- Jede Gemeinde soll ein „Registre communal de la population âgée“ erstellen, um ältere Menschen (insbesondere alleinlebende Senioren) gezielter und leichter erreichen zu können.
- Intergenerationelle Aktivitäten und Generationenprojekte in den Gemeinden müssen gefördert werden, um die aktive gesellschaftliche Beteiligung älterer Menschen sicherzustellen.
- Wir werden auch die ASFT-Gesetzgebung überprüfen sowie die Zweckmäßigkeit eines strukturierten Dialogs mit den hier tätigen Dienstleistern. Auch können neue Formen des betreuten und telematisch unterstützten Wohnens bestimmt werden.

- Mobilität ist auch für Senioren ein wichtiges Thema. Wer im Alter aus gesundheitlichen Gründen keinen Führerschein mehr erhält, wird stark in der eigenen Mobilität eingeschränkt. Deshalb schlagen wir vor, Senioren, denen der Führerschein nicht mehr anerkannt wird, ein Gratisabonnement für den öffentlichen Transport anzuerkennen.

3.10. Menschen mit Behinderung

Für Inklusion und Barrierefreiheit

Die CSV setzt sich weiterhin für eine ganzheitliche Familienpolitik ein. Diese beinhaltet ebenfalls Menschen mit besonderen Bedürfnissen. In der Behindertenpolitik bleibt unser Hauptanliegen, den Menschen zu einem möglichst autonomen Leben zu verhelfen. Daher werden wir den neuen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in enger Zusammenarbeit mit allen Beteiligten umsetzen.

- Wir werden den „Ombudsmann“ in seiner Rolle als Behindertenbeauftragten stärken.
- Der Zugang zum öffentlichen Raum, zu öffentlichen Verkehrsmitteln und zu den spezifischen Transportdiensten für Personen mit einer dauerhaften Behinderung wird weiter angepasst und verbessert. Auch die Gemeinden sind hier gefordert.
- Wir werden Regel- und Förderschulen enger zusammenführen. Die Inklusion muss die Regel werden, Sonderschulen die Ausnahme. Die Ausbildung des Personals wird dementsprechend angepasst. Sind zielgleiche Bildungspläne nicht möglich, müssen sie durch individuelle zieldifferente Bildungspläne ersetzt werden, damit am Schulabschluss eine Kompetenzbescheinigung den Erfolg nachweist.
- Wir werden flexible Voraussetzungen und Hilfestellungen schaffen, damit Arbeitgeber behinderte Arbeitnehmer so weit wie möglich auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt berücksichtigen. Dazu gehört ebenfalls eine Zertifizierung der erworbenen Kenntnisse, die die Qualitäten und Kompetenzen des Betroffenen in den Vordergrund stellen.
- Differenzierte Behindertenwerkstätten („Ateliers protégés“) werden weiterhin benötigt, angeboten und ausgebaut werden.
- Wir werden barrierefreie Wohnungen im öffentlich-geförderten Wohnungsbau weiter unterstützen.

3.11. Ehrenamt und Mediation

Für eine starke Gemeinschaft

Luxemburg braucht engagierte und überzeugte Freiwillige, die sich für eine starke Gemeinschaft einsetzen. Ohne ehrenamtliches Engagement in den Vereinen, den wohltätigen Organisationen, den Rettungsdiensten sowie den Kultur- und Sportorganisationen, würde vieles in der Gesellschaft nicht geleistet. Doch eben diese haben vermehrt Probleme, freiwillige Helfer für sich zu gewinnen.

- Die CSV setzt sich dafür ein, das Ehrenamt aktiv zu unterstützen und zu stärken.
- Die Begeisterung für das Ehrenamt muss von klein auf gefördert und gefordert werden. Die Schule bietet hierbei den perfekten Rahmen, um mit dem Ehrenamt in Berührung zu kommen und seine Vielschichtigkeit kennenzulernen.
- Ehrenamtliche Helfer sind in unserer heutigen Zeit vermehrt Risiken ausgesetzt. Fragen rundum ihren Schutz während ihrer Tätigkeiten sind hierbei von großer Wichtigkeit. Für die CSV ist es daher wichtig, das Ehrenamt als wichtigen Pfeiler unsere Gesellschaft zu unterstützen und vermehrt auf seine Wichtigkeit hinzuweisen.
- Wir werden eine Anpassung des „Congé jeunesse“ vornehmen.

Mediation in vielen Bereichen fördern

Die CSV steht für das Prinzip der Mediation, die in vielen Bereichen eine außergerichtliche, gütliche Streitbeilegung erlaubt.

- Die CSV wird weiterhin diesen Vorgang fördern und unterstützen, insbesondere in gesellschaftspolitischen Bereichen. Auch wird die CSV gesetzliche Anpassungen vornehmen, wie z.B. bei der Mediation in Strafsachen.

3.12. Chancengleichheit

Chancengleichheit ist eine Priorität für die CSV

Wir werden uns weiter stark dafür machen, dass Frauen und Männer persönlich, schulisch, beruflich, politisch und familiär die gleichen Chancen haben. Diesbezüglich sind systematisch nach Geschlecht aufgeschlüsselte Daten sehr wichtig. Wir werden die UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) weiter umsetzen.

Es gilt Stereotypen in Bezug auf Männer- und Frauenberufen in allen Bereichen entgegenzuwirken durch gezielte Aufklärung und Ausbildung. Die Medien spielen hierbei eine zentrale Rolle.

Auch Schule spielt diesbezüglich eine wesentliche Rolle. Mädchen sind in der Schule öfters erfolgreicher als Jungen und erzielen in der Schule einen Vorsprung, doch dieser kommt in der Arbeitswelt nicht zur Geltung. Auch haben die Rollenklischees einen negativen Einfluss in der Wahl der Studiensparten sowohl bei Jungen wie bei Mädchen. Dem muss entgegengewirkt werden. Wir unterstützen selbstbestimmte Entscheidungen zur Berufswahl jenseits von Rollenklischees.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, im Hinblick auf Karrierechance und Lohngleichheit, werden gefördert durch flexiblere und familienfreundlichere Arbeitszeitorganisation.

Initiativen zu Umschulung und beruflicher Wiedereingliederung werden ausgebaut.

- Wir werden weiterhin den Zugang von Frauen zu Führungspositionen durch sogenannte „Actions positives“ unterstützen. Wir stehen für Lohngleichheit und werden dafür sorgen, dass diese umgesetzt wird.
- Zusammen mit den Sozialpartnern werden wir prüfen, ob und welche Maßnahmen dafür nötig sind. Geprüft werden muss auch die Möglichkeit der Einführung spezifischer beruflicher Wiedereingliederung in den Beruf nach einer Familienpause.
- Wir werden weiterhin den Zugang von Frauen zu Führungspositionen in Politik, Wirtschaft, öffentlicher Dienst, Finanzwelt, Industrie sowie im Bereich Technologie, Medien, Kultur und Gesellschaft durch ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis auf allen Ebenen anstreben und die Entwicklung verfolgen.

Chancengleichheit und Gewaltprävention

Die CSV wird sich gezielt für die Prävention aller Gewaltformen in der Gesellschaft einsetzen und einen nationalen Aktionsplan vorlegen. Besonders verletzbaren Zielgruppen muss verstärkte Aufmerksamkeit gelten. Der anonymisierte Zugang zu Anlaufstellen soll verbessert werden genauso wie die Ausbildung des professionellen Umfeldes.

- Das Angebot von Opferschutzstrukturen wird den Bedürfnissen angepasst. Besonders verletzbaren Zielgruppen, wie Flüchtlingsfrauen, obdachlose Frauen oder Frauen in Entwicklungshilfe muss verstärkte Aufmerksamkeit gelten. Wir setzen uns dafür ein, dass sexuelle Gewalt in kriegerischen Auseinandersetzungen als Kriegsverbrechen anerkannt werden. In unserer Entwicklungspolitik werden wir uns für die Durchsetzung von Frauenrechten einsetzen.
- Strafrechtliche Bestimmungen zum „Harcèlement sexuel“ werden ausgearbeitet.

DAS LAND FIT FÜR DIE ZUKUNFT MACHEN

4.1.Landesplanung

Fünf Jahre lang ist auf dem Gebiet der Landesplanung nicht genügend Konkretes passiert. Wertvolle Zeit ging verloren. Umso akuter ist der Handlungsbedarf. Dies verstärkt die Tatsache, dass im April die 600.000-Einwohner-Grenze in Luxemburg überschritten wurde.

Die Landesplanung darf der demografischen Entwicklung nicht länger hinterherlaufen.

Die künftige Landesplanung muss konkret und konsequent angegangen werden. Ihre Schwächen sind dabei sowohl konjunktureller, als auch struktureller Natur.

Auf struktureller Ebene sind es im Wesentlichen die bereits bekannten Defizite, die heute umso schwerer wiegen:

- Es fehlt weiter an der Möglichkeit eines interministeriellen Schiedsverfahrens („Arbitrage interministériel“).
- Es fehlt an substanziellen Finanzmitteln, um die entsprechende Politik konsequent umsetzen zu können.
- Grundvoraussetzung für erfolgreiche Landesplanung ist das Zusammenspiel von kommunalen und nationalen Entscheidungsträgern (Ministerien, Verwaltungen).
- Es fehlt an einer grenzüberschreitenden landesplanerischen Sicht der Dinge.
- Auf konjunktureller Ebene ist die Landesplanung durch das rasante Wachstum des Landes in eine passive Rolle gedrängt worden, weil die räumliche mit der demografischen Entwicklung nicht Schritt halten kann.

Auf beiden Ebenen, auf struktureller und auf konjunktureller, will die CSV die Hebel ansetzen, um das Großherzogtum aus landesplanerischer Sicht fit für die Zukunft zu machen.

Unsere Lösungsvorschläge auf struktureller Ebene:

- Die Landesplanung muss ausreichend finanzielle Mittel zugestanden bekommen, um die angestrebte Politik durch konkrete Anreize umsetzen zu können. Dazu gehören Zuschüsse für die Gemeinden.
- Die sektoriellen Leitpläne müssen prioritär vorangetrieben werden – mitsamt dazugehöriger Territorialreform, die wiederum eine substanzielle Verringerung der Anzahl der Gemeinden mit sich bringen soll.

Unsere Lösungsvorschläge auf konjunktureller Ebene:

- Bei der Landesplanung darf keine Zeit mehr vergeudet werden. Das räumliche Wachstum soll sich in Zukunft vorrangig auf das sogenannte zentrale Nord-Süd-Rückgrat konzentrieren. Als solches bezeichnet man gemeinhin das hauptstädtische Ballungsgebiet mit der daran anschließenden Südregion einerseits sowie dem Alzettetal und dem daran anschließenden Nordstad-Raum andererseits. Damit einhergehen muss eine Offensive im Mobilitätsbereich.
- Um gesetzte Ziele zu erreichen, müssen die Akteure im Bereich der Mobilität – die zuständigen Stellen für die öffentliche Personenbeförderung auf Schiene und Straße sowie die Straßenbauverwaltung – mit der Landesplanung an einem Strang ziehen.
- Neben dem Nord-Süd-Rückgrat soll auch der ländliche Raum konsequent weiterentwickelt werden, allen voran die als „Centre de développement et d’attraction“ (CDA) ausgewiesenen Gemeinden. Sie können mit zur Entlastung der Ballungsgebiete beitragen. Besondere Berücksichtigung könnten diesbezüglich die in Grenznähe gelegenen größeren Kommunen erfahren, indem dort verstärkt Arbeitsplätze geschaffen werden, was eine teilweise Eindämmung des Verkehrsflusses zur Folge hätte.
- Die Nordstad muss endlich Wirklichkeit werden. Die entsprechenden politischen Hürden müssen überwunden werden, damit die Nordstad zur regionalen Hauptstadt des Nordens werden kann – mit Wiltz und Clerf als Satellitenstädte im Interesse der ländlichen Bevölkerung.
- Eine auf das zentrale Nord-Süd-Rückgrat abgestimmte Offensive im Bereich des Wohnraums muss die landespla-

- nerische Entfaltung begleiten. Der Staat muss sich hier selbst als Bauträger einbringen, dies vor allem im Bereich der Schaffung von Mietwohnungen. Das bedingt wiederum, dass die Wohnungs- und die Landesplanungspolitik möglichst eng aufeinander abgestimmt werden und die jeweiligen Ministerien entsprechend eng zusammenarbeiten.
- Damit die Landesplanung jene Bedeutung erfährt, die ihr angesichts des anhaltenden Wachstums zusteht, muss sie an begleitende steuerpolitische Maßnahmen gekoppelt werden, dies insbesondere im Bereich des Landbesitzes und des Landverbrauchs (für nicht-landwirtschaftliche Zwecke).
 - Auf Gemeindeebene muss die nachhaltige räumliche Entwicklung im Sinne der Landesplanung finanziell belohnt werden. Dies wiederum bedingt, dass kleinere ländliche Gemeinden, die weniger stark wachsen sollen, adäquat entschädigt werden – im Einklang mit den Vorgaben der Territorialreform.
 - Nicht außer Acht gelassen werden darf der Grenzraum, der angesichts der Abwanderung vieler Luxemburger zum so genannten Hinterland des Großherzogtums geworden ist. Grenzüberschreitende Projekte im Mobilitätsbereich sollen künftig kofinanziert werden, wobei der Straßenbau nicht von vornherein ausgeschlossen werden darf.
 - Auch auf wirtschaftlicher Ebene sollte der Grenzraum nicht außer Acht gelassen werden, könnten sich hier für verschiedene Cluster und Bereiche doch Synergiemöglichkeiten auf tun, für die im Großherzogtum nicht ausreichend Raum zur Verfügung steht.

4.2. Mobilität

Wer Landesplanung sagt, meint automatisch auch Mobilität. Auch in diesem Bereich wurde wertvolle Zeit vertan. Die Tram alleine kann und wird es nicht richten.

Das Großherzogtum zählt aktuell 600.000 Einwohner, die Prognosen der Regierung gehen mittelfristig gar von bis zu 1,1 Millionen aus. Wie dieses Wachstum künftig bewältigt werden soll, weiß heute niemand.

Die Verkehrsinfrastrukturen stehen bereits jetzt vor dem Kollaps. Die Mobilität hält aktuell weder mit der wirtschaftlichen, noch mit der demografischen Entwicklung des Landes Schritt.

Die Herausforderungen für die Zukunft sind klar:

- Das Straßennetz um die Hauptstadt ist hoffnungslos überlastet – eine Überlastung, die in den Stoßzeiten bis in die Gemeinden in einem Radius von bis zu 20 Kilometern hineinreicht.
- Die Überlastung des Straßennetzes ist auch in der Südregion, im Raum Nordstad sowie in Teilen der Nordregion in den Stoßzeiten allgegenwärtig.
- Zu den Stoßzeiten sind die öffentlichen Verkehrsmittel überfüllt, die eine Alternative zum Privatauto sein könnten.
- Die Busse stehen auf überlasteten Strecken mit dem Individualverkehr im Stau – zumindest dort, wo es keine Bus-spuren gibt.
- Im Schienenverkehr sind zu den Stoßzeiten Engpässe festzustellen, die sich in Verspätungen äußern.

Vor diesem Hintergrund schlägt die CSV eine neue Mobilitätsoffensive „mobil offensiv“ vor: Sie betrifft Bus, Bahn, Tram und Individualverkehr. Dazu gehören Zukunftsideen, die vor einigen Jahren noch nicht vorstellbar gewesen wären, sich aufgrund des anhaltenden demografischen und wirtschaftlichen Wachstums aber inzwischen geradezu aufdrängen.

Nachfolgend die Einzelmaßnahmen von „mobil offensiv“:

Tram

- Nach der Anbindung von Findel, Kohlenberg/Cloche d'Or und Ban de Gasperich muss die Ausweitung des Tram-Netzes in Richtung Leudelingen, Niederanven/Munsbach und gegebenenfalls Sandweiler/Contern (via N1) ange-dacht werden.
- Von Luxemburg via Leudelingen in Richtung Ballungsgebiet Esch/Alzette muss eine sogenannte schnelle Tram als Alternative zum Individualverkehr realisiert werden.
- In Kirchberg drängt sich die Abzweigung der Tram-Trasse entlang des CLT/RTL-Standorts auf, dies mitsamt Anbin-dung der Haltestelle „Pont Rouge“.

- Der Ausbau des Tram-Netzes in Richtung Westen via Strassen, Bartringen und Mamer ist ein Muss. Im Raum steht die Frage, ob dies via die Route d'Arlon zu passieren hat oder aber eine neue Peripheriestrecke via Hollerich gebaut werden soll.
- Auf dem Hauptstadtgebiet soll ein Hochleistungsbusnetz die verschiedenen Peripherieviertel untereinander verbinden, ohne dass dieser Verkehr durch die City verläuft.
- Parallel zu den neuen Tram-Strecken müssen neue P&R-Auffangparkplätze gebaut werden.

Bahn

- Der Ausbau der Bettemburger Eisenbahnstrecke muss zügiger erfolgen.
- Eine Bypass-Lösung für die Bettemburger Strecke in Howald-Cessingen in Richtung Belgien soll den Hauptbahnhof Luxemburg entlasten.
- Eine weitere Bypass-Lösung hat zum Ziel, den Zugverkehr aus Richtung Osten direkt in Richtung Nordstrecke bzw. Tram-Haltestelle Pont-Rouge zu leiten.
- Die Bahnhöfe Hollerich-Cessingen und Ettelbrück müssen schnellstmöglich gebaut werden.
- Unerlässlich ist auch der Ausbau des Bahnhofs Dommeldingen.
- Die Nordstrecke muss langfristig zweigleisig ausgebaut werden. In einer ersten Phase soll eine „Voie d'évitement“ gebaut werden.
- P&R-Auffangparkplätze müssen soweit wie möglich überall dort (aus)gebaut werden, wo sich eine Eisenbahnhaltestelle befindet.

Generell gilt: Alle Möglichkeiten zur Kapazitätssteigerung auf dem gesamten Schienennetz müssen bedingungslos ausgeschöpft und umgesetzt werden.

Bus

- BNHS-Linien („Bus à haut niveau de service“) sollen auf den Hauptverkehrsadern fahren und so eine Alternative zum Individualverkehr darstellen.
- Express-Pendelbusse sollen zu den Stoßzeiten den Berufsverkehr flüssiger gestalten, indem sie den Individualverkehr entlasten.
- An den Knotenpunkten werden großzügig angelegte Auffangparkplätze gebaut und an die Regionalbusverbindungen angeschlossen.
- Regionale Buslinien müssen dort, wo sie sich mit der Tram kreuzen, gekappt werden. Auf diese Weise soll das hohe Busverkehrsaufkommen im Stadtzentrum eingedämmt werden.
- Dort, wo dies möglich ist, sollen – den Stoßzeiten entsprechend – in beide Fahrtrichtungen befahrbare Busspuren angelegt werden.
- Flächendeckende Einführung von Rufbussen im ländlichen Raum werden unter anderem Zubringerdienste für die oben erwähnten Express-Pendelbusse verrichten. Notwendige Anpassungen sollen gemacht werden.
- Mobilité.lu muss auch die Busverbindungen in die Grenzregion anzeigen.
- Bessere Querbussverbindungen, um besonders im ländlichen Raum Knotenpunkte zwischen Ortschaften zu verbinden, werden geschaffen.

Fahrrad

- Verbindungsstrecken zwischen kommunalen, regionalen und nationalen Radwegen müssen schnellstmöglich realisiert werden.
- Die Radwege müssen sicherer werden, damit mehr Berufstätige als bisher den Umstieg vom Auto auf das Rad ernsthaft in Erwägung ziehen.
- Bei größeren Distanzen zwischen zwei Orten müssen sogenannte Fahrradautobahnen entstehen, die den Radfahrern ein zugleich zügiges und sicheres Vorankommen garantieren.
- Beim Bau neuer Straßen sind Radwege von vornherein mit einzuplanen.
- In Neubaugebieten muss das Fahrrad bereits bei der Planung prioritär als Verkehrsmittel berücksichtigt werden.
- Auf allen öffentlichen Parkplätzen sollen adäquate Abstellmöglichkeiten für Fahrräder vorgesehen werden.

- Um das Miteinander von Fußgängern, Radfahrern und motorisiertem Verkehr zu fördern, muss die Straßenverkehrsordnung angepasst werden.
- Auf Bahnhöfen sollen „M-box“ installiert werden.

Individualverkehr

- Der Bau von Umgehungsstraßen drängt sich an folgenden Orten auf: Luxemburg-Merl, Luxemburg-Cessingen, Hesperingen/Alzingen, Niederkerschen, Dippach, Diekirch, Ettelbrück/Feulen, Clerf, Hosingen/Heinerscheid, Ulflingen, Hoscheid-Dickt, Contern und Mersch/Mierscherbiertg.
- Alle Hauptautobahnen sollen langfristig auf drei Fahrbahnen je Fahrtrichtung ausgebaut werden. Die dritte Spur kann zu den Stoßzeiten gegebenenfalls Fahrgemeinschaften vorbehalten sein. Der Pannestreifen soll obendrein bei Staus von öffentlichen Nahverkehrsmitteln genutzt werden dürfen.
- An bestimmten Punkten des Straßennetzes muss jeweils eine Busspur vorgesehen werden, die abwechselnd in beide Fahrtrichtungen benutzt werden kann.
- Ein Überholverbot für Lastkraftwagen auf der Autobahn zwischen 6.00 und 9.00 Uhr und 16.00 und 19.00 Uhr soll in Betracht gezogen werden.
- Die Machbarkeit einer Aus- und Auffahrt Mersch/Schoenfels auf der A7 in beide Fahrtrichtungen muss überprüft werden.
- Die West-Tangente inklusive Anbindung an die Autobahn A6 muss endlich gebaut werden.
- Die Verbindung mit Sélange (B) bedarf einer erneuten Begutachtung.
- Die Nordstraße N7 wird auf vier Spuren ausgebaut (mit Auf- und Abfahrten statt Kreuzungen sowie Ausweichstrecken für landwirtschaftliche Maschinen). Die geplante Umgehungsstraße Hosingen wird sofort in Angriff genommen. Dabei wird beachtet, dass die „Vierspurigkeit“ schnellstmöglich nachbaubar ist.
- Wir werden uns stark machen für Projekte in unseren Nachbarländern, die Anbindungen an das internationale Straßennetz möglich machen sollen.
- Als logische Folge der Umgehung von Niederkerschen muss auch die Umgehung von Dippach Wirklichkeit werden.
- Das Gewerbegebiet Contern soll eine zweite Anbindung an das nationale Straßennetz bekommen, um das Syrdall zu entlasten.

4.3. Wohnungsbau

In letzten Jahrzehnten wurden viele steuerliche und finanzielle Maßnahmen getroffen, die den einzelnen Haushalten halfen sich Wohnraum anzueignen. Diese Anstrengungen konnten aber leider die Anzahl an Wohnungen nicht genügend steigern.

Deshalb bedarf es jetzt einer langfristigen, couragierten und kohärenten Politik auf der Angebotsseite, einer Wohnungsbaupolitik also, die darauf abzielt Wohnraum zu schaffen und zu mobilisieren.

Unsere Wohnungsbaupolitik muss ebenfalls eine hohe Lebensqualität fördern. Neue Wohnungsprojekte sollen sich harmonisch in das bereits existierende eingliedern. Vor allem bei Neubauten soll durch gezielte Planung die Lebensqualität aller Anwohner berücksichtigt und eine soziale Mixität sichergestellt werden. Genügend Grünfläche, geschützte Privatsphäre, die Förderung der sanften Mobilität und der Schutz unseres Kulturerbes sollten hier Leitlinien sein.

Der Staat mit Hilfe des „Fonds du Logement“ und der SNHBM sowie den Gemeinden müssen verstärkt Verantwortung übernehmen um den Wohnungsmarkt zu entspannen.

Die CSV schlägt dazu folgendes Paket an neuen Maßnahmen vor:

- Die Schaffung von Sozialen-, Alten-, Behindertengerechten und Studentenwohnungen muss unterstützt werden.
- Über einen erneuerten „Pacte Logement 2.0“ und den „Fonds de dotation communale“ sollen die Gemeinden bei der Schaffung von sozialen und bezahlbaren („Coûts modérés“) Mietwohnungen stärker unterstützt werden.
- Wir werden die staatliche Unterstützung im Bereich vom Bau von sozialen Mietwohnungen in den kommenden Jahren erhöhen.

- Eine neue privatrechtliche Gesellschaft, also eine neue Struktur, soll den Gemeinden helfen, sie beraten, begleiten und unterstützen. Die Mission dieser Struktur besteht darin, den Gemeinden auf logistischem Plan, bei der Anschaffung von Bauland über die Planifikation bis hin zur Umsetzung und dem Bau von Wohnungen zu helfen. Diese Struktur kann die Gemeinden zusätzlich bei der Verwaltung der gebauten Wohnungen unterstützen. Ergänzend können auch private Bauträger mit dem Bau von Wohnungen beauftragt werden um dieses Bauland zu erschließen.
- Neue, große und zusammenhängende Flächen an Bauland sollen im Rahmen des „Plan sectoriel Logement“ festgelegt werden.
- Nach der Ausweisung über den „Plan sectoriel logement“ müssen diese Flächen kurzfristig und zu einem angemessenen Preis in Besitz genommen werden können.
- In diesem Kontext muss dem Staat die Enteignungsprozedur zur Verfügung stehen, die aber nur als letztes Mittel angewendet werden kann. Ausgenommen sind jegliche Immobilien, die für private Zwecke benutzt werden. Auch landwirtschaftlich genutzte Flächen gelten als Ausnahme.
- Wir sind für eine verstärkte Innenverdichtung, vor allem innerhalb neu erschlossener Stadtteile mit einer guten Anbindung an den öffentlichen Transport.
- Zusätzliches Bauland soll bei zukünftigen PAG-Abänderungen ausgewiesen werden können.
- Unbebaute Grundstücke und längerfristig leerstehende Wohnungen innerhalb des vorhandenen Bauperimeters, die aus Spekulationsgründen zurückbehalten werden, sollen über eine national staatlich festgelegte Steuer wesentlich höher besteuert werden.
- Das Prinzip der Baulandverträge wird weiter vorangetrieben und das Schließen von „Baulücken“ über zeitliche begrenzte steuerliche Vergünstigungen vorantreiben.
- Die Dauer des Nichtverkaufs von sozialen Wohnungen wird erweitert (der Besitzer muss die Wohnung selbst nutzen). Wird die Wohnung trotzdem verkauft, gilt der indexierte Einkaufspreis.
- Soziale Mietwohnungen, welche durch die öffentliche Hand (FDL, SNHBM, Gemeinden, usw.) gebaut werden und diesbezüglich in den Genuss von einem Zuschuss kommen, sollen langfristig im Besitz der Allgemeinheit bleiben. Der Mietpreis wird anhand des großherzoglichen Reglements von 1998 errechnet.
- Beim Bau einer sozialen Mietwohnung durch einen Privatinvestor beläuft sich die Dauer des Nichtverkaufs auf 25 Jahre. Während der Dauer von 25 Jahren muss der Mietpreis an den Preis („Gestion locative sociale“) gekoppelt werden. Bei einem frühestmöglichen Verkauf nach 25 Jahren gilt dann der Marktwert.
- Wir werden die „Gestion locative sociale“ (wie die AIS) in den kommenden Jahren weiter fördern und mit zusätzlichen Finanzmitteln ausstatten.
- Wir wollen den Höchstbetrag der Steuervergünstigung aufgrund der Anwendung des stark ermäßigten Mehrwertsteuersatzes von drei Prozent bei einem Hauptwohnsitz für den Erwerb einer ersten Wohnung für junge Familien erhöhen.
- Das Prinzip des Mietkaufs wird eingeführt. Dies soll jungen Familien und Leuten mit mittlerem Einkommen zum Eigentum verhelfen. Die gezahlte Miete enthält den Ansparbetrag für den späteren Kauf und wird beim Erwerb der Immobilie mit dem Kaufpreis verrechnet. Nach fünf bis zehn Jahren kann die Immobilie über Erbpacht oder Vorkaufsrecht gekauft werden
- Wir schaffen einen gesetzlichen Rahmen für den „Contrat de mise à disposition“. Dieser neue Vertrag soll es erlauben, dass soziale oder andere Auffangstrukturen nur so lange zur Verfügung gestellt werden, wie sie wirklich gebraucht werden. Dies soll eine bessere Benutzung dieser Strukturen erlauben.
- Wir wollen für mehr Transparenz im Dickicht der Immobilienangebote sorgen: durch eine harmonisierte Plattform für Immobilieninserate mit detaillierten Angaben zur Wohnung über das „Cadastre vertical“ sowie die notariell beglaubigten vorigen Verkaufstransaktionen.
- Sämtliche Prozeduren gehören analysiert und das Naturschutzgesetz soll dementsprechend überarbeitet werden.
- Wir werden den Bau von kleineren und bedarfsgerechteren Wohnungen gezielt fördern. Jeder Mensch hat ein Recht auf angemessenen Wohnraum. Andere Wohnformen wie beispielsweise Wohngemeinschaften und intergeneratives Wohnen müssen in Zukunft eine gesetzliche Basis erlangen.
- Die Staatsbürgerschaft für ein Immobiliendarlehen sollte stärker bekannt werden bei jungen Menschen. Wir schlagen deshalb vor, jeden 18-Jährigen mithilfe eines Briefes über die Staatsbürgerschaft aufzuklären.
- Wir werden den „Cadastre volumétrique“ einführen.

MODERNE STRUKTUREN FÜR MEHR EFFIZIENZ

5.1. Verfassungsreform

Die CSV ist von der Notwendigkeit der Verfassungsreform überzeugt. Es steht außer Frage, dass wir das Grundgesetz an die heutigen Begebenheiten anpassen. Es liegt ein politischer Konsens zu dem ausgearbeiteten Text vor.

Der aktuell vorliegende Entwurf des Verfassungsausschusses der Abgeordnetenkammer ist gleichbedeutend mit einer Stärkung der Grundrechte und Freiheiten. In der Verfassungsvorlage werden auch die luxemburgische Sprache als Landessprache verankert, sowie „Ons Heemecht“ als Nationalhymne. Der Großherzog behält einen wesentlichen Platz im Verfassungstext. Er symbolisiert die Unabhängigkeit und Einigkeit unseres Landes. Die Justiz wird demokratisiert. Ihr wird ein Justizrat zur Seite gestellt, der sowohl in der Ernennungsprozedur der Richter Mitspracherechte bekommt, als auch bei Disziplinarverfahren.

Die Verfassung ist das Fundament unserer Gesellschaftsordnung. Da die Verfassung komplett neugefasst wird, müssen die Bürger mit einbezogen werden.

- Vor dem ersten verfassungsrechtlichen Votum wird der Verfassungstext in regionalen Diskussionsrunden mit den Bürgern erörtert und durchdiskutiert. Sollten sich wichtige Erkenntnisse für den Verfassungstext ergeben, werden diese ihren Niederschlag im Verfassungstext finden. Erst dann wird die Abgeordnetenkammer das erste verfassungsrechtliche Votum in Angriff nehmen. Dieser Text wird danach den Bürgern in einer Volksbefragung (Referendum) vorgelegt und wird das zweite verfassungsrechtliche Votum ersetzen. Bei positivem Ausgang erhält das Land während der nächsten Legislaturperiode eine neue Verfassung.

5.2. Gemeinden und Territorialreform

Luxemburg braucht effiziente und starke Gemeinden

Alle Bürger haben Anspruch auf umfangreiche und effiziente kommunale Dienstleistungen. Dieser Anforderung können jedoch nicht alle Gemeinden im selben Ausmaß folgen. Deshalb wollen wir weniger, aber stärkere Gemeinden. Für die Bürger.

- Wir werden die kommunalen Aufgaben klar definieren und das Gesetz über die Gemeindeordnung neu fassen.
- Wir werden die kommunale Verwaltung modernisieren und die administrativen Abläufe vereinfachen.
- Alle Kommunen müssen ihre Aufgaben autonom erfüllen und ihren Bürgerinnen und Bürger die Grunddienstleistungen anbieten können.
- Gemeinden, die eigenständig ihre Aufgaben erfüllen, sind eine Voraussetzung, um Verwaltungsabläufe vereinfachen und beschleunigen zu können. Eine administrative Reform und Modernisierung des Landes drängt sich daher auf.
- In die Ausarbeitung einer neuen kommunalen Landkarte wird der Gemeindesektor eng eingebunden. Wir wollen Fusionen mit und nicht gegen die Gemeinden.
- Wir werden eine Partnerschaftsplattform zwischen Staat und Gemeinden schaffen. Die Mitsprache der Gemeinden wird respektiert. Gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode wird mit den Gemeinden die Ausarbeitung der neuen Gemeindelandkarte begonnen. Die Arbeiten werden auf die bereits bestehenden Gemeindekooperationen aufbauen und die historischen, geografischen und kulturellen Gegebenheiten in Betracht ziehen. Schrittweise sollen die so geschaffenen, verstärkten Kooperationen ausgebaut werden und bis zu 2029 zu Fusionen führen.
- Fusionsbemühungen oder Fusionen, die bereits angedacht sind, werden weiter unterstützt, sollen aber ins Gesamtkonzept der Territorialreform passen.
- Das Amt des Bürgermeisters wird in einer neuen Gemeindeordnung aufgewertet. Wir wollen hauptberufliche Bürgermeister.
- Im Zuge der administrativen Reform wird die zeitgleiche Ausübung des Bürgermeisteramts und des Abgeordnetenmandats (Doppelmandat) abgeschafft.

- Wir schlagen die Schaffung einer neuen gesetzlich verankerten Vertretung der Bürgermeister vor, welche in kommunalpolitisch relevanten Fragen breites Mitspracherecht bekommen soll.
- Aufgrund der neuen Gemeindeordnung und der administrativen Gliederung des Landes wird eine neue faire kommunale Finanzordnung erstellt und entsprechende Reformvorschläge ausgearbeitet. Die staatliche Finanzierung der Kommunen muss die Zusammensetzung der Bevölkerung und die Fläche berücksichtigen.
- Das Gemeindefinanzgesetz wird sofort überarbeitet, um den Bedürfnissen der großflächigen ruralen Gemeinden sowie der Gemeinden mit Gewerbebetriebszonen Rechnung zu tragen.
- Die Gemeindefusionen werden mit einer nachhaltigen, finanziellen Unterstützung des Staates begleitet werden.
- Über die gesamte Territorialreform soll am Ende des Prozesses per Referendum abgestimmt werden.

Gemeinden im Dienst des Bürgers

- Parallel zu dieser Stärkung des Gemeindefektors werden wir die Gemeindeaufsicht („Tutelle administrative“) im Sinne einer Reduzierung der zustimmungspflichtigen Gemeindebeschlüsse („Actes soumis à approbation“) reformieren.
- Wir werden das Gesetz über die kommunale Flächennutzung überarbeiten, das Verfahren zur Erstellung von allgemeinen Bebauungsplänen (PAG) und die Prozeduren für Bauvorhaben vereinfachen und beschleunigen.
- Die CSV wird die Zeichnungsbefugnis („Délégation de signature“) einführen. Diese Maßnahme wird mehr Flexibilität innerhalb einer klar strukturierten Gemeindefarbeit ermöglichen.
- Wir werden die Einstellungskriterien für Gemeindefesekretäre und -einnehmer („Receveur“) überarbeiten.
- Die Sozialämter sollen in Gemeinden ab 6.500 Einwohnern bestehen bleiben und ausgebaut werden. In den Entscheidungsorganen müssen Schöffenratsmitglieder die Möglichkeit haben, vertreten zu sein.

Reform der Rettungsdienste wird evaluiert

Die CSV begrüßt prinzipiell die Reform der Rettungsdienste und hat die Einführung des CGDIS mitgetragen. Was die Finanzierungsfrage angeht, so hatte die CSV eine andere Regelung vorgeschlagen. Wir werden eine Zwischenbilanz der Reform durchführen und dabei auch die finanziellen Aspekte durchleuchten.

5.3. Religionsgemeinschaften

Für die CSV ist und bleibt die öffentliche Ausübung der Religion ein wichtiges Element einer offenen und toleranten Gesellschaft, die sich gemeinsamen Werten verpflichtet sieht.

- Wir werden die Religionsfreiheit und deren öffentliche Ausübung in der Verfassung verankern und garantieren. Die Beziehungen zwischen den Religionsgemeinschaften, den philosophischen Gemeinschaften und dem Staat werden durch Konventionen geregelt.
- Wir werden die Finanzierungsmodalitäten auch in Zukunft nach objektiven Kriterien festlegen. Dies auf der Grundlage des Respekts der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.
- Bevor die Verfassungsreform in Kraft treten wird, müssen die Beziehungen Kirchen/Staat gesetzlich festgelegt werden. Wir brauchen einen gesetzlichen Rahmen, der die Pflichten und Rechte der betroffenen Akteure bestimmt. Ein solches Gesetz steht für mehr Rechtssicherheit. Die CSV wird ein solches Gesetz prioritär hinterlegen und zur Abstimmung bringen, damit das Inkrafttreten der Verfassungsreform nicht unnötig verzögert wird.

Gemeinden müssen Kirchenrenovierungen mitfinanzieren können

Die CSV hat sich schon 2013 für die Modernisierung der Kirchenfabriken ausgesprochen.

- Die CSV wird das Gesetz vom 13. Februar 2018 über den nationalen Kirchenfonds („Kierchefong“) nicht abschaffen. Sie wird aber dieses Gesetz punktuell abändern und gegebenenfalls nachbessern.
- Die CSV bleibt bei ihrer Meinung, dass es Gemeinden erlaubt sein soll, sich finanziell an den Kosten der Erhaltung oder Renovierung von Kirchgebäuden zu beteiligen. Wir sprechen uns für die Möglichkeit einer Finanzierung bestimmter Projekte durch die Gemeinden aus.

- Eine Konvention zwischen dem „Kierchefong“ und den Gemeinden soll die Modalitäten der finanziellen Beteiligung der Gemeinden regeln können.
- Die CSV wird den Werte- und Sozialunterricht (VISO) sowohl in der Grundschule wie auch im Sekundarunterricht einer kritischen Analyse unterziehen. Mögliche Änderungen sollen im Dialog mit den betroffenen Akteuren und Glaubensgemeinschaften vorgenommen werden.
- Wir bedauern, dass der Vorschlag der verschiedenen Glaubensgemeinschaften, selbst einen gemeinsamen Religionenunterricht als Alternative zum Werteunterricht einzuführen, ignoriert wurde. Ein solcher gemeinsamer Religionenunterricht hätte zu einer besseren interkonfessionellen Verständigung beitragen können. Der Stellenwert der Wissensvermittlung über Religionen soll im Rahmen des Fachs „Vie et Société“ in Zusammenarbeit mit den anerkannten Glaubensgemeinschaften aufgewertet werden.

5.4. Presse

Der Respekt von Presse- und Meinungsfreiheit sind Gradmesser einer Demokratie. Wir stehen zum Pressepluralismus, den es zu erhalten gilt.

- Wir werden die Gesetzgebung und Reglementierung bezüglich die Pressehilfe überarbeiten und an die aktuellen Realitäten der Medienlandschaft und das gewandelte Konsumverhalten der Bürger anpassen. Staatliche Förderung der Presse kann sich nicht auf Printprodukte beschränken. Wir brauchen eine breite gesetzliche Basis.
- Staatliche Förderung der Medien muss für die CSV darauf setzen, Pluralismus zu erhalten. Neben der Meinungsvielfalt muss bei der Vergabe von Hilfgeldern auch die Pluralität der Gesellschaft berücksichtigt werden. Die Bedingungen zum Erhalt von Pressehilfe werden in diesem Sinne ergänzt bzw. abgeändert. Das gilt zum Beispiel für die Sprachenklausel im geltenden System der Pressehilfe.
- Das Recht auf Zugang zur Information für Journalisten wird im Dialog mit den Medienvertretern neu geregelt. Dabei muss sichergestellt werden, dass Journalistenrechte nicht in Konflikt mit persönlichen Rechten und Freiheiten des Einzelnen in Konflikt geraten.
- Wir werden die Vorgaben der so genannten „Circulaire Bettel“ kritisch hinterfragen und einen Textvorschlag ausarbeiten, der den Zugang zur Information verbessert und für Rechtsklarheit sorgt.

5.5. Öffentlicher Dienst

Für eine moderne und qualitativ gut aufgestellte Verwaltung im Dienst des Bürgers

Bürger und Unternehmen haben Anrecht auf einen gut funktionierenden öffentlichen Dienst. Deshalb muss in allen Bereichen ein hochwertiger und einfach zugänglicher Dienst angeboten werden.

Die öffentlichen Verwaltungen stehen im Dienst der Bürger und des Landes. Neutralität, Effizienz und Transparenz zeichnen sie aus.

- Wir werden den Austausch zwischen Bürgern und Staat vorrangig fördern. Die CSV wird die Verwaltung weiter modernisieren. Sämtliche Verwaltungsvorgänge müssen schnell und leicht zugänglich werden. Das Portal „guichet.lu“ wird weiter ausgebaut werden. Es ist ebenfalls ein wichtiger Bestandteil der „e-Government“-Strategie. Der Prozess der administrativen Vereinfachung muss wieder aufgenommen und strukturiert werden. Verwaltungsreform muss ein grundlegender Prozess sein.
- Die CSV will eine konsequente weitere Modernisierung der Verwaltung, begleitet von organisierten Koordinationsmaßnahmen, Qualitätsmanagement und einer Ausweitung der „e-Government Strategie“.
- eGovernance fördert eine bessere Interaktion zwischen allen öffentlichen Institutionen (Ministerien, öffentliche Verwaltungen, Kommunen), den Bürgern und den Unternehmen. Dies führt zu einer vereinfachten, effizienteren, bequemer und schnelleren Interaktion mit den öffentlichen Behörden. Der Nutzen besteht jedoch nicht nur allein in einem besseren Dienstleistungsangebot, auch die Synergieeffekte der Modernisierung werden Vorteile für die interne Organisation der Behörden mit sich bringen.
- Die Haushaltsgesetzgebung muss dahingehend überprüft werden, ob sie den aktuellen Anforderungen an eine moderne Verwaltung noch genügen kann.

- Die CSV wird das vier Monate vor den Wahlen zwischen der Regierung und der CGFP abgeschlossene Teilabkommen respektieren. Der Inhalt und die Organisation des Praktikums sowie seine Dauer in einzelnen Laufbahnen benötigen noch weitere Verhandlungen. Eine gute Ausbildung sowie Weiterbildung sind Voraussetzung für eine gut funktionierende, kompetente und effiziente Verwaltung.
- Um Rekrutierungsproblemen des öffentlichen Dienstes entgegenzuwirken, wird die CSV auf Informationskampagnen in den Schulen wie auch in der Öffentlichkeit zurückzugreifen. Berufsbilder sollen Schüler motivieren, spezifische Ausbildungen zu absolvieren und diese Berufswege einzuschlagen.
- Sollten dennoch in bestimmten Berufssparten Spezialisten gebraucht werden, die auf dem hiesigen Arbeitsmarkt nicht oder nur schwer zu finden sind, werden wir im Dialog solche Posten mit spezifischen Anforderungen ausweisen und entsprechende Rekrutierungsprozeduren vorschlagen.
- Die Neutralität des öffentlichen Dienstes muss respektiert werden, sie ist ein wichtiger Pfeiler der öffentlichen Verwaltungsarbeit.
- Wir werden die Ausbildung für den öffentlichen Dienst reformieren.
- Wir werden politische Posten auf Zeit, unter direkter Verantwortung der jeweiligen Regierungsmitglieder, schaffen („Cabinet ministériel“). Ein solches Kabinett für politische Arbeit würde den Minister in seiner Arbeit unterstützen, ohne das Prinzip der Neutralität der Verwaltung in Frage zu stellen.
- Auch die staatlichen Prämien werden unter die Lupe genommen, um Ungereimtheiten zu beseitigen. Eine interne Analyse- und Audit-Funktion wird eingeführt, auf die zurückgegriffen werden kann, um Verwaltungsarbeiten zu analysieren und effizienter zu gestalten.

SICHER ZUSAMMEN LEBEN

6.1. Justiz

Für eine effiziente und zugängliche Justiz

Die CSV setzt sich für eine effizient funktionierende und leicht zugängliche Justiz ein. Die Bürger haben das Recht, dass ihre Angelegenheiten in einem vernünftigen Zeitrahmen abgehandelt werden.

Die Überarbeitung der gerichtlichen Verfahrensordnung („Procédure de mise en état“) und die Förderung der Digitalisierung der Justiz („Paperless Justice“) werden diesbezüglich von oberster Priorität sein. Auch die Kompetenzen des Einzelrichters sollten diskutiert werden.

Gerichtsurteile in anonymisierter Form (Urteile ohne Namensangabe), sämtliche Gesetzestexte, thematisch und in koordinierter Form, sollen veröffentlicht werden.

Das aktuelle Rekrutierungsprogramm für Richter wird über das Jahr 2021 (mittelfristig) hinaus überarbeitet und, falls notwendig, wird auch die Zahl von Richtern aufgestockt.

Die Verwaltungsgerichte sollen nicht nur in Bezug auf direkte, sondern auch auf indirekte Steuern zuständig sein.

Die CSV wird eine gesellschaftsorientierte Justizpolitik betreiben

- Für die CSV steht das Wohl des Kindes im Mittelpunkt. Das Abstammungsgesetz wird daher die rechtliche Gleichstellung aller Kinder gewährleisten.
- Wir werden der assistierten Fortpflanzung einen gesetzlichen Rahmen geben. Die Rechte und das Wohl des Kindes müssen Vorrang vor dem Recht auf ein Kind haben. Wir sind gegen die Kommerzialisierung des weiblichen Körpers.
- Die anstehende Reform des Jugendschutzgesetzes wird weitergeführt und das Vormundschaftsgesetz reformiert.
- Die CSV wird das neue Scheidungsgesetz nachbessern. Die CSV spricht sich, neben dem Zerrüttungsprinzip und der einvernehmlichen Scheidung, klar für das Beibehalten des Schuldprinzips bei schwerem Fehlverhalten als Grundlage der Ehescheidung aus. Kinder sollen zwar angehört werden können, jedoch nicht Partei im Scheidungsprozess ihrer Eltern werden. Auch werden wir verhindern, dass Personen, die sich um die Familie kümmerten, zumeist Frauen, durch eine Scheidung in die Armut rutschen.
- Die CSV wird das Familienbuch wieder einführen.
- Wir sprechen uns auch für die Möglichkeit aus, den Personalausweis genderneutral zu ergänzen.
- Wir werden den Tatbestand des Voyeurismus im Strafgesetzbuch verankern.
- Wir werden das Vermummungsverbot auf den gesamten öffentlichen Raum ausdehnen. Zudem werden wir die Vermummung unter Zwang unter Strafe stellen.

Die CSV wird den Schutz der Bürger stärken

Die Cyber- und Wirtschaftskriminalität muss effizienter, konsequenter und schneller bekämpft werden. Deshalb müssen die Kriminalpolizei und die Staatsanwaltschaft mehr Mittel bekommen und über gut ausgebildete Ermittler verfügen.

- Die Videoüberwachung im öffentlichen Raum wird, dort wo es Sinn macht, erweitert.
- Wir werden das Strafgesetzbuch und die Strafprozessordnung modernisieren. Die CSV wird die Unschuldsvermutung stärken: Staatsanwaltschaft und Untersuchungsrichter sollen die betroffenen Personen künftig, innerhalb eines zeitlich festgelegten Rahmens über den Stand der Ermittlungen und Prozeduren informieren. Die Ermittlungen sollen überdies nur fortgesetzt werden können, unter der Voraussetzung der Vorlage einer Entscheidungsbegründung.

- Wir befürworten weiter die Einführung von Ordnungsstrafen bei kleineren Vergehen. Diese sollen per Bußgeldbescheid („Amende forfaitaire“) schneller abgewickelt werden können.
- Die CSV setzt verstärkt auf Prävention und Proximitätsarbeit.
- Wir werden den Platzverweis einführen.
- Auch die Kompetenzen der Gemeindeagenten („Agents municipaux“) werden wir erweitern. Die Ausbildung dieser Agenten wird in diesem Kontext überarbeitet und verbessert. Wir streben eine Kooperation zwischen „Agents municipaux“ und Polizisten an.

Punktuelle Reformen

- Die CSV befürwortet eine Erhöhung der Anzahl der Notariatskanzleien. Die aktuelle Zahl von Kanzleien, berechnet auf die aktuelle Bevölkerungszahl, ist unzureichend. Wir wollen, dass auch in Zukunft die Notare ihre Kunden fachgerecht beraten können.
- Die Stärkung des Wettbewerbsrechts durch eine fakultative Vorabkontrolle von wirtschaftlichen Zusammenschlüssen wird angestrebt und die Zahl der Wettbewerbshüter personell aufgestockt.
- Die CSV befürwortet die Einführung von Sammelklagen im Bereich des Konsumentenschutzes.
- Die Gesetzgebung über Vereinigungen ohne Gewinnzweck (asbl) und Stiftungen wird reformiert.
- Die CSV will weiterhin die Modernisierung des Handelsrechts vorantreiben, um Rechtssicherheit zu gewährleisten und der Attraktivität des Standorts Luxemburg gerecht zu werden. Die Reform des Insolvenzrechtes werden wir auch fortsetzen.
- Die CSV hat das Gesetz zur medizinischen Anwendung von Cannabis als adjuvante Therapie bei verschiedenen Krankheiten aufgrund neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse unterstützt. Die CSV lehnt unter den heutigen Umständen die Legalisierung der rekreationellen Anwendung von Cannabis ab, da diese aufgrund der Gesetzeslage in unseren Nachbarländern auf unüberwindbare praktische Hindernisse stoßen würde, wir wären dem Drogentourismus ausgesetzt. Wir befürworten jedoch eine Bestandsaufnahme der heutigen Situation in Luxemburg und werden einer weiteren Diskussion offen gegenüberstehen.

6.2. Polizei

Sicherheit ist ein Bürgerrecht und Teil der Lebensqualität

Bürgernähe und Prävention sind und bleiben fundamentale Aufgaben unserer Polizei. Dazu gehören sichtbare Präsenz vor Ort und direkter Kontakt sowie Austausch mit den Bürgern. Für die CSV zieht sich die Proximität wie ein roter Faden durch die Polizeiarbeit und stellt eine Wahrung der bürgerlichen Freiheiten dar. In Anbetracht der täglichen Anforderungen werden wir die Aufgaben, Mittel sowie die Ausbildung wesentlich nachbessern und definieren.

- Die CSV fordert die Präsenz der Polizei auch insbesondere im ländlichen Raum: Ausbau statt Abbau, lautet unser Motto.
- Der Platzverweis soll nicht nur der Polizei die nötigen gesetzlichen Mittel zum präventiven Handeln geben, sondern auch dem Bürger ein wahres Sicherheitsgefühl vermitteln. Der Platzverweis erlaubt es der Polizei einzuschreiten, ohne dass zuerst eine Straftat begangen werden muss.
- Die CSV wird die Rechts- und Personalmittel der Kriminalpolizei genauer analysieren und gegebenenfalls den Text über die Polizeiorganisation nachbessern.
- Wir müssen punktuell den Zugang der Sicherheitsbehörden zu vorhandenen Datenbanken erleichtern, wenn es um die Verhinderung oder Aufklärung schwerer Straftaten geht.
- Auch bleibt die CSV der Meinung, dass im Sinne der Proximität die Region Luxemburg eine lokale Antenne behalten soll.
- Des Weiteren unterstützt die CSV eine direkte Rekrutierungsmöglichkeit bei der Kriminalpolizei durch attraktivere Arbeitsbedingungen und verbesserte Karrierechancen.

Die CSV wird den gesamten Rekrutierungsprozess bei der Polizei weiterführen und neue Wege gehen. Insbesondere wird die CSV verstärkt administrative Kräfte einstellen, damit die Polizeibeamten ihren eigentlichen Aufgaben nachkommen können. Auch werden wir auf zivile kompetente Fachleute zurückgreifen, um es der Polizei zu erlauben, sich steigenden Qualitätsanforderungen zu stellen.

Um die Sicherheit in Zügen, Bussen und auf Bahnhöfen wirksam zu gewährleisten, befürworten wir in Anlehnung an die bestehende „Police de la route“ die Schaffung einer Polizeieinheit für den öffentlichen Transport.

6.3. Sécurité routière

Vorfahrt für Prävention

Mehr Sicherheit im Straßenverkehr ist und bleibt eine Zielsetzung, für die sich die CSV einsetzt.

- Die konsequente Sensibilisierung aller Verkehrsteilnehmer wird fortgesetzt.
- Kontrollen durch die Sicherheitskräfte bleiben ein wirksames Mittel im Sinne stärkerer Sensibilisierung.
- Bekannte Gefahrenstellen, vor allem im Straßennetz, müssen entschärft werden.
- Bei neuen Infrastrukturprojekten müssen Sicherheitsaspekte schon bei der Planung berücksichtigt werden.
- Shared-Space-Initiativen sollen gefördert werden.

VERANTWORTLICH WACHSEN

7.1. Nachhaltigkeit

Unser Land befindet sich in einem bisher einzigartigen Wachstums- und Wandlungsprozess. Dies stellt uns im Hinblick auf die Nachhaltigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Lebensqualität heutiger und künftiger Generationen vor eine große Verantwortung.

Hinsichtlich der Gewährleistung einer effizienten Kreislaufwirtschaft, eines verantwortungsvollen Umgangs bei Klimaschutz und Wasserversorgung ist die Politik mehr denn je gefordert.

Die CSV steht für konsequentes Handeln und klare Zielvorgaben im Interesse von Natur und Bürger.

7.2. Kreislaufwirtschaft und Abfallvermeidung

Im Bereich der Abfallwirtschaft will die CSV dem Aspekt der Vermeidung und der Wiederverwertung höchste Priorität geben. Der Staat und die Gemeinden stehen hier in der Pflicht, da sie als oberste Vorbilder dienen. Der gesamte Themenkreis rund um die Einsparung von Ressourcen und die Abfallvermeidung muss verstärkten Eingang in das allgemeine Regelwerk finden, aber auch in Erziehung und Schule muss den jungen Generationen das nötige Bewusstsein vermittelt werden.

- Wir streben eine nationale Recyclingquote von 65 Prozent an.

Der Wandel von der reinen Entsorgungslogik hin zu einer kreislaforientierten Nutzung der Materialien und Ressourcen („Circular Economy“), gekoppelt mit der Bevölkerungszunahme bzw. der positiven ökonomischen Entwicklung, stellt die Grundlage neuer oder wachsender Wirtschaftszweige dar.

Den verschiedenen Nährstoffkreisläufen schenken wir hohe Aufmerksamkeit.

- Im Sinne der Kreislaufwirtschaft werden wir die Rückgewinnung von Nährstoffen aus dem Abwasser und die Zurückführung in die Landwirtschaft fördern.
- Bei Bauvorhaben soll auch ein Wiederverbrauch- und Entsorgungskonzept für die gebrauchten Materialien vorliegen.
- Die CSV will innovative Unternehmen und Initiativen konkret unterstützen und so deren Eigendynamik fördern. Dies gilt in erster Linie für neue Akteure (Secondhand-Laden, Repair-Cafés, Verkauf ohne überflüssige Verpackung usw.), als auch für die „klassische“ Abfallverwertung. Die von der EU-Kommission initiierte „European Strategy for Plastics in a Circular Economy“ sowie das EU-Paket zur Kreislaufwirtschaft soll dabei als Orientierung dienen und dessen Umsetzung soll vorangetrieben werden. Kunststoffverpackungen sollen kontinuierlich reduziert werden.
- Initiativen wie die bekannten CUP-Systeme, um Einwegbecher zu ersetzen sowie neuere Initiativen wie die ECO-BOX, um auch Einwegteller und -schalen zu ersetzen, wollen wir unterstützen und ausbauen, um das Müllaufkommen bis 2025 unter 100 kg pro Jahr pro Einwohner zu senken. Die Produktion und der Konsum von „single-use plastics“ sollen strengstens reguliert und hoch besteuert werden um den Verbrauch dieser synthetischen Stoffe und ihre negative Konsequenzen auf Natur und Umwelt zu minimieren. Internationale Partnerschaften sowie EU-Initiativen in diesem Bereich sollten ebenfalls unterstützt werden.
- Die Wertstoffsammlungen sollen auf zusätzliche Fraktionen/Gattungen ausgebaut werden. Das Gesetz vom 28. März 2012 zur Abfallwirtschaft und dem nationalen Abfallwirtschafts- und Ressourcenplan (PNGDR) stellt den Rahmen dar, um die seit Jahrzehnten erfolgreiche Abfallpolitik in Luxemburg weiter zu führen. Den Gemeinden und Syndikaten fällt hier eine besondere Verantwortung zu. Das Verursacherprinzip und die bestehenden nationalen und EU-Gesetzgebungen müssen in allen Kommunen des Landes konsequent umgesetzt werden.
- In Hinblick auf einen harmonisierten Dienst an den Haushalten und Betrieben im ganzen Land sollen flächendeckend die gleichen abfallwirtschaftlichen Grundleistungen angeboten werden (u. a. Holzsammlungen für Wertstoffe wie Papier, Glas, Verpackungen, Zugang zu Recyclingparks). Besonderes Augenmerk verdient dabei die Einführung der Biomüll-Sammlung („braune Tonne“ für Küchenabfälle).

- Dort, wo sie bereits eingeführt ist soll eine „Biomüllinitiative“ zur Mengenmehrung durchgeführt werden. Weiterhin sollen bei der Neugestaltung der Raumplanung Bauschuttdeponien in einen nationalen Plan mit eingebunden werden.
- Außerdem werden wir die Wiederverwendung von Bauschutt im Sinne der Kreislaufwirtschaft fördern.
- Wir wollen einen nationalen Plan für Bauschuttdeponien.
- Das allgemeine Verbrennungsverbot für Grünschnitt sollte auf Grund der Erfahrungen seit seiner Einführung in Zusammenarbeit mit den Bauern und Winzern punktuell überarbeitet werden.

Bei entsprechender Nutzung aller Vermeidungs- und Recyclingmöglichkeiten werden die effektiven Entsorgungskosten für Restmüll sinken und eine gestaffelte und motivierende Taxenstruktur der Kommunen kann dies vorteilhaft an die Bürger weiterreichen; hier gelten je nach Situation die Erweiterung des Behälterangebotes und/oder ein verursachergerechtes Erfassungs- und Verrechnungssystem (Idnet-System mit Verwiegung für Mülltonnen mit Chip) als Lösung.

- Die CSV wird europäische Initiativen über die Vermeidung geplanter Obsoleszenzen unterstützen.

7.3. Ressource Wasser

Wir müssen die wertvolle Ressource Wasser optimal einsetzen und darauf hinwirken, dass dort, wo Trinkwasser durch Regenwasser ersetzt werden kann, dies auch geschieht, um somit den Trinkwasserverbrauch pro Kopf merklich zu senken. Hochwertiges Trinkwasser darf in Industrieprozessen nicht weiter vergeudet werden. Hier müssen Alternativkonzepte je nach Bedarf von den Industrien entwickelt werden.

Geklärtes Abwasser, das spezifischen hygienischen Kriterien entspricht, wird verstärkt zu Bewässerungszwecken oder Kühlzwecken eingesetzt. Das anfallende Abwasser muss nach bestmöglichen Kriterien behandelt werden, damit die Qualität unserer Fließgewässer schnellstmöglich den Vorgaben der EU-Wasserrahmenrichtlinie entspricht.

- Wir werden uns für sinnvolle Renaturierungsprojekte einsetzen, so dass unsere Gewässer einen naturnahen guten Zustand aufweisen. Renaturierte Gewässer sind ein Nährboden für die spontane Entwicklung von Flora und Fauna und sind wichtige Grundsteine, um dem Verlust an Biodiversität entgegenzuwirken. Zusätzlich bilden sie einen kostengünstigen, aber hoch effizienten Hochwasserschutz und sind wertvolle Naherholungsgebiete.
- Es ist unerlässlich, weiter auf einen konsequenten Schutz der Grundwasserqualität und -quantität zu setzen. Weitere Trinkwasserschutzzonen müssen ausgewiesen und die Maßnahmenprogramme umgesetzt werden. Hierzu soll auf eine gute Kooperation zwischen Landwirtschaft und Wasserversorgern gesetzt werden.
- Der „Water Safety Plan“, welcher für die Qualitätssicherung bis zum Endverbraucher (Gewinnung, Aufbereitung und Verteilung) notwendig ist, muss bei allen Trinkwasserverbänden umgesetzt werden.
- Zusätzlich wird Luxemburg eine zweite Wasseraufbereitungsanlage brauchen. Da die Grundwasserreserven keine substanzielle weitere Entnahme mehr gewährleisten können, muss auf eine Aufbereitung von Oberflächenwasser zurückgegriffen werden. Hier bietet sich eine Uferfiltration vom Moselwasser an. Die CSV wird die Realisierung einer Aufbereitungsanlage an der Mosel vorantreiben und das Versorgungsnetz konsequent ausbauen, um somit die Versorgungssicherheit des Landes zu gewährleisten.

Kläranlagennetz ausweiten

- Durch den rasanten Bevölkerungsanstieg, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Zunahme von Pendlern müssen die bestehenden Kläranlagen angepasst werden bzw. die neu zu planenden diesem Wachstum Rechnung tragen. Ein zeitnaher Ausbau der Anlagen sowie der Neubau zusätzlicher Anlagen mit ausreichend Reserven sollen dazu beitragen, unsere Gewässer in den guten Zustand zu bringen. Die 4. Reinigungsstufe (Mikroschadstoffelimination) soll bei den Anlagen mit mehr als 100.000 Einwohnereinheiten (EW) sofort umgesetzt werden. Bezuschussungen von Kläranlagen werden geprüft und angepasst. Anlagen mit weniger als 100.000 EW werden mittelfristig (zehn Jahre) mit einer 4. Stufe nachgerüstet.

- Potenzielle Einleiter von Schwermetallen, Industriechemikalien und Medikamentenrückständen sowie Großverschmutzer werden in die Pflicht genommen, um ihre Abwässer vor Einleitung in das öffentliche Kanalnetz auf häusliches Niveau zu neutralisieren.
- Im Abwasserbereich müssen neben den Qualitätskriterien auch wirtschaftliche Belange bei der Auswahl der Reinigungskonzepte und Kläranlagenanschlussgrößen herangezogen werden. Je nach Aufnahmekapazitäten des Vorfluters ist das Zusammenschließen mehrerer Ortslager in einer zentralen Kläranlage gegebenenfalls zu bevorzugen. Hierdurch werden stabilere Klärprozesse und eine vereinfachte erweiterte Klärung (4. Stufe) ermöglicht. Genehmigungsprozeduren in diesem Bereich sollen weiter vereinfacht werden.
- Die rezenten Starkregenereignisse bedingen ein Umdenken im Rahmen der aktuellen Regenwasserproblematik. Hier soll verstärkt auf effektive und kostengünstige Retentionen im Bereich der Gewässer nachgedacht werden.
- Die Klärschlammproblematik muss national anhand der bestehenden Akteure sowie durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit gelöst werden. Die CSV setzt sich hier für eine Gesamtlösung ein.
- Die staatlichen Beihilfen im Abwasserbereich müssen neugestaltet werden. Die Bezuschussung bei Erstinvestitionen muss den effektiven Kosten Rechnung tragen. Die Pauschalbezuschussungen werden überprüft und den realen Marktpreisen angepasst werden, um den lokalen Begebenheiten zu entsprechen. Die Bezuschussungszeiträume werden geprüft. Bei den Bezuschussungen der Verwaltungsgebäude werden die Syndikate gleichbehandelt.

Ein zeitnaher Ausbau bestehender Anlagen sowie der Neubau zusätzlicher Kläranlagen sollen dazu beitragen unsere Gewässer zu schützen und deren Qualität zu verbessern. Auch wird es unumgänglich sein, größere Anlagen mit einer zusätzlichen Aufbereitungsstufe (Eliminierung von Medikamentenrückständen sowie Haushalts- und Industriechemikalien) auszustatten.

Die nationale Gesetzgebung soll es zudem ermöglichen in diesem Sinne klare Vorgaben zu erlassen und potentielle Einleiter von Schwermetallen, Industriechemikalien und Pharmaprodukten sowie Medikamentenrückständen in die Pflicht zu nehmen, um diese Stoffe vor der Einleitung in das Kanalnetz zu neutralisieren.

Auf Innovation bei der Trinkwasserversorgung setzen

Die Wasserversorgung, die Abwasserentsorgung, die Ausweisung und Kontrolle von Wasserschutzgebieten werden immer komplexer und die Gemeinden sind den Anforderungen oft nicht mehr gewachsen. Daher halten wir ein Zusammenführen dieser Aufgaben in regionalen Syndikaten für Wasserversorgung sowie Abwasserentsorgung für notwendig.

- Wir werden die Anzahl dieser Syndikate deutlich reduzieren. Nur personell gut ausgestattete Syndikate können ihren Aufgaben gerecht werden. Entsprechend dem SEBES sollten hier Staat und Gemeinden zu je 50 Prozent beteiligt sein. So können vorhandene Kompetenzen sinnvoll gebündelt und erweitert werden und allen Bürgern zugutekommen. Die Abwassersyndikate sollen sich neben dem Betreiben der Kläranlage, auch dem Unterhalt und der präventiven Kontrolle sowie der online Überwachung der Kanalnetze annehmen, damit Engpässe und Verschmutzungen zeitnah festgestellt und behoben werden können.
- Wir werden den harmonisierten Wasserpreis weiter fördern. Mittelfristig sollen alle Aufgaben in einem Syndikat zentralisiert werden, um so pro Sektor einen einheitlichen Wasserpreis im Land einzuführen. Die Einführung eines sozial gestaffelten Wasserpreises wird mit der Europäischen Kommission ausgelotet.
- Wir führen Kompensierungsmaßnahmen für Gemeinden ein. Wir analysieren eine Bezuschussung von Gemeinden, welche höhere Kosten pro Kubikmeter in punkto Wasser und Abwasser haben, als der gedeckelte und daher maximal an die Haushalte zu verrechnende Wasserpreis von sieben Euro pro Kubikmeter.

In der Industrie und im Dienstleistungssektor, wie auch im Bereich des häuslichen Verbrauchs werden wir verstärkt auf innovative Technologien setzen, um den Trinkwasserbedarf zu reduzieren. In großen Neubaugebieten, die durch öffentliche Bauträger erschlossen werden, werden wir Projekte unterstützen, um anfallendes Grauwasser (Duschen, Waschbecken, Spülmaschinen usw.) zusammen mit Regenwasser aufzubereiten und für Toilettenspülungen, Gartenbewässerung usw. wieder zu verwenden.

- Bei der Ansiedlung von neuen Industriebetrieben will die CSV nur die Maßnahmen staatlich fördern, die über die Einhaltung des aktuellen Standes der Technik hinausgehen, wodurch innovative Lösungen belohnt werden.

7.4. Bodenschutz, Lichtverschmutzung und Lärmschutz

Der Boden stellt für die Menschheit eine lebenswichtige Ressource mit unersetzbaren Funktionen als Nährstofflieferant und Speicher für die landwirtschaftliche Produktion dar und ist gleichermaßen unabdingbar für den Erhalt der Biodiversität.

- Die CSV wird sich dafür einsetzen, den Flächenverbrauch sowie die Bodenversiegelung zu begrenzen und der Bodenerosion durch die Unterstützung nachhaltiger und innovativer landwirtschaftlicher Praktiken vorzubeugen.

Die menschlichen und wirtschaftlichen Aktivitäten bringen starken Einsatz von Licht mit sich, so dass man von regelrechter Lichtverschmutzung spricht. Erhebliche Auswirkungen auf unser Ökosystem und auf unsere Gesundheit sind nicht zu leugnen. Lichtverschmutzung schadet nicht nur direkt den Menschen sondern auch die Tier- und Pflanzenwelt.

Der ungebremsste Einsatz von Licht ist ebenfalls eine Energieverschwendung und beim aktuellen Energiemix Luft- und Klimaschädlich. Deshalb sind intelligente Lichtsysteme, für die Stadt, den Transport und die Industrie von morgen, unabdingbar.

- Um Energiekosten zu sparen, Treibhausgasemission und Luftverschmutzung zu senken, die Lichtverschmutzung einzudämmen, aber auch um die Sicherheit der Bürger zu garantieren, wird sich die CSV für die Umrüstung auf smarte Lichtsysteme stark machen.

Bei allen notwendigen Infrastrukturprojekten wird die Vorgabe sein, den daraus resultierenden Lärm zu beschränken.

- Ziel der CSV ist es, die Vielzahl technischer Möglichkeiten, vor allem im Straßen- und Luftverkehr, aber auch in der Industrie und dem Bauwesen zu nutzen, um zu einem aktiven und passiven Lärmschutz beizutragen.

7.5. Klima- und Energiepolitik

Klimaziele verpflichten

Die CSV unterstützt die im Pariser Klimaabkommen beschlossenen Ziele und wird sich für deren Umsetzung einsetzen. Wir werden den nationalen Klimaschutzplan als dynamisches Dokument regelmäßig überarbeiten und Luxemburg mit klar definierten Zielen zu einem mittelfristigen Ausstieg aus den fossilen Energien und der Förderung von erneuerbaren Energien führen.

- Die CSV strebt eine Reduktion der CO₂-Emissionen um 40 Prozent (im Vergleich zu 1990) bis 2030 sowie eine Begrenzung der Klimaerhitzung von deutlich unter zwei Grad an. Staatliche und kommunale Gebäude sollen verpflichtend CO₂-neutral geplant und gebaut werden.

Die Klimaveränderungen werden sich auch auf die Regenfälle auswirken. Darüber hinaus spielen die Gefahr der Vermischung von Überschwemmungswasser mit Abwässern und anderen Gefahrstoffen eine wichtige Rolle. Die Gemeinden und Syndikate müssen in diesem Sinne weiter finanziell unterstützt und beraten werden, um Anpassungsmaßnahmen einzuführen.

Die Verminderung der Klimagase kann nur erreicht werden, indem die direkte Abhängigkeit der Produktion von fossilen Brennstoffen entkoppelt wird. Eine solche Dekarbonisierung des Energiemarktes geht einher mit in erster Linie dem Einsatz von mehr Energieeffizienz und einer wesentlichen Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien.

- Die CSV strebt das Ziel an, den Anteil der erneuerbaren Energien bis 2030 wesentlich zu steigern. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen auch die gesetzlichen Bestimmungen überprüft und angepasst und die administrativen Hürden abgebaut werden.

- Die Einspeisungstarife müssen auch regelmäßig überprüft und angepasst werden, damit die wirtschaftlichen Voraussetzungen gegeben sind. Dies bedingt auch, die Energienetze so auszubauen, dass eine steigende dezentrale Energieproduktion gewährleistet ist. Diesem Anspruch gilt es auf nationaler Ebene sowie in Zusammenarbeit mit der Großregion und der EU Rechnung zu tragen. Dabei bleibt es wichtig, die hiesigen Anstrengungen zur Nutzung der Sonnenenergie proaktiv voran zu treiben, sowie die Forschung und deren Umsetzungen mit der Wirtschaft mehr zu unterstützen. Die bisher umgesetzten Maßnahmen, insbesondere mit den Gemeinden (z.B. Klimapakt), sollen mit neuen Impulsen weitergeführt werden.
- Der Klimapakt soll weitergeführt werden mit weiteren finanziellen Anreizen für dynamische Gemeinden. Hier sollen Hürden, die das Engagement der Gemeinden im Klimaschutzbereich erschweren, beseitigt werden. Klimaschutz soll als kommunale Kernaufgabe definiert werden. Wir werden darüber hinaus darüber nachdenken einen ähnlichen Klimapakt für Betriebe einzuführen.

Gezielte Investitionen in all diesen Bereichen sollen dazu genutzt werden, unsere Klimaziele zu erreichen, den Wirtschaftsstandort Luxemburg als Vorzeigestandort für „Green Industries“ und „Green Jobs“ zu stärken sowie hiesige Entwicklungen zu fördern und neue Entwicklungen zu initiieren und systematisch nach außen zu vermarkten.

Die Förderung von lokalen Bioenergien muss weiter vorangetrieben werden. Damit einhergehend sollen nachwachsende Rohstoffe und land- und forstwirtschaftliche Reststoffe für energetische sowie materielle Verwendung genutzt werden. Eine Nachhaltigkeitsüberprüfung neuer Infrastrukturprojekte und Großbauten wird unterstützt. Damit wollen wir die Ziele der Circular Economy fördern.

- Im Bereich der Energieversorgung werden wir auch das Prosumer-Prinzip weiter fördern. Zusätzliche Möglichkeiten der Eigenversorgung und Eigenvermarktung müssen identifiziert werden. Die CSV spricht sich ebenfalls für reglementarische Anpassungen in diesem Gebiet aus, um der Eigeninitiative einen gesetzlichen Rahmen zu verleihen. Hier sollen auch Gesellschaftsformen wie Kooperativen im Energiebereich gezielt unterstützt werden.
- Die CSV wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass die Stromproduktion aus Atomenergie so schnell wie möglich ein Ende findet. Hier werden wir uns auch auf europäischer Ebene stark machen.

7.6. Naturschutz

Die Kreislaufwirtschaft konkret leben

Die Kreislaufwirtschaft und die effizientere Nutzung der Ressourcen sind übergeordnete Ziele und greifen in alle Felder ein.

Unter dem Kapitel des generellen Naturschutzes, strebt die CSV folgende Ziele an:

- Den Gemeinden soll eine größere Verantwortung im Bereich der Bebauung von Grünzonen übertragen werden.
- Die Verfahren zur Begutachtung der kommunalen Bebauungspläne (PAG und PAP) durch den Umweltminister sollen im Gesetz über die kommunale Flächennutzung eingefügt werden.
- Wir werden den Gemeinden einen Biodiversitätspakt mit dem Staat vorschlagen, um den Naturschutz auf kommunaler Ebene zu stärken.
- Das neue Naturschutzgesetz soll überarbeitet werden, um der Diversifizierung in der Landwirtschaft Rechnung zu tragen. Die landwirtschaftliche Aktivität muss zukunftsorientierter und flexibler definiert werden. Des Weiteren dürfen keine Einschränkungen bei der Anzahl an Wohnungen bei Aussiedlerhöfen gelten, solange es sich um die aktuellen, respektive früheren Betriebsleiter handelt (mehrere Generationen).
- Wir fordern den Schutz von landwirtschaftlich wertvollen Flächen.
- Die Themen der Jagd objektiv wird neu analysiert, dies nach wissenschaftlichen Kriterien.
- Die administrative Vereinfachung in den Verwaltungen soll vorangetrieben werden. Deshalb werden wir eine Anlaufstelle („Guichet unique“) schaffen, die sämtliche Behördengänge in Umweltfragen umfasst.
- Wir werden ein zeitgemäßes Waldgesetz ausarbeiten und verabschieden. Dieses muss den verschiedenen Funktionen des Waldes und der Wirtschaftlichkeit im Sinne der Nachhaltigkeit Rechnung tragen.
- Wir werden die regionale Weiterverarbeitung des Rohstoffes Holz stärker fördern.

AUF WISSEN ALS RESSOURCE SETZEN

8.1. Praxisorientierte Bildungspolitik

Unser Land befindet sich in einem bisher einzigartigen Wachstums- und Wandlungsprozess.

Bildung steht für die CSV an erster Stelle. Sie ist die zentrale Entwicklungsressource unserer Gesellschaft und soll jedem gleichermaßen zur Verfügung stehen. Wir sind allerdings gegen einen überhasteten Reformeifer. Die CSV möchte wieder für Ruhe im Bildungswesen sorgen. Das Land benötigt eine praxisorientierte Bildungspolitik.

Schulentwicklung geht nur partizipativ. Bildungspolitik geht nur zusammen mit den Betroffenen. In dem Sinne wird die CSV den Dialog der Schulpartner, einen regelmäßigen Austausch, institutionalisieren.

Schulautonomie ist wichtig, damit die Schulen selbst auf die unterschiedlichen Herausforderungen ihrer Schülerschaft reagieren können. Standardisierte Schüler-Evaluationen, welche für vergleichbare Bildungsniveaus sorgen und Projekte, welche im Rahmen der Schulautonomie umgesetzt werden, müssen systematisch evaluiert werden.

Die CSV setzt sich ein für Chancengerechtigkeit. Studien belegen, dass Kinder aus Familien mit einem niedrigeren sozio-ökonomischen Faktor schlechtere Aussichten auf schulischen Erfolg haben – und umgekehrt. Mit dieser Feststellung allein ist es aber nicht getan. Besonders soll darauf geachtet werden, dass Schulen in sozio-ökonomisch schwachen Gegenden oder Vierteln adäquat unterstützt werden. In enger Absprache mit den Lehrkräften und der Wissenschaft müssen für die Zukunft Lösungen erarbeitet werden, die allen Schülern die gleichen Chancen ermöglichen. Digitale Kompetenzen der Heranwachsenden müssen von Anfang an konsequent gefördert werden. Der Aufbau der entsprechenden Kompetenzen im Umgang mit den Technologien soll sich wie ein roter Faden durch alle Lehrstufen von der Grundschule bis zum Sekundarschulabschluss ziehen. Es muss ein pädagogisch-didaktisches Konzept zur Medienbildung in den Schulen ausgearbeitet werden. Dabei liegt der Fokus nicht nur auf dem Beherrschen von digitalen Fähigkeiten wie Programmieren, sondern auch auf der Fähigkeit des verantwortungsvollen Handelns in der digitalen Welt.

8.2. Grundschule

Der Lehrer ist im Bildungsbereich der entscheidende Faktor. Die Lehrer müssen fachlich und pädagogisch fit sein. Das Land braucht gute Lehrer, motivierte Lehrer und es braucht vor allem genügend Lehrer. Wir müssen den Beruf des Lehrers wieder attraktiver gestalten. Die Lehrer müssen wieder die Wertschätzung erfahren, die ihnen zusteht.

- Wir werden das Referendariat praxisgerechter gestalten. Dieses soll einer Art Coaching bei der praktischen Lehrarbeit gleichkommen und nicht als notwendiges Übel betrachtet werden.
- Wir werden den administrativen Aufwand reduzieren.
- Wir werden die neu geschaffenen Gremien und Posten auf ihre Effizienz hin analysieren und bei Bedarf Anpassungen machen.
- Wir werden die neu geschaffenen Möglichkeiten zur Ausübung des Lehrerberufes analysieren und eine breite Diskussion über den Lehrerberuf führen. Die Qualität des Unterrichts muss garantiert sein.
- Wir werden den Lehrkräften den für die Wissensvermittlung notwendigen Freiraum zurückgeben.

Die CSV bleibt davon überzeugt, dass die Schulleitung vor Ort in der Schule anwesend sein muss.

- Wir setzen uns für eine Professionalisierung des Schulkomitees bzw. für den Schuldirektor mit Weisungsbefugnis in der Grundschule ein.
- Der Schuldirektor muss für Lehrer, Schüler und Eltern vor Ort verfügbar sein. Die CSV schlägt vor, erste Erfahrungswerte des „Schuldirektors in der Schule“, der „seine“ Lehrer im täglichen Schulbetrieb unterstützt, im Rahmen eines Pilotprojekts zu sammeln.

Schulentwicklung vor Ort ist wichtig.

- Wir werden den „Plan de développement scolaire“ (PDS) einer präzisen Auswertung unterziehen und gegebenenfalls Anpassungen vornehmen. Eine gezielte Schulentwicklung benötigt Mittel und die notwendigen Instrumente.
- In Anlehnung an den Sekundarunterricht schlägt die CSV vor, mit der Einführung des „Projet d'établissement“ in den Grundschulen neue Wege zu beschreiten und zusätzliche Möglichkeiten zu öffnen.

Des Weiteren wird die CSV:

- die neu eingeführte Orientierungsprozedur einer eingehenden Analyse unterziehen und bei Bedarf anpassen;
- die „Bilans intermédiaires“ nachbessern und für die Eltern verständlicher erstellen;
- die Zusammenarbeit von Gemeinden und Bildungsministerium analysieren und bei Bedarf anpassen;
- die Schulkinder bereits ab dem Zyklus 1 an Themen aus den Bereichen Natur, Landwirtschaft, Technologie und Technik heranführen und alle Arten von Workshops zur Sensibilisierung der Kinder für die Kreislaufwirtschaft unterstützen. Wir werden die bereits bestehenden Initiativen fördern, koordinieren und ein Gesamtkonzept erarbeiten;
- die Kompetenz und die Kunst der Redegewandtheit der Schüler gezielter von der Grundschule bis in den Sekundarunterricht fördern und lehren. Sich sprachlich gut und richtig auszudrücken, ist eine Kompetenz, die sowohl im Berufs- als auch im Privatleben von höchster Bedeutung ist und deshalb einen höheren Stellenwert in der Schule haben sollte;
- die Zusammenarbeit zwischen „Maison relais“ und Grundschule optimieren. Die Hausaufgabenhilfe soll gemeinsam organisiert werden und für die Kinder kostenlos sein. Weiterführende Überlegungen zu Hausaufgabenhilfe und Stützkurse sind dringend angebracht. Wir werden verschiedene Formen der engen Zusammenarbeit zwischen Schule und „Maison relais“ in Pilotprojekten testen.
- Wir werden die bestehenden Reglementierungen betreffend die Gebäudeplanung und deren Nutzung durch Betreuungsstrukturen und Schulen harmonisieren.
- die Zusammenarbeit zwischen den „Maison relais“ und Sport- und Kulturvereinen fördern;
- die Betreuung der Kinder mit spezifischen Bedürfnissen („à besoins spécifiques“) mithilfe adäquater Instrumente auswerten und den Zugang zu etwaigen spezifischen Beihilfen für betroffene Familien vereinfachen;
- die aktuelle Gesetzgebung zur Betreuung der Kinder mit spezifischen Bedürfnissen evaluieren und bei Bedarf anpassen. Der Zugang zu den notwendigen spezifischen Beihilfen muss vereinfacht und verbessert werden.

8.3. Sekundarunterricht

Schule ist mehr als reines Fachwissen vermitteln

Die Schule muss sich von ihrem Dogma entfernen, sich auf reine Wissensvermittlung zu konzentrieren. Einerseits muss den Schülern zwar weiterhin grundlegendes Wissen vermittelt werden, doch verliert reines Fachwissen zusehends an Bedeutung. Schlüsselqualifikationen hingegen werden immer wichtiger. Die Schüler müssen befähigt werden, sich selber Wissen anzueignen, Probleme zu erkennen, zu lösen und innovative Ideen zu entwickeln.

Vor diesem Hintergrund sollen die Lehrpläne künftig laufend überarbeitet werden, die jeweilige pädagogische Herangehensweise soll an die veränderten Bedürfnisse angepasst werden.

Fächerübergreifende Projekte sollen gezielt gefördert werden. Initiativen im Bereich „Entrepreneurship“ werden unterstützt.

- Wir werden der Orientierung einen höheren Stellenwert zuerkennen. Sogenannte Berufsfindungstests werden verallgemeinert, und Praktika sollen künftig auch im klassischen Sekundarunterricht eingeplant werden.
- Wir wollen den Unternehmergeist sowie die betriebswirtschaftlichen Kompetenzen der Schüler stärker fördern, in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft.
- Wir wollen die MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) stärken.
- Wir werden Maßnahmen treffen, die eine regelmäßige Auswertung der Lehrpläne, der methodischen Hinweise, der angewandten Didaktik ermöglichen.

- Wir werden das sogenannte „Régime préparatoire“ aufwerten, dies nach einer entsprechenden Analyse.
- Die CSV wird das Referendariat der Sekundarschullehrer an den Bedarf anpassen. Die angehenden Lehrer sollen Erfahrung in den unterschiedlichen Schultypen erlangen.
- Die CSV will die aus den sogenannten iPad-Schulklassen gewonnenen Erfahrungswerte evaluieren. Methodenvielfalt, digitale Kompetenzen werden gezielt gefördert. Die Lehrpläne müssen entsprechend angepasst werden, didaktisches Material muss entwickelt werden. Die ersten Informatiksektionen (sections I) sollen evaluiert und gegebenenfalls auf andere Schulen ausgeweitet werden.
- Wir werden das neu geschaffene Fach „Vie et société“ (Viso) evaluieren und die Inhalte anpassen. Die Erziehung zum verantwortungsvollen Bürger soll im Mittelpunkt stehen. Die Zusammenarbeit mit dem „Zentrum für politisch Bildung“ wird ausgebaut. Ein „Solidaritätspraktikum“ soll ins Auge gefasst werden. Solidaritätsaktionen werden gezielt unterstützt.
- Wir werden das Gesetz über die Privatschulen einer Reform unterziehen und den aktuellen Bedürfnissen anpassen.
- Mit Blick auf eine Berufswelt, wo nur wenige über ihre ganze aktive Zeit der gleichen Beschäftigung nachgehen können/wollen, ist mit den Schulpartnern zu überprüfen, wie das jetzige System, was auf frühzeitige Spezialisierung setzt, offener und flexibler gestaltet werden kann.
- Wir werden verstärkt Projekte mit Fachpersonal ausbauen, die gegen körperliche Gewalt und Mobbing in den Schulen tätig sind.

8.4. Berufsausbildung

Die Berufsausbildung ist von nahezu unschätzbare Wichtigkeit für die nationale Wirtschaft und den Arbeitsmarkt. Entsprechend notwendig ist es, dass in diesem Bildungsbereich endlich Ruhe einkehrt. Im Interesse einer bestmöglichen Unterstützung der zuständigen Bildungseinrichtungen sollen die entsprechenden Strukturen im Ressortministerium auf ihre Angemessenheit hin überprüft und gegebenenfalls angepasst werden.

Wir werden das Orientierungsangebot für die Schüler im Hinblick auf die Berufe der Zukunft sowie die Entwicklungen im informatischen und naturwissenschaftlichen Bereich anpassen.

Die CSV wird die Berufsausbildung aufwerten und ihr den gesellschaftlichen Stellenwert geben, den sie verdient. Deshalb wollen wir:

- das vorliegende Gesetzesprojekt mit allen Partnern diskutieren und falls notwendig Anpassungen vornehmen;
- eine Evaluation der Reform, sowie des Promotionssystems vorsehen;
- analysieren, welche Berufsbilder in naher Zukunft benötigt werden, diese regelmäßig den Gegebenheiten anpassen und entsprechende Ausbildungsmöglichkeiten aufbauen;
- das Berufsausbildungsangebot in der Großregion analysieren und ausbauen;
- die Möglichkeit der Aufwertung des „Bac technique“ (13e techniciens) durch die Einführung einer spezifischen Karriere (technischer Redakteur) im öffentlichen Dienst prüfen;
- im Rahmen der BTS-Kurse eine berufsbegleitende Lehre einführen;
- das Angebot an berufsbezogenen „Bachelor“ nach eingehender Analyse ausweiten;
- die Meisterprüfung einer Reform unterziehen;
- das System der Anerkennung von Berufserfahrung („Validation des acquis de l'expérience“ – VAE) praxisgerechter gestalten;
- das Referendariat für Fachlehrer praxisnaher gestalten, und somit die Attraktivität des Berufes erhöhen.

8.5. Lifelong learning

Wir werden die nationale Strategie des „Lifelong learning“ endlich umsetzen, deshalb werden wir eine Akkreditierungsagentur für das „Lifelong learning“ einführen. Darüber hinaus hält die CSV eine parallel dazu stattfindende, permanente Auswertung des Weiterbildungsangebots - mit entsprechender Anpassung im Bedarfsfall - für angebracht. Wir werden die Gesetzgebung zur Finanzierung der Weiterbildung überarbeiten.

8.6. Sprachenunterricht und Lehrpläne

Mehrsprachigkeit als Chance nutzen

Unsere Mehrsprachigkeit ist ohne Zweifel ein wichtiger Vorteil. Sie ist allerdings auch eine große Herausforderung und für viele Schüler eine unüberwindbare Hürde. Der Sprachenunterricht soll daher angepasst werden.

Sprache soll sozialen Zusammenhalt fördern

Die CSV wird die luxemburgische Sprache, als gemeinsame Sprache der Heranwachsenden, sowie die luxemburgische Kultur, Geschichte und Geografie, in der Schule verankern – im Interesse der Integration und des sozialen Zusammenhalts.

- Wir werden die luxemburgische Sprache ab dem Zyklus 1 konsequent fördern. Die CSV wird die eingeführte mehrsprachige Ausrichtung des Zyklus 1 in der Grundschule auf den Prüfstand stellen.
- Wir werden mit Hilfe von wissenschaftlich erprobten Methoden die Basis für das spätere Sprachenlernen legen. Zu diesem Zweck soll spezifisches didaktisches Material ausgearbeitet werden.
- Im Sinne der Chancengerechtigkeit tritt die CSV für ausreichende Kapazitäten für alle Kinder in der Früherziehung („Enseignement précoce“) in den Gemeinden ein. Jedes Kind soll an jedem Ort des Landes die Möglichkeit haben, die Früherziehung täglich zu besuchen. Zu diesem Zweck soll eine breit angelegte Diskussion mit den Gemeinden geführt werden.
- Die Lehrpläne, sowie die Unterrichtsmethodik und -didaktik der Zyklen 2.1 bis 4.2 werden auf den Prüfstand gestellt und gegebenenfalls angepasst.
- Auch im Sekundarunterricht wird der Sprachenunterricht angepasst. Ein vielfältiges Angebot an unterschiedlichen Schulen, an internationalen Ausbildungen alleine kann nicht die Lösung sein. Als CSV stehen wir für starke öffentliche Schulen mit einem vergleichbaren Leistungsangebot in allen Teilen des Landes, um allen jungen Menschen vergleichbare Chancen zu eröffnen.
- Wir werden den Sprachenunterricht in unseren öffentlichen Lyzeen hinsichtlich der angewandten Unterrichts-, Evaluationsmethoden und Lehrpläne analysieren und mit dem Ziel, die Fremdsprachenvermittlung insgesamt flexibler zu gestalten, anpassen. Für den Schüler werden Wahlmöglichkeiten geschaffen.
- Wir werden das Erlernen der englischen Sprache bereits ab der 7. Klasse einführen.
- Wir werden den Bedarf an internationalen Klassen evaluieren und das Angebot anpassen.

8.7. Bildung, Forschung, Innovation

Luxemburg als Spitzenstandort

Die CSV wird die Luxemburger Hochschul-, Forschungs- und Innovationslandschaft konsequent unterstützen und Luxemburg als internationalen Spitzenstandort für Bildung, Forschung und Innovation ausbauen.

Unser Know-how in Hochschule, Forschung und Innovation werden wir verstärkt verzahnen und abstimmen. Mit diesem Wissensdreieck wollen wir unser Wirtschaftswachstum nachhaltig steigern. Die Zusammenarbeit zwischen der Unternehmerwelt, sprich den Betrieben auf der einen Seite und der Hochschule und der Forschung auf der anderen Seite, soll gezielt gefördert werden.

Die CSV wird die Attraktivität Luxemburgs für Schüler und Studierende weiter steigern.

Deshalb werden wir:

- Studenten und jungen Forschern ein attraktives Angebot an Wohnungen und Wohnkonzepten zur Verfügung stellen;
- die Universität Luxemburg frühzeitig als internationale Hochschule mit online Studienmodellen positionieren („UniLu goes digital“);
- digitales Lernen und Lehren ausbauen; wir brauchen mehr Informatikabsolventen;

- die Medizinausbildung (Bachelor) in enger Zusammenarbeit mit den Universitäten der Nachbarländer aufbauen. Ziel muss es sein, den Studenten ein Masterstudium an anerkannten ausländischen Universitäten zu ermöglichen;
- Luxemburg zu einem führenden Akteur im Bereich Biomedizin machen; dafür muss die Uni.lu angeregt werden, Studiengänge in diesem Bereich anzubieten.

Leistung soll honoriert werden. Deshalb werden wir eine „Bourse d'excellence“ einführen.

Unsere Luxemburger Hochschullandschaft soll sich qualitativ hochwertig entwickeln. Geeignete Akkreditierungsbestimmungen für private Hochschulen in Luxemburg werden erarbeitet. Die verschiedenen Ausbildungsbereiche der Uni.lu werden ebenfalls akkreditiert.

Forschung und Innovation – wichtige Pfeiler für unsere Entwicklung

Für die CSV müssen Forschung und Wirtschaft erfolgreich verzahnt werden. Es geht in erster Linie darum, Kooperationen zwischen Hochschule, Forschung und Wirtschaft verstärkt zu identifizieren und in ihrer Umsetzung zu begleiten. Kompetenzzentren als öffentlich-private Partnerschaften sollen konsequent aufgebaut und gefördert werden.

- Wir brauchen eine verstärkte Vernetzung und Zusammenarbeit von Luxinnovation, FNR, Inkubatoren, Wirtschaftskammern und dem Institut für geistiges Eigentum.
- Klein- und mittelständige Betriebe aus Landwirtschaft, Handel, Handwerk, Industrie und Dienstleistungsbereich sollen verstärkt in ihren Innovationsbestrebungen unterstützt werden, gezielt durch sowohl öffentliche Einrichtungen (Innovationsvoucher) als auch durch Kompetenzzentren im Ausland. In den verschiedenen Forschungszentren werden zu diesem Zweck sogenannte „cellules PME“ als Ansprech- und Vermittlungspartner eingerichtet.
- Internationale Kooperationen werden durch verstärkte Beteiligung an EU/ESA Forschungsprogrammen („Competitive Funding“) gefördert.
- Wir werden Anreize schaffen für Forscher und Unternehmensgründer, die Forschungsideen in marktfähige Produkte umsetzen.

Wissenschaft und Forschung sollen ebenfalls als Impulsgeber für die großen Herausforderungen unseres Landes dienen. Und dies in den Bereichen Landesplanung, Umwelt, Digitalisierung, Mehrsprachigkeit, Mobilität usw.

Die Evaluierung vom Verhältnis Input/Output wird sowohl für öffentliche als auch für private Forschung verbessert.

8.8. Digital Luxembourg

Vor zehn Jahren tätigte die damalige CSV-Regierung richtungsweisende Investitionen in Breitband-Infrastruktur, diese stellt heute die Grundlage unseres internationalen IT-Standortes dar. Luxemburg wurde zum digitalen Frontrunner. Digitalisierung verändert zusehends unser Leben und unser Zusammenleben. Es ist daher unsere Aufgabe, sicher zu stellen, dass Digitalisierung für alle eine positive Entwicklung ermöglicht.

Der digitale Wandel bedeutet eine enorme Chance. Unsere Innovationspolitik begrenzt sich daher nicht nur auf Start-up-Förderung von Nischen-Technologien. Wir wollen auch Industrie, Agrikultur und Finanzdienstleister zukunftsweisend auf neuen Wegen begleiten. Ob es um digitale Patienten-Akten, Online-Behördengänge oder digitale Möglichkeiten für Arbeitssuchende geht: Es gibt kaum einen Bereich der Regierungspolitik der nicht von Digitalisierung betroffen ist.

- Die Initiative „Digital Luxembourg“ liefert wertvollen Aktionsraum für das vernetzte Arbeiten der Ministerien. Doch wir wollen Digital Luxembourg verbreitern, indem wir zum Beispiel das Hochschulausbildungs- und Forschungs-Ministerium sowie das Bildungs-Ministerium und das Arbeitsministerium zu einem integralen Teil der Digital-Luxembourg-Strategie machen. In diesem breiteren Format kann Digital Luxembourg seine Rolle als neutraler Unterstützer innovativer Projekte noch besser spielen.
- Wir wollen nicht digitalen Buzzwords hinterherrennen, sondern im Austausch mit Luxemburgs Forschungs-Landschaft, Startup-Community und Industrie-Größen die Nischen identifizieren, die Sinn machen für eine hochmoderne Wirtschaft. Als Schnittstelle zwischen öffentlichem Sektor und privater Initiative muss „Digital Luxembourg“ eine

neutrale Rolle spielen, um Technologie-Themen wie künstliche Intelligenz, Daten-Infrastruktur oder Blockchain-Technologie voranzutreiben

Privatsektor und öffentliche Träger Hand in Hand

Wir wollen den „Digital-Luxembourg-Protagonisten“ zudem weitere zentrale Missionen zuweisen:

- Sie sollen intensiver „Public-Private Partnerships“ identifizieren und entwickeln. Eine enge Zusammenarbeit mit internationalen und nationalen Spitzen-Unternehmen ist wichtig, um Cluster-Effekte für Luxemburgs IT-Standort zu stärken.
- Im engen Austausch mit Unternehmen soll das Thema „digitale Kompetenzen“ weitaus mehr unterstützt und entwickelt werden. Um Luxemburgs IT-Fachkräftemangel entgegen zu wirken, müssen sowohl mehr IT-Spezialisten ausgebildet werden, wie auch Coaches, die solche Spezialisten ausbilden können. Digitales Leadership und praxis-orientierte Tech-Ausbildung sollen jedem Arbeitnehmer zur Verfügung stehen; bestenfalls in einer festen Struktur.
- Gleichzeitig dürfen gesellschaftliche Themen der Digitalisierung nicht zu kurz kommen. Eine rein wirtschaftliche Ausrichtung des digitalen Wandels wird auf kurz oder lang nicht klappen. Es bedarf einer Gesellschafts-Vision. Deshalb bedarf es eines neutralen Forums in dem auch gesellschaftliche Konsequenzen der Digitalisierung, z. B. in den Bereichen künstliche Intelligenz, „Fake-News“ auf Online-Plattformen oder Veränderung des Arbeitsmarktes, konstruktiv begleitet werden können. Digitalisierung soll das Leben der Menschen lebenswerter machen, statt neue Probleme zu schaffen.
- Wir wollen Luxemburg eine überschaubare und kompetitive Daten-Politik mit entsprechender Gesetzgebung geben, die fest in dem neuen Datenschutz-Paradigma verankert ist und nicht nur multinationalen Unternehmen in die Karten spielt. Auch unsere Start-up sollen vom Wachstums-Potential datenbasierter Wirtschaft profitieren und neue Geschäftsmodelle entwickeln.

Im Jahr 2018 reicht es nicht aus, digitale Standortpolitik zu machen, es braucht eine breitere Vision. Digitale Politik ist nicht einfach ein Thema unter vielen, sondern muss von jedem Ministerium, jeder Verwaltung mitgetragen und mitgestaltet werden – nur so können wir sicherstellen, dass wirklich jeder die neuen digitalen Chancen wahrnehmen kann. Wir wollen uns auf das Wesentliche konzentrieren: auf vernetztes Arbeiten, ob im Regierungsrat oder in der interministeriellen Arbeitsgruppe, um aktuelle und neue Prioritäten dynamisch anzugehen; auf innovative projektorientierte Zusammenarbeit als neue Arbeitsmethode auch im staatlichen Dienst.

Spitzenreiter in Sachen Konnektivität bleiben

Luxemburg war bis dato ein Frontrunner bei Investitionen in Infrastrukturen im ICT-Bereich. Das Land ist weltweit im Spitzenpeloton in Sachen Konnektivität. Das muss so bleiben.

- Wir werden weiterhin in die Daten- und Kommunikationsinfrastrukturen investieren.
- Neue Technologien früh erkennen und Infrastrukturen anpassen bleibt für uns eine Maxime.
- Luxemburg ist ideal positioniert, um ein Testfeld für 5G-Technologie zu werden. Wir werden eine 5G-Strategie ausarbeiten und diese zügig umsetzen.

8.9. Kultur ist Vielfalt

Kultur ist die Seele einer Nation. Sie ist gleichbedeutend mit Kreativität und Innovation und ist grundlegend für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft. Kultur hat eine gesamtgesellschaftliche Bedeutung. Kultur trägt zur Identitätsbildung bei.

Wir setzen auf Professionalisierung bei Künstlern und Kulturschaffenden

Für die CSV ist Kultur von öffentlichem Interesse. Unser Land braucht die Kultur- und Kulturschaffenden. Und die Kultur- und Kulturschaffenden brauchen ein Umfeld, das passt und professionell funktionieren kann. Doch die Bedingungen zur Ausübung ihrer Berufung sind nicht einfacher geworden.

Die CSV will die Unterstützung und soziale Absicherung von Kultur- und Kreativschaffenden stärken. Deshalb muss:

- das Gesetz über das Künstlerstatut zusammen mit den Kulturschaffenden erneut überarbeitet werden;
- Music:LX nach und nach zu einer Agentur oder Zentrum für sämtliche Kulturdisziplinen ausgebaut werden, um die Künstler auf internationalem Parkett zu unterstützen;
- eine „Aide à la diffusion“ eingeführt werden;
- die „Mobilitätsbeihilfe“ ausgedehnt und verallgemeinert werden.

Wir sind ferner für eine spezifische Beihilfe zwecks „Anschubfinanzierung“ der professionellen jungen Kreativen und neueren professionellen Truppen durch die Gründung einer Art „Fonds d'aide au démarrage“; die Übernahme der Arbeitgebernebenkosten („Charges patronales“) während einer bestimmten Zeitdauer ist dabei eine Fördermöglichkeit.

- Kulturhäuser und -zentren sollen Künstlerresidenzen anbieten und dabei vom Staat finanziell unterstützt werden;
- Die regionalen Kulturzentren sollen gleichbehandelt und nach festgelegten Kriterien unterstützt werden.
- Es sollen vermehrt Infrastrukturen (Ateliers, Probemöglichkeiten usw.) geschaffen werden, auch in Zusammenarbeit mit den Gemeinden.
- Die Möglichkeiten eines reduzierten TVA-Satzes für künstlerisches Schaffen sowie einer Vereinfachung der Einkommenssteuerbestimmungen für ausländische Aufführungen sollen analysiert werden.
- Ein Gesetz über Mäzenatentum mit verbesserten steuerlichen Anreizen soll ausgearbeitet werden.

Die CSV schlägt ebenfalls vor, einen regelmäßigen Austausch mit internationalen Kuratoren und Agenten sowie der überregionalen Kulturpresse zu organisieren, um so die luxemburgische Kunst- und Kulturszene zu promovieren.

Für die CSV ist ein neues Nationalarchivgebäude eine absolute Notwendigkeit. Die Umsetzung des neuen Archivgesetzes soll eng begleitet werden, sowie die Schulung der Anwender mit besonderem Augenmerk auf deren Qualifizierung.

Wir streben aktiv eine Lösung der Frage der Museumsdepots und Lagerräumlichkeiten an.

- Wir stehen der Idee einer Nationalgalerie positiv gegenüber. Diesem Projekt muss unbedingt ein kohärentes und integratives Konzept zur Ausstellung einheimischer Künstler zu Grunde liegen. Dies zusammen mit Arbeits- und „Start-up“- Räumen für Kulturberufe und Kreativwirtschaft. Auf dieser Basis werden wir analysieren, ob dies in den Räumlichkeiten des früheren Jesuitenkollegiums eingerichtet werden kann.
- Der Staat muss weiterhin eine Ausstellungsmöglichkeit für aufstrebende Künstler an zentraler Stelle zur Verfügung stellen.
- Die Export- und Darstellungsstrategie der Luxemburger Autoren und des Luxemburger Buches wird zusammen mit allen Akteuren der Buchkette überarbeitet. Ziel ist die kohärente Förderung luxemburgischer Literatur und des Buches.
- Die Kulturelle Mediation muss ausgebaut werden.
- Unsere Kulturinstitutionen müssen vermehrt Aufträge und Residenzen an Künstler vergeben. Dies ist eine ihrer wichtigen Missionen. Um ihre Aufgaben wahrnehmen zu können, müssen ihnen verstärkt Mittel zur Verfügung stehen.

Die professionelle Arbeit der konventionierten Kulturvereinigungen und -strukturen muss in einem dezenten Finanzrahmen ausgeübt werden können. Auch ihre Mission beinhaltet Förderung und Professionalisierung der Künstler der jeweiligen Disziplinen.

Digitalisierung, sowie Projekte in den Bereichen der „Virtual Reality“ und der „Augmented Reality“ spielen in Kunst und Kultur eine zunehmend wichtige Rolle. Dieser neuen Herausforderung muss das Land sich bei seiner Förderpolitik stellen.

Die Filmindustrie in Luxemburg hat sich stark entwickelt. Sie ist zu einem echten Wirtschaftszweig geworden und hat dem Land in Sachen Image geholfen, sich als offener und multikultureller Standort darzustellen. Der Filmfund ist ein wichtiges Instrument, dessen Gesetz und Organisation nach fast 30-jähriger Existenz analysiert, bewertet und entsprechend angepasst werden muss. Wir wollen die Entwicklung dieses Sektors weiter begleiten.

Kultur wird im Alltag unterstützt

Zeitgenössische Literatur des Landes gehört an den Schulen, also in den Lehrprogrammen, des Landes behandelt. Entsprechend sollen Autoren und Künstler diverser Disziplinen selbst in den normalen Unterricht eingebunden werden. Auch in den Kindertagesstätten, den Kindergärten, Altersheimen und Flüchtlingsstrukturen usw. soll das Zusammensein mit Kultur und Künstlern verstärkt ermöglicht und finanziert werden.

- Die CSV will Medien- und Kulturerziehung in den Schulprogrammen ausbauen.
- Das Gesetz zur Finanzierung des Musikunterrichtes muss überarbeitet werden; die musikalische Basisausbildung soll obligatorisch von den Gemeinden angeboten werden, mit vereinheitlichten Einschreibgebühren. Gleichzeitig soll das Personalstatut an den Musikschulen überarbeitet werden.
- Wir brauchen einen verantwortungsvollen Umgang mit unserem Kulturerbe. Präventiver Schutz für Bauten und Archäologie muss verstärkt werden. Ein neues Denkmalschutzgesetz soll in der kommenden Legislaturperiode in Kraft treten. Dem Zusammenspiel von „Aménagement communal“ und Denkmalpflege kommt eine wichtige Rolle zu. Dem unnötigen Verbrauch grauer Energie muss Einhalt geboten werden. Qualitative Architektur muss gefördert werden, denn sie macht unsere Ortschaften lebenswerter.
- Historische Dorfkerns müssen erhalten bleiben, um Kulturgut nicht unwiederbringlich zu zerstören. Wir wollen keine seelen- und identitätslosen Dorfmitten, die Integrationsfern wirken. Wir müssen vielmehr Zusammenleben und Lebensqualität fördern.
- Die CSV will ein Konzept zur Pflege und Unterstützung von Luxemburgs Unesco-Welterbeauszeichnungen. Auch das Europäische Kulturerbe, wie momentan Schengen, kann hier eingebunden werden. Ein „Steichen-Trail“ und Konferenzen über die Friedensnachricht der von Edward Steichen kuratierten „Family of Man“-Ausstellung sollen dieses wichtige Unesco-Weltgedächtniserbe ergänzen.

Wir unterstützen das Projekt Europäische Kulturhauptstadt Esch 2022 und Umgebung. Die Gebläshalle in Belval wird erhalten werden und der Organisationsstruktur von „Esch 2022“ zur Verfügung gestellt werden.

- Die regionale Kulturanimation spielt ihre Rolle in den Regionen, auch zur Unterstützung der Gemeinden und des kulturellen Geschehens in den Regionen und den Gemeinden.
- Das Gesetz über die öffentlichen regionalen Bibliotheken bedarf einer Analyse besonders im Hinblick auf die Auflagen für die regionalen Bibliotheken. Luxemburg braucht neue regionale Bibliotheken. Deshalb muss der Staat eine Anreizförderung und erhöhte Beihilfen in den ersten Jahren vorsehen.
- Regionale Projekte zur Erhaltung der Industriekultur müssen gefördert und finalisiert werden.
- Das Haus der Großregion gehört nach Schengen. Ihre Namensgebung könnte sich davon inspirieren. Die kulturellen Zusammenarbeiten in der Großregion sollen außerdem neuen Auftrieb bekommen. Luxemburg soll dabei Motor und Impulsgeber sein.

Die CSV schlägt vor, einen Beauftragten für Interkulturalität einzusetzen. Die Integrationskraft der Kultur und die kulturelle Vielfalt sollen so besser wahrgenommen werden.

Besonderes Augenmerk wird auf die Zugänglichkeit der Kultur gelegt. Jede Person muss unabhängig von ihrer sozialen Herkunft Zugang haben. Kultur muss auch Menschen mit einer Behinderung zugänglich sein.

Eine Charta der luxemburgischen Sprache

Die CSV unterstreicht die Wichtigkeit einer Charta der luxemburgischen Sprache. Diese muss schnellstmöglich ausgearbeitet werden. Alle wesentlichen Akteure müssen bei dieser Initiative eingebunden werden.

- Kulturförderung- und Subventionierung bedarf klarer Spielregeln. Die CSV wird die entsprechenden Bestimmungen überprüfen und Gouvernance-Regeln anpassen.

Wir werden aus dem Vorschlag eines Kulturentwicklungsplanes, der im Herbst 2018 vorliegen soll, einen politischen Aktionsplan herauschälen und Schritt für Schritt umsetzen.

- Aus den Kulturassisen soll ein regelmäßiger Austausch und Dialog zwischen Kultur- und Kreativschaffenden einerseits sowie Politik und Verwaltung andererseits werden. Gegebenenfalls soll ein vom Sektor bestimmter Rat als Ansprechpartner für die Politik eingesetzt werden.

Luxemburg als Kulturnation

Luxemburg soll als Kulturnation dargestellt werden und als solche in die nationale Strategie der Promotion unseres Landes integriert werden.

STARKES EUROPA IST UNSERE BESTE PERSPEKTIVE

9.1. Außenpolitik

Luxemburg soll seine Außenpolitik so gestalten, dass es die großen Kompetenzen und Energien des Landes konzentriert, um seine Interessen zu verteidigen und seiner Stimme in der Welt Gehör zu verleihen.

Als kleines Land besitzt Luxemburg nicht die notwendigen Kapazitäten, um auf sämtlichen Schauplätzen eine wichtige Rolle zu spielen. Die CSV wird jedoch dafür sorgen, dass Luxemburg seine bisher starke Rolle als Mittler und „Go Between“ wieder herstellen und weiter ausbauen kann.

- Unsere diplomatischen Netzwerke müssen enger miteinander verknüpft werden. Dies gilt sowohl für den Bereich Wirtschaft als auch Entwicklungspolitik.
- Als kleines Land muss sich Luxemburg auf den Multilateralismus konzentrieren. Damit haben wir als Land und Partner am meisten zu gewinnen. Die CSV wird dies tun.

9.2. Europapolitik

Für eine Politik die den Bürger schützt und den internationalen Stellenwert der EU stärkt

Die CSV ist eine resolut pro-europäische Partei und wird dazu beitragen, dass sich die EU positiv entwickelt, dies im Sinne der Mitgliedstaaten, also auch Luxemburgs.

- Luxemburg soll erneut an seine starke europäische Politik anknüpfen und sein Gewicht in europäischen Entscheidungen wiedererlangen und ausbauen.
- Wir wollen der Diplomatie der Kurzsichtigkeit und der Impulsivität ein Ende setzen, um erneut die strategischen Interessen unseres Landes innerhalb der Europäischen Union geschickter durchzusetzen, ohne dabei das große Ganze aus den Augen zu verlieren.

Luxemburg war oftmals in seiner Geschichte die treibende Kraft der EU-Integration. Diesen Stellenwert muss sich unser Land erneut erarbeiten.

Für ein gemeinschaftliches, starkes und einflussreiches Europa

Von Europa erwartet der Bürger, dass seine Sorgen und Bedürfnisse ernst genommen werden.

- Die CSV wird sich für den Ausbau und die Stärkung eines barrierefreien Binnenmarktes einsetzen, sowohl in klassischen als auch im finanziellen und im digitalen Bereich. Nur so können Wachstum und Beschäftigung abgesichert werden, insbesondere in Interesse der heranwachsenden Generation.
- Für die CSV gehören Ausbau der Forschungszusammenarbeit, Verstärkung der Umweltwirtschaft, Kampf gegen Sozialdumping und Armutsbekämpfung zu den Hauptaufgaben in diesem Kontext.

Im internationalen Handelsbereich steht es Europa gut an, seine Positionen weiterhin auszubauen, klare Regeln als Basis für fairen Handel zu schaffen und weltweit zum selbstbewussten „Standard Maker“ zu werden.

Im Bereich der digitalen Wirtschaft muss Europa weiterhin seine Führungsrolle in Forschung und Innovation stärken, die privaten Investitionen fördern und den Jugendlichen die Gründermentalität näherbringen.

Der Bürger muss sich in Europa sicher fühlen können. Wir wollen ein Europa, das beschützt.

Dem Terrorismus und der organisierten Kriminalität muss mit einer konsequenten und koordinierten Europapolitik entgegengewirkt werden, dies sowohl im Bereich des Informationsaustausches wie der europäischen Strafverfolgung.

- Die CSV steht der Verstärkung der Anti-Terroreinheit bei Europol positiv gegenüber.
- Die CSV will die Zusammenarbeit auf der Ebene von Polizei, Justiz und Sicherheitsdiensten innerhalb der EU im Allgemeinen und im Schengen-Raum im Besonderen weiter intensivieren.
- Die CSV befürwortet eine koordinierte EU-Sicherheitspolitik, die mittel- bis langfristig in die Schaffung einer europäischen Armee münden sollte.
- Kurz- und mittelfristig steht die CSV für eine Vertiefung der ständigen Zusammenarbeitsstrukturen (PESCO), eine Investitionserhöhung in der Forschung sowie die gemeinsame Anschaffung von Militärausrüstungen und die Schaffung einer gemeinsamen Einsatztruppe.
- Die CSV steht auch für die Schaffung einer europäischen Cyber-Verteidigung.

Angesichts der anhaltenden Flüchtlingskrise wird die CSV sich einsetzen für eine Anpassung der europäischen Asylverfahren.

- Wir stehen für eine Reform der Asylgesetzgebung (Dublin III) genauso wie für finanzielle Hilfe im Interesse jener Regionen, die Asylbewerber aufnehmen. In diesem Kontext stehen wir einer Reform der Regional- und Strukturfonds zur Förderung der Solidarität positiv gegenüber.
- Die CSV wird sich für den Abschluss weiterer Kooperationsabkommen, einschließlich Rückkehrkriterien für Personen, die keine Aufenthaltsgenehmigung bekommen, einsetzen.

Die Europäische Union muss weiter gestärkt werden. Europa muss fähig sein, sich zu reformieren und weiter zu entwickeln. Dafür steht die CSV.

Wir wollen ein soziales und nachhaltiges Europa

Der europäische Integrationsprozess beruht auf gemeinsamen Werten und Standards, die uns verbinden. Diese Werte und Standards sind unverzichtbar.

Wir stehen für Grundrechte und den Rechtsstaat, die es zu verteidigen gilt.

Soziale und umweltpolitische Aspekte müssen weiterhin eine wesentliche und zentrale Rolle spielen, wenn es in Europa um Regulierung des Binnenmarktes und Investitionsprojekte geht. Wir sind Garant für ein soziales und nachhaltiges Europa.

Die CSV wird die Einführung eines Programms zur Funktionsfähigkeit der EU und der europäischen kulturellen Vielfalt oder dessen Integration in Schulen fördern. Dies könnte auf den Errungenschaften des Programms „EP Ambassador School“ basieren.

9.3. Kooperationspolitik

Kooperationspolitik bleibt ein fundamentaler Pfeiler Luxemburger Außenpolitik

In einer globalen Welt muss auch gegen ferne Krisen und Probleme von Unterentwicklung, Klimawandel, Ungleichheit sowie soziale und politische Krisen global und vernetzt gehandelt werden. Eine auf solidarischen Vorgaben und friedensorientierten Zielen beruhende Entwicklungs- und Kooperationspolitik bleibt für die CSV ein fundamentaler Pfeiler Luxemburger Außenpolitik. Dabei muss an dem bisherigen finanziellen Engagement festgehalten und auf die bisher gemachten Erfahrungen aufgebaut werden, um weiterhin ein glaubwürdiger und kohärent agierender Akteur im Interesse einer globalen nachhaltigen Entwicklungspolitik zu bleiben.

- Luxemburgs jährlicher Beitrag zur Entwicklungspolitik in Höhe von 1 Prozent des BNP wird beibehalten.
- Wir werden Produkte aus fairem Handel fördern und Kriterien des fairen Handels bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen berücksichtigen.
- Die Menschenrechte gelten weltweit und müssen auch in den globalen Liefer- und Wertschöpfungsketten geschützt werden. Sollte sich im Zuge des nationalen Aktionsplans eine Selbstverpflichtung der Unternehmen nicht als wirksam erweisen, werden wir die Verantwortung der Unternehmen zur Wahrung der Menschenrechte gesetzlich verankern und überprüfbare Standards ihrer Sorgfaltspflicht festlegen.

Starkes Engagement, begrenzte Zahl von Partnerländern

Die CSV will an einer begrenzten Zahl von Partnerländern festhalten wie auch an dem bisherigen Modell der Kooperation mit nichtstaatlichen Organisationen, die es über das Netzwerk unserer diplomatischen Missionen bei der Beschaffung europäischer und internationaler öffentlicher Mittel zusätzlich aktiv zu unterstützen gilt.

- Die Subsidiarität bleibt für die CSV fundamentales Prinzip bei der Umsetzung Luxemburger Entwicklungspolitik. Diese sollte insbesondere Projekten unter der Vorgabe der Hilfe zur Selbsthilfe und zur Optimierung der „bonne gestion de l'Etat“ vor Ort zu gute kommen.
- Die Zusammenarbeit durch u.a. Nicht-Regierungsorganisationen (ONGs) wird weitergeführt und noch effizienter gestaltet.
- Luxemburg sollte sein sektorales und thematisches Wissen und seine operativen Fähigkeiten stärker einsetzen, um weitere Führungs- und Koordinationsaufgaben insbesondere bei EU-finanzierten Programmen und Projekten zu übernehmen, und so seinen Einfluss auf der Ebene globaler internationaler Entwicklungspolitik zu steigern.
- Kooperationspolitik kann durch Wirtschaftspolitik sinnvoll begleitet werden.
- Die luxemburgische Entwicklungsagentur (Lux-Development S.A.) soll reformiert und aufgewertet werden.

9.4. Verteidigung

Auch weiterhin ein verlässlicher internationaler Partner und Verbündeter

Luxemburg wird auch weiterhin seinen Beitrag als verlässlicher internationaler Partner und Verbündeter im Bereich Verteidigung leisten. In diesem Zusammenhang müssen die nötigen personellen und strukturellen Anpassungen erfolgen, damit die luxemburgische Armee ihren Verpflichtungen, vor allem auf Nato-Ebene, nachkommen kann.

Demnach steht die CSV zu den Vorgaben des Leitplanes 2025 für die Armee.

- Die CSV unterstützt die europäische Vision der Verteidigung. Die „European Defense Agency“ (EDA) soll weiter verstärkt werden.
- Die CSV unterstützt die Beteiligung der Armee an europäischen Friedensmissionen, ebenso wie die Ausweitung dieser Missionen. Wir sind uns den personellen Risiken dieser Aufgaben bewusst, denken aber auch, dass das Verantwortungsgefühl gestärkt werden muss und Luxemburg eine europäisch führende Rolle behalten soll.
- Die CSV ist klar für eine Verlängerung des Armeefreiwilligendienstes, dies im Sinne einer Optimierung des gelernten Knowhows der Soldaten. Die CSV steht für einen Militärdienst „à la carte“ über eine Dauer von drei bis zehn Jahren.

Die Militärmedizin soll aktiv vorangetrieben werden. Ein Militärspital in Luxemburg wird als Projekt vorangetrieben. Nach Möglichkeit soll hier auf internationale Kooperationen gesetzt werden.

Wir wollen bei der Armee unter anderem neue Akzente im Bereich der Cyberverteidigung setzen.

Um den gesellschaftlichen Impact der Armee weiter zu fördern, schlägt die CSV eine eigene berufliche Armeebildung („Formation professionnelle technique pour les professions de l'armée“) vor.

**CSV**

CLAUDE WISELER LIVE

EISE SPËTZEKANDIDAT - EIS EKIPP - EISE PLANG FIR LËTZEBUERG.

Mir hunn e Plang fir Lëtzebuerg. Dëse Plang
wëlle mir Iech virstellen.

Léiert eis Virschléi fir d'Zukunft vum Land kennen.

Zesummen als Ekippe komme mir bei Iech.

Sidd mat derbäi.

Mir freeën eis, Iech ze begéinen.

ESCH-UELZECHT

Donneschdes, den 27. September
um 19.30 Auer

Kulturfabrik zu Esch-Uelzecht,
116 Rue de Luxembourg, Esch-Alzette

DIKRECH*

Donneschdes, den 4. Oktober
um 19.30 Auer

„Al Seeërei“ zu Dikrech,
Rue de l'Industrie, L-9230 Diekirch

* Et gëtt eng Iwwersetzung an d'Gebäerdesprooch.

JONGLËNSTER

Dënschdes, den 2. Oktober
um 19.30 Auer

Centre Polyvalent „Gaston Stein“ zu Jonglënster,
1 Rue Emile Nilles, L-6131 Junglinster

LËTZEBUERG

Donneschdes, den 11. Oktober
um 19.30 Auer

Centre Culturel Tramschapp um Lampertsbiërg,
49 Rue Ermesinde, L-1469 Luxembourg